

LÜTTENDORTMUND
Marienbomplatz
Dortmund

DIE
KPD
LÄDT EIN:
Sa. 25.9.
So. 26.9.

PRESSEFEST

**ROTER
15 Jahre
MORGEN**

**Musik-
Abend**
Sa. 25.9.
8.00
KID
aus Hamburg

**Kotten-
Blues-
Band**

**NACHT-
SCHICHT**
ROCK THEATER
Bruno
Eck

Markt der Möglichkeiten
Initiativen stellen sich vor

Kinderfest
Spiel & Spaß
an beiden Tagen

**Freizeitsport
Spielplatz
Spielplatz
Spielplatz**

**So.
26.9.
10.00**
Kundgebung
im Grassalk
Gemeinsam gegen
Ausländerfeindlichkeit

**So.
14.00**
Ernst
Aust:
Sozialismus
hat Zukunft
Großveranstaltung
der
KPD

**Essen und Trinken
aus allen Regionen**
Politik & Unterhaltung
Information & Kultur

**So.
15.00**
Ueder zur Lage
Schmetterlinge
Holle Winkler
Wimmer Ullrichsch
Abschlußkonzert

Außerdem: Informationsstände aus allen Regionen der BRD und Westfalen •
Stellung: Die Lage in der Stahlindustrie, auf den Werften, bei AIG • Komm-
schaffen • Diskussionsrunden und Fragerunden • Kampferistische Opposition
gegen das Honecker-Regime • Friedensbewegung: wie weiter? • Frauen in den
KPD Betrieben • Arbeitslosigkeit und Sozialismus: Was tun? • Wir stehen Rede und Antwort — KPD • Wir stehen
Rede und Antwort — KPD

Kommentar der Woche

Im Bonner Koalitionstheater sind nun auch diejenigen, die im Hintergrund die Fäden ziehen, aus der Kulisse getreten und haben sich zu Wort gemeldet. Das Präsidium des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) legte ein Konzept unter dem schönen Titel „Initiative für Wachstum und Beschäftigung“ vor, verbunden mit einer scharfen Kritik an der gegenwärtigen Bundesregierung.

Nun ist solche Kritik nicht neu. Man sollte sich daran erinnern, daß bereits die letztes Jahr in Gang gebrachte „Operation '82“ keine Gnade in den Augen der Kapitalisten und ihrer Verbände gefunden hatte. Diese Operation, obwohl sie erhebliche Umschichtungen des Einkommens zugunsten der Reichen und Superreichen mit sich brachte, wurde von allen Verbänden des Kapitals einhellig als nicht weitgehend genug kritisiert.

BDI will Wechsel in Bonn

Neu an der jetzt vorgelegten Stellungnahme des BDI ist zum einen der genervte Ton, in dem mit Nachdruck klare Verhältnisse in Bonn gefordert werden, weil der gegenwärtige Krampf auf der Bonner Bühne „die Unsicherheit bei Investoren“ nachhaltig verstärke. Neu daran ist vor allem die Eindeutigkeit, mit der „ein rascher und einschneidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel“ gefordert wird — was unter den gegenwärtigen Bedingungen auch einen Regierungswechsel einschließt.

Welches Interesse und welche Hoffnungen verknüpft nun er BDI mit dem Wechsel in Bonn? Da sind zunächst einmal die konkreten Forderungen, die der Kapitalistenverband im Rahmen seiner neuen „Initiative“ noch einmal aufgelistet hat. Es sind im Kern die gleichen, die auch Lambsdorff — etwas mehr ins Detail gehend — jetzt dem Bundeskabinett vorgelegt hat; wie denn auch das Konzept des Wirtschaftsministers nicht nur zeitlich genau abgestimmt mit dem des BDI an die Öffentlichkeit getragen wurde, sondern sogar den gleichen Titel wie jenes trägt.

Dieses Konzept aber ist mit der SPD nicht zu verwirklichen, und schon gar nicht „rasch“, wie es der BDI verlangt. Dazu ist eine Regierung notwendig, die nicht — wie die SPD — immer wieder Rücksichten auf eine Mitglieder- und Anhängerbasis zu nehmen hat, die sich wesentlich aus Werktätigen zusammensetzt. Ein solcher strategischer Plan, der rücksichtslos alles liquidieren will, was sich die arbeitenden Menschen in der Nachkriegszeit erkämpft haben — von den sozialen Sicherungssystemen bis hin zum Arbeits- oder Kündigungsschutz — ist vor allem nur zu verwirklichen in der totalen Konfrontation mit der Gewerkschaftsbewegung.

Es liegt auf der Hand, daß die SPD das nicht leisten könnte, ohne das jetzt schon arg strapazierte „Bündnis“ mit dem DGB vollends zu ruinieren. Und genau daran ist das Monopolkapital keineswegs interessiert. Denn wenn die wahren Herren dieses Landes nun die Partei der Brandt, Schmidt und Wehner auf kaltem Wege als Regierungspartei abservieren wollen, wenn sie sich gegenwärtig auf der Basis des Lambsdorff-Plans neue Mehrheiten für die Bonner Politik suchen, dann heißt das nicht, daß sie nun die SPD — als Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat — vollends in den Abgrund stoßen wollen.

Im Gegenteil. Selbst ein Helmut Kohl hat kürzlich in einem lichten Moment erkannt: „Für die deutsche Demokratie ist eine stabile SPD genauso wichtig wie eine stabile CDU.“ Genau das ist der Punkt — man muß nur die „deutsche Demokratie“ mit „strategische Interessen des Monopolkapitals“ übersetzen. Die nämlich erfordern tatsächlich eine SPD, die sich in der Opposition wieder regeneriert, die vor allem ihr „Bündnis“ mit den Gewerkschaften wieder festigt. Denn die oben angesprochene totale Konfrontation gegen die Gewerkschaftsbewegung kann die Bourgeoisie nur wagen, wenn sie sich dabei auf eine relativ stabile Sozialdemokratie stützen kann, die auch in den 80er Jahren in der Lage ist, „mäßigend“ auf die zu erwartenden Kämpfe einzuwirken, kurz: Ihre Rolle als bürgerliche Agentur in der Arbeiterbewegung zu spielen.

Für die Arbeiterbewegung selbst wird Sieg oder Niederlage in der Abwehr der mit dem Lambsdorff-Konzept verbundenen Offensive des Kapitals nicht zuletzt davon abhängen, wieweit sie sich aus dem Einfluß der Sozialdemokratie zu lösen vermag.

Detlef Schneider

SPD bereitet sich auf Regierungswechsel vor

„Untergang mit fliegenden Fahnen“

Helmut Schmidts Rede im Bundestag „zur Lage der Nation“ machte letzte Woche deutlich, daß sich die Spitze der SPD — einschließlich des Kanzlers — auf einen baldigen Bruch der Bonner Koalition einrichtet. Schmidt sagte zwar, es gebe immer noch einen Bestand an Gemeinsamkeit zwischen beiden Koalitionsparteien, er stellte aber gleichzeitig — in Anspielung auf Genschers Absatzbewegungen — heraus: „Der Bundeskanzler weiß, daß man reisende Leute nicht aufhalten soll.“

Tatsächlich ist es mit den von Schmidt noch einmal beschworenen Gemeinsamkeiten nicht mehr weit her. Neben den bekannten Streitpunkten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich in den letzten Wochen auch auf dem Feld der Außenpolitik eine deutliche Kluft aufgetan. So erklärte Genscher etwa Ende letzten Monats in einem Hintergrundgespräch mit Chefredakteuren kleinerer Zeitungen, er werde keine Politik mehr unterstützen, die eine Entfremdung gegenüber den Amerikanern mit sich bringt und die dazu führt, daß die Bundesrepublik in das Schwebfeld der Sowjetunion gerate.

Solche Formulierungen, mit denen Genscher ganz offensichtlich auf den Kurs von Schmidt abzielte, stammen direkt aus dem Wörterbuch des Ronald Reagan. Und so ist es denn auch kein Wunder, daß die CDU auf diesem Feld inzwischen einen „objektiven Trend der Übereinstimmung“ mit der FDP-Führung feststellte.

In der Auseinandersetzung über den Haushalt '83 ist diese Übereinstimmung von vornherein gegeben. Hier haben sich die Genscher und Lambsdorff, die Strauß, Kohl und Stoitenberg in den letzten Wochen die Bälle gegenseitig zugeworfen. Und noch bei der Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag betonte Strauß-Spezi Zimmermann, Genschers Ansichten deckten sich fast nahtlos mit

denen der Unions-Parteien. Beide wollen die grundsätzliche Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, tiefe Einschnitte ins soziale Netz bei gleichzeitigen drastischen Entlastungen der Unternehmer, die Liquidierung der sozialliberalen Reformpolitik — so wie es letzte Woche vom BDI gefordert und von Lambsdorff in einem strategischen Papier niedergelegt wurde.

Genscher stellte während der erwähnten Bundestagsdebatte noch einmal heraus, daß die Grenzen des gegenwärtigen Regierungsbündnisses „da liegen, wo man sich gegenseitig überfordert.“ Und weiter: „Der Haushalt 1983 wird zur Bewährungsprobe für unsere Koalition.“ Bei den Beratungen im Oktober wird es nicht nur um die Verabschiedung der antisozialen Haushaltsbeschlüsse der Regierung gehen; es müssen auch Finanzierungsmöglichkeiten für ein „Loch“ von mindestens zehn Milliarden Mark gesucht werden. Die FDP-Führer — mit wenigen Ausnahmen, wie etwa Generalsekretär Verheugen oder Innenminister Baum — haben klar zu verstehen gegeben, daß sie eine Finanzierung dieses Lochs nur auf dem Weg weiterer Kürzungen im Sozialbereich akzeptieren wollen. Die Perspektiven dieses Kurses hat Lambsdorff jetzt in seinem Papier formuliert.

So ist ganz offenbar bei Genscher und Co. die Neigung

gewachsen, die Haushaltsberatungen zum Knackpunkt der Koalition zu machen und noch vor dem FDP-Parteitag im November den Absprung in die Arme von Strauß zu vollziehen.

In der SPD-Spitze formiert sich nun aber nicht etwa ein grundsätzlicher Widerstand gegen die verheerende Politik à la Lambsdorff. Im Gegenteil: Man zeigt sich weiterhin kompromißbereit. Nicht nur Kanzler Schmidt spricht auch jetzt noch von der Notwendigkeit, weitere Einsparungen vorzunehmen. Auch das SPD-Präsidium verabschiedete zu Beginn dieses Monats eine Erklärung, in der es heißt, daß „mittelfristig weiter gespart werden müsse.“ Leute wie Generalsekretär Glotz denken seit einiger Zeit laut über einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme nach. Und selbst ein dem linken Flügel zugerechneter SPD-Politiker wie Klaus Matthiesen, Fraktionsführer im Kieler Landtag, büstete jüngst die DGB-Kritik an den Haushaltsbeschlüssen im Parteiorgan „Vorwärts“ folgendermaßen ab: „Eine überzogene Kritik, die lautstark von sozialer Demontage spricht und eigentlich nur soziale Besitzstandswahrung ohne Einsicht in neue Notwendigkeiten meint, ist dabei (bei der Stabilisierung des Bündnisses zwischen SPD und DGB, RM) wenig hilfreich.“ Soziale Besitzstandssicherung ist also mittlerweile auch bei den „linken“ Sozialdemokraten schon ein Schimpfwort.

Wenn Schmidt letzte Woche im Bundestag offensiv auf die Provokationen der FDP-Bosse reagiert hat, dann bedeutet das

nicht, daß die SPD-Führung nun das Ruder herumreißen und sich einem weiteren Sozialabbau widersetzen will. Hinter Schmidts Kämpferpose stehen vielmehr ganz nüchterne Überlegungen. Die von Genscher und Lambsdorff jetzt geforderten Schritte kann die SPD nicht mitmachen, es sei denn, sie wolle ihren Einfluß auf die Gewerkschaften gefährden und eine weitere Lähmung, wenn nicht gar ein Auseinanderbrechen der Partei riskieren. Deren Zustand beschrieb der Westberliner SPD-Vorsitzende Vogel bei der letzten Präsidiumssitzung so: „Die Überlastung der Partei (durch die Kompromisse mit der FDP, RM) sucht sich nicht allein in Wut und Protest, sondern — und das ist noch schlimmer — im Wegtauchen, in der Resignation, im Beiseitretreten ihren Niederschlag.“

Aus dieser Einschätzung der Lage hat die SPD-Führung ihre Taktik eines härteren Kurses gegenüber der FDP entwickelt. Wenn die Genscher und Lambsdorff den Sturz der Regierung wollen, dann soll ihnen auch der Schwarze Peter zugeschoben werden. „Wenn Sozialdemokraten schon untergehen“, sagte Minister Engholm, „dann sollten sie es mit fliegenden Fahnen tun.“ Das bedeutet: Schmidt und seine Fraktion wollen als Leute in die Opposition gehen, die ihr Möglichstes für die Werktätigen getan haben, die gestürzt wurden, weil sie sich heldenhaft geweigert haben, die Kürzung des Arbeitslosengeldes oder den Einstieg in den Abbau der Lohnfortzahlung mitzutragen.

Daß soll dann die Grundlage dafür sein, in der Opposition den Einfluß auf Parteibasis, Gewerkschaften und Wähler wieder zu stabilisieren. Wobei aber, wie oben dargestellt, auch dann ein wirklicher Widerstand gegen die kapitalistische Krisenpolitik nicht zu erwarten ist.

Bundesverband der Deutschen Industrie:

„Ein einschneidender Kurswechsel ist geboten“

Mit einem umfangreichen Forderungskatalog hat sich letzte Woche der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zu Wort gemeldet. Der Zeitpunkt dafür war keineswegs zufällig gewählt: Im Bonner Kabinett wurde der Fahrplan für die weiteren Haushaltsberatungen aufgestellt; Wirtschaftsminister Lambsdorff formulierte sein strategisches Konzept für die 80er Jahre — das, wie sich zeigt, deckungsgleich mit dem Katalog des BDI ist.

In diesem Katalog wird unter anderem gefordert: Die drastische Begrenzung öffentlicher Ausgaben bei Sozialleistungen; der Abbau von sogenannten Investitionshemmnissen (gemeint sind damit beispielsweise gesetzliche Bestimmungen über Arbeits- oder Umweltschutz); Die Umschichtung des Steuersystems von den direkten zu den indirekten Steuern (wobei vor allem die Senkung der Einkommens- und Gewerbesteuer verlangt wird). An die Gewerkschaften richtet sich die Forderung, „die in der zurückliegenden Lohnrunde gefundene Politik fortzusetzen“, also einen weiteren Reallohnabbau hinzunehmen.

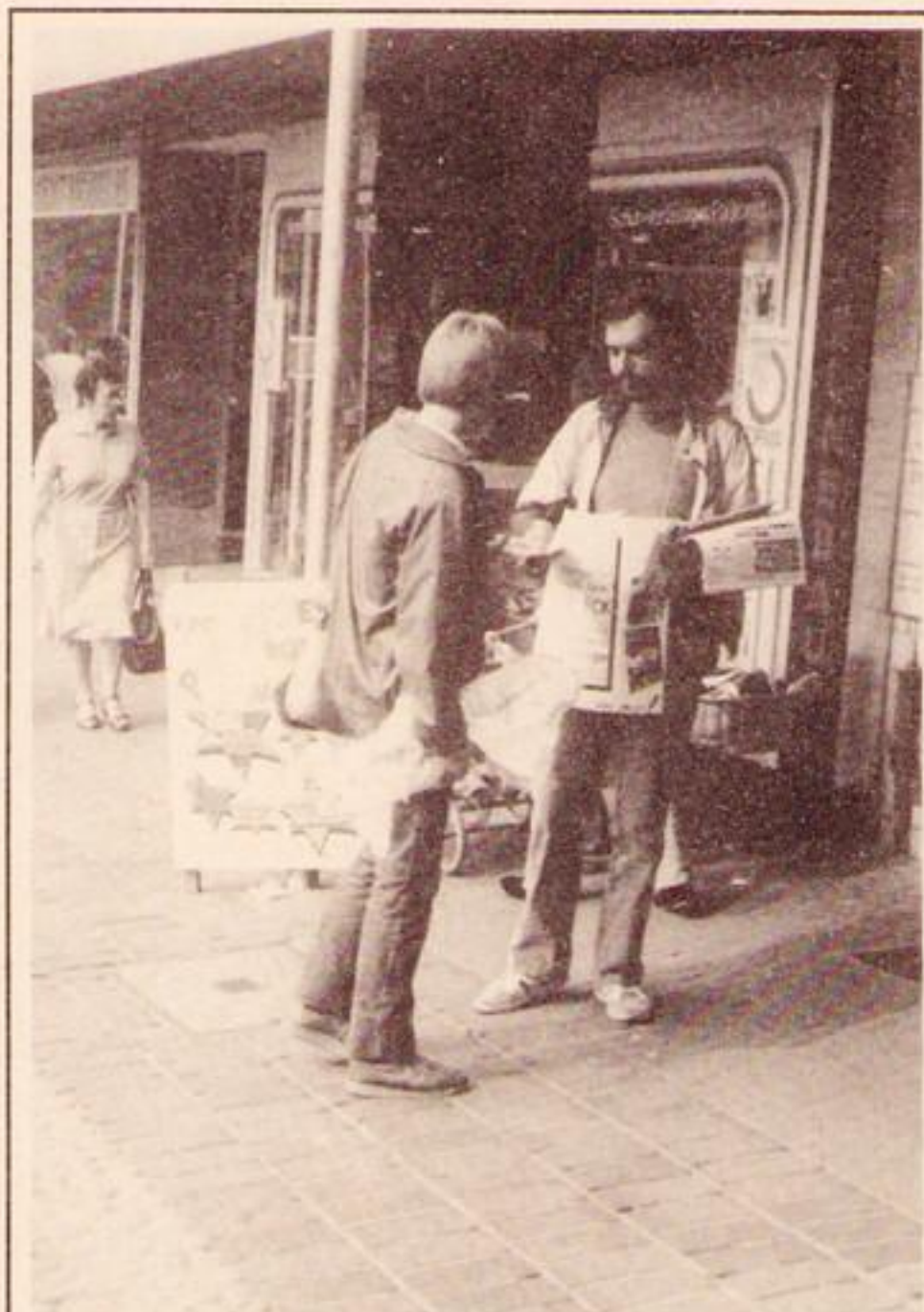
Der BDI hat ähnliche Forderungen auch früher schon erhoben, jetzt werden sie aber in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Koalitions-krise gestellt. Der BDI sagt klipp und klar, was in diesem Land zu geschehen hat: „Ein rascher und einschneidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurs-

wechsel ist geboten. Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan. Kompromißgeschwächte Regierungsbeschlüsse, die entgegen klaren ökonomischen Erfordernissen darauf gerichtet waren, Entlastungen der Wirtschaft zugleich neue Belastungen entgegenzustellen, haben ihre negative Wirkung längst erwiesen.“

Damit tut der Kapitalistenverband öffentlich kund, daß er die gegenwärtige Regierung, die eben nichts zustande bringt als bloße Korrekturen oder kompromißgeschwächte Beschlüsse, für nicht mehr in der Lage hält, eine dem Monopolkapital genehme Politik unter den Bedingungen der anhaltenden Krise zu verwirklichen: Was der BDI will, ist eine grundlegende Wende im gesamten Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie sie etwa unter Reagan in den USA vollzogen wurde. Ein solcher Kurswechsel aber ist nur mit einem Regierungswechsel in Bonn zu haben. (Siehe auch Kommentar auf dieser Seite.)

KPD-Veranstaltung zur Hessen-Wahl

Samstag, 18. 9., 18.00 Uhr
Hanau-Bruchköbel
Bürgerhaus, Hauptstraße



Auf Hochtouren läuft gegenwärtig, vor allem im Ruhrgebiet, die Werbung für das Pressefest — wie hier in Witten, wo Genossen am letzten Samstag bei einem deutsch-ausländischen Freundschaftsfest Karten verkauften und die Pressefest-Zeitung verteilten.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM, Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Wahlen in Hessen

Alfred Dregger auf dem Weg zur Macht

Am 26. September wird in Hessen ein neues Landesparlament gewählt. Und schon jetzt ist klar, wer dabei der Verlierer sein wird: Holger Börners SPD. Alle Meinungsumfragen der letzten Zeit sagten ihr ein Ergebnis voraus, das nur einige Punkte über der 30-Prozent-Marke liegt.

Weil die hessische FDP sich — von Genscher dazu gedrängt — auf eine künftige Koalition mit der CDU festgelegt hat, weil Börner selbst jede Zusammenarbeit mit den Grünen ausgeschlossen hat, muß man davon ausgehen, daß die Tage der SPD-Regierung in Wiesbaden gezählt sind. Es erscheint sogar möglich, daß Alfred Dregger mit einer absoluten Mehrheit der CDU die Nachfolge Börners antritt.

Man hat dem hessischen CDU-Chef schon vor längerer Zeit den Namen „Django“ gegeben, weil er wie jener Westernheld nach der Devise handelt: Erst zuschlagen, dann

denken. In der letzten Zeit allerdings hat sich Dregger merklich zurückgehalten und sich als liberaler Strahlemann vom Typ Albrecht gegeben. Entsprechend der gegenwärtigen CDU-Taktik hat er sich auch in bezug auf seine politischen Zielvorstellungen nicht sehr gesprächig gezeigt. Wie Strauß/Kohl auf der Bonner Ebene hat auch Dregger in Hessen auf den rapiden Verfall der SPD gesetzt und dem einige allgemein gehaltene Versprechungen entgegengestellt, nach denen alles besser würde, wenn erst die CDU in Wiesbaden am Ruder wäre.

Aber dennoch gibt es ge-

nügend Anhaltspunkte, aus denen sich ein Bild der Regierungspolitik nach Art von Dregger zeichnen läßt. Wenn der Kandidat etwa verspricht: „Wenn ich an die Regierung komme, gibts neue Arbeitsplätze“, dann entpuppt sich das sehr schnell als pure Demagogie. Denn das Problem sind doch zunächst einmal die alten Arbeitsplätze, die gerade in der letzten Zeit zu Tausenden bei Stilllegungen und Rationalisierungen in Hessen vernichtet wurden. Von irgendwelchen Initiativen Dreggers gegen diesen Abbau ist nichts bekannt. Im Gegenteil: Der Kandidat setzt auf eine „konsequente Politik der sozialen Marktwirtschaft“, auf die Selbstregulierung der Marktkräfte, die schon alles in Ordnung bringen würden. Eingriffe in die „unternehmerische Freiheit“, nach Belieben Men-

schen auf die Straße zu setzen, lehnt er ebenso ausdrücklich ab wie staatliche Beschäftigungsprogramme. Stattdessen will er auch den Personalbestand des öffentlichen Dienstes radikal verringern (wovon allerdings die Polizei wohl mit Sicherheit ausgenommen wird).

Ein Programm also, daß eindeutig auf einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen abzielt. Worauf gründet dann Dreggers Demagogie? Das einzige, was er konkret „anzubieten“ hat, sind jene Arbeitsplätze, die geschaffen werden könnten, wenn ein Ministerpräsident Dregger noch brutaler als sein Vorgänger den Bau der umstrittenen Großprojekte (WAA Frankenberg, AKW Biblis, Startbahn West) durchsetzt. Aber auch das ist eine bewußte Täuschung. Denn die bedingungslose Durchsetzung des Atomprogramms, wie Dregger sie für Hessen will, würde (ganz abgesehen von den bekannten Risiken) zur Schaffung von weit weniger Arbeitsplätzen führen als eine Energiepolitik, die nicht auf den Atomstrom setzt.

So sind Dreggers Wahlversprechen nichts anderes als die Verschleierung einer Politik, die ausschließlich im Interesse der Elektro- oder Energiemonopole liegt. Und auch sonst ist Alfred Dregger ein Mann der Konzerne, ein Mann der Reichen. Bezeichnend ist es, daß er ausgerechnet die „Tragesel der Nation“ nennt. Den Werktätigen auf der anderen Seite kann dagegen nach seiner Meinung noch einiges aufgebürdet werden. Natürlich hütet er sich auch hier, seine Absichten konkret preiszugeben und redet nur allgemein von weiteren „Einschränkungen bei Sozialleistungen“. Aber allein schon die Tatsache, daß er diese Leistungen immer gerne als „Subventionen“ bezeichnet, zeigt, was Geistes Kind der Kandidat ist. Führ ihn haben sich die Werktätigen mit ihren Beiträgen und Steuern keinen Anspruch auf Sozialleistungen erworben, sondern es handelt sich um großzügige Geschenke des Staates, die dann natürlich auch jederzeit wieder einkassiert werden können.

Eindeutig ist Dreggers Bekenntnis zur atomaren Aufrüstung und zur Kriegspolitik nach Art von Reagan. Während sich beispielsweise in Sachen Neutronenbombe sogar CDU-Politiker weitgehend zurückgehalten haben, tonte Dregger: „Es wäre also im Grunde nicht Aufgabe der Amerikaner, uns diese Waffe anzubieten, sondern es wäre unsere Aufgabe, in unserem eigenen Interesse darauf zu drängen, daß die Amerikaner diese Waffe zur Verfügung stellen.“ Vielleicht kommen die amerikanischen Freunde ja schon bald auf einen Ministerpräsidenten Dregger zurück, wenn es um neue Standorte für



Dregger-Wahlkundgebung unter Polizeischutz.

Atomraketen oder Giftgaslager geht.

Und sicher wird sich der hessische CDU-Boß auch mit besonderem Vergnügen dem Versuch zuwenden, den amerikanischen Freunden jenen Protest vom Halse zu schaffen, der immer noch die zügige Fertigstellung der Startbahn West als Drehscheibe für die US-Eingreiftruppe behindert. Wie denn die Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ eines der wichtigsten Anliegen des Alfred Dregger ist. Das geht von der Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen bis zur Bekämpfung des Terrorismus, die sich der CDU-Boß so vorstellt: „Nur wenn wir die geistige und politische Dimension des Terrorismus begreifen, nur wenn wir eine Umkehr in der Schul- und Hochschulpolitik erzwingen, nur wenn wir mit einer falschen Vergangenheitsbewältigung Schluß machen, nur wenn wir unserer Jugend die Grundwerte vermitteln, auf denen unsere Ordnung beruht, können wir den Terrorismus Schritt für Schritt beseitigen.“

Was Alfred Dregger als Kampf gegen den Terrorismus verkaufen will, ist also in Wahrheit ein Programm der reaktionären Gleichschaltung, zu der die Unterdrückung demokratischer Kämpfe mit dem Polizeiknüppel ebenso gehört wie die Ausrichtung des gesamten Erziehungssystems. Daß dabei eine drastische Ausweitung der Berufsverbote-Praxis eingebracht ist, versteht sich von selbst. Daraus hat Dregger nie ein Hehl gemacht. Aber es geht ihm eben noch um mehr, um die Liquidierung der „falschen Vergangenheitsbewältigung“ oder wie er es an anderer Stelle sagte: „Ich rufe alle Deutschen auf, aus dem Schatten Hitlers herauszutreten — wir müssen normal werden.“ Und normal ist es für Alfred Dregger ganz offenbar, in aller Öffentlichkeit den Faschismus wieder aufzuwerten.

Dazu hat die KPD/Hessen anlässlich der Landtagswahl erklärt: „Dregger ist der Mann des Kapitals für Krisenzeiten, für den weiteren Abbau von demokratischen Rechten und für weitere politische Unterdrückung des Volkes, kurz, der wahrscheinliche Machtantritt Dreggers bedeutet einen Schritt weiter hin zur Faschisierung, und er bedeutet einen weiteren Schritt zum Machtantritt von Strauß in Bonn. Gegen diese Politik zu kämpfen ist Aufgabe aller Antifaschisten und Demokraten. Die KPD betrachtet es als eine wichtige Aufgabe, diesen Kampf zu führen, sie reiht sich ein im Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen die fortschreitende Faschisierung.“

Daß die im hessischen Landesparlament vertretenen Parteien nicht willens und nicht fähig sind, Alfred Dregger zu stoppen, hat sich gerade in den letzten Monaten schlagend bewiesen. Umso notwendiger wäre es gewesen, für diese Wahl eine wirkliche Alternative zu Dregger aufzubauen. Die KPD hatte sich ebenso wie andere politische Kräfte darum bemüht, ein alternatives Wahlbündnis zu schaffen. Daß diese Bemühungen gescheitert sind, liegt vor allem an den hessischen Grünen, die uneinsichtig auf einer Eigenkandidatur bestanden haben.

Ihnen ist es ganz offensichtlich wichtiger, mit einer besonderen ökologischen Plattform in den Wahlkampf zu ziehen, die vor allem in der Frage des notwendigen Kampfes um Arbeitsplätze eine falsche Stoßrichtung gegen „Großprojekte“ überhaupt und gegen die „Wachstumsideologie“ hat. Die KPD/Hessen, die mit ihren Kräften keine eigene Kandidatur realisieren konnte, hat aus diesen Gründen auch keine Wahlkampfempfehlung für die Grünen abgegeben.

Neues Milliardenloch beim Schnellen Brüter

Forschungsgruppe legt Sicherheitsstudie vor

Bei der Finanzierung des in der Nähe von Kalkar am Niederrhein entstehenden Schnellen Brüters hat sich erneut ein Milliardenloch aufgetan: War man noch vor wenigen Monaten davon ausgegangen, daß der Brüter bis zu seiner Fertigstellung fünf Milliarden Mark verschlingen würde, ist jetzt eine — natürlich auch wieder nur vorläufige — Summe von 6,5 Milliarden genannt worden.

Gleichzeitig legten auch die Hersteller des Hochtemperaturreaktors HTR 300 in Schmehausen neue Forderungen vor. Dieser Reaktor soll anstelle der noch im Frühjahr angegebenen 2,4 Milliarden nun 4,3 Milliarden Mark kosten. Im Bonner Forschungsministerium reagierte man auf diese neuen Zahlen mit sichtlicher Nervosität. Denn beide Projekte werden fast ausschließlich aus dem Etat dieses Ministeriums finanziert.

Die Geschichte vor allem des Brutreaktors ist — was die Finanzierung betrifft — ein einziger Skandal. Ausgeheckt

und der Bundesregierung wurden dann schon 1,7 Milliarden festgelegt.

Aber das war nun nicht etwa ein Festpreis. Siemens wurde vielmehr die Möglichkeit eingeräumt, nach Belieben aufzustoßen — was dann zu dem wahrhaft schwindelerregenden Preisgalopp bis zu gegenwärtigen Marke von 6,5 Milliarden geführt hat. Und diese immensen Summen werden nun nicht etwa der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (maßgeblich beteiligt daran ist die RWE) aufgebürdet, die den Brüter nach seiner Fertigstellung betreiben und damit das große Geld machen will. Im Vertrag war vielmehr ausdrücklich festgehalten worden, daß 92

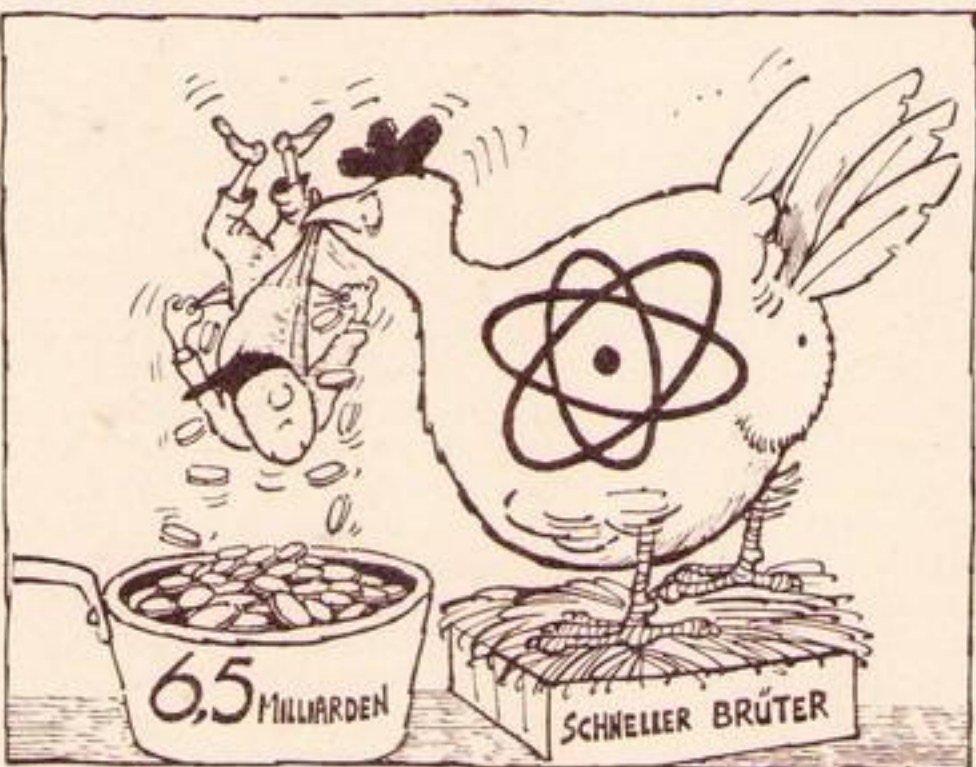
Jahre hatte es eine ähnliche Auseinandersetzung um eine Lücke von damals 1,1 Milliarden Mark beim Brüter gegeben. Die RWE und die anderen Elektrizitätsgesellschaften zeigten sich damals zu einem „Beitrag“ nur zu der Bedingung bereit, daß ihnen die Erhöhung der Strompreise gestattet würde. Auf eine ähnlich „Lösung“, also einen zusätzlichen Brüterpfennig, den die Kunden zu zahlen haben, wird es wohl auch jetzt wieder hinauslaufen. Für die Werktätigen ist es dabei natürlich gleichgültig, ob sie nun als Stromkunden oder als Steuerzahler für das Wahnsinnsprojekt zur Kasse gebeten werden. Für sie gibt es nur eine wirkliche Lösung: den totalen Baustopp.

Und absolut notwendig ist der Stopp natürlich auch unter dem Sicherheitsaspekt. Das machte gerade jetzt eine Studie deutlich, die von der „Forschungsgruppe Schneller Brüter“ letzte Woche bei der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ abgeliefert wurde. In dieser Studie werden schwere Vorwürfe gegen die Interatom erhoben. „Durch Mängel in der Projektorganisation“, heißt es da, „werden Störfälle im Kraftwerksbetrieb vorprogrammiert.“ Die von der Siemens-Tochter vorgelegten Sicherheitsberichte seien „von unglaublicher Oberflächlichkeit.“

Die Forschungsgruppe hat auch deutlich gemacht, welche Folgen der schwerste — und nicht auszuschließende — Unfall beim Brüter (der sogenannte hochenergetische Bethe-Tait-Unfall) haben würde. Bis zu 2,7 Millionen Menschen würden durch die freigesetzten Strahlungen an Krebs sterben. Und ein Gebiet von der zweifachen Größe des Bundeslandes NRW wäre dauerhaft verseucht.

Prozent aller anfallenden Kosten der Staat zu übernehmen hätte. So ist der Brutreaktor — ebenso wie der HTR — zu einer wahren Goldgrube für die Monopole geworden.

Forschungsminister Bülow hat am Wochenende in Absprache mit Kanzler Schmidt erklärt, sein Ministerium könne das neue Finanzierungsloch nicht mehr decken, nun müsse auch die Industrie ihren Beitrag leisten. Schon zu Beginn dieses



Zahlen, zahlen, zahlen...

wurde dieses Projekt Ende der sechziger Jahre im staatlichen Kernforschungszentrum Karlsruhe, das schon damals unter dem maßgeblichen Einfluß des Siemenskonzerns stand. Beauftragt mit Entwicklung und Bau des Brüters wurde denn auch die Siemens-Tochter Interatom. Bei der Projektierung des Reaktors war von Kosten in Höhe von 500 Millionen Mark die Rede; einige Jahre später bei Vertragsabschluß zwischen Interatom

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 Hamburg 19, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

9. Ordentlicher Gewerkschaftstag der NGG

Döding als Conferencier der Regierung

Große Auftritte gab es beim 9. Kongreß der Gewerkschaft Nahrungsmittel-Genuß-Gaststätten gleich reihenweise — für die Bonner SPD-Prominenz. Brandt, Wehner, Westphal, Fuchs und wie sie alle heißen gaben sich die Klinke in die Hand. Und alle konnten sich einer ganz besonderen warmherzigen Begrüßung durch den wiedergewählten Vorsitzenden Günther Döding sicher sein.

Ob er den „lieben Williy Brandt“ oder Herbert Wehner „Du alter, nimmermüder Kämpfer“ begrüßte — stets war Döding entschieden darauf aus, die Verbundenheit und restlose Unterstützung seiner Gewerkschaft für diese Regierung und die SPD überdeutlich zu demonstrieren.

So gab man Westphal die Gelegenheit, die Bonner Politik des Sozialabbaus als sozial

ausgewogen so wie es eben geht“ darzustellen. Eine Reihe, die sich beliebig fortsetzen ließe. Der Gewerkschaftstag als Kulisse für die Demonstration der Verbundenheit zwischen SPD und Gewerkschaften, Regisseur und Conferencier der Veranstaltung: Günther Döding. So könnte man es kurz und knapp zusammenfassen, was da passierte. Damit setzte er seinen Kurs fort, innerhalb der Ge-

werkschaftsbewegung jede Kampfmaßnahme gegen den Bonner Sozialabbau zu torpedieren.

Ausgefallen war lediglich der Auftritt von Bundeskanzler Schmidt mit seinem angekündigten Thema Arbeitszeitverkürzung. Das hatte eigentlich dazu dienen sollen, in Gegenleistung an Döding dessen Konzepte zur früheren Rente als die beste Methode der Arbeitszeitverkürzung hochzujubeln und ihm so im Bemühen, eine geschlossene Front für die 35-Stunden-Woche zu verhindern, zu unterstützen. Aber obwohl der „Star“ ausblieb, ging die Vorstellung inhaltlich doch über die Bühne.

Mit diesem Kongreß wurden also in zwei wichtigen Fragen der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung klare Signale gesetzt: Für die SPD und damit auch für „vernünftige“ Kürzungen im Sozialbereich und gegen die 35-Stunden-Woche und damit gegen konkrete Kampfmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Auf der anderen Seite wurde deutlich, daß die übliche Floskel

von dem besonders erfolgreichen Gewerkschaftsführer Döding keineswegs so zutreffend ist, wie es mit Vorliebe die großen bürgerlichen Zeitungen stets vor sich hinbeten.

Damit ist nicht gemeint, daß er erneut seine Rechnung aufmachte, nach der sein Tarifmodell für die Unternehmer billiger sei als alles andere, sondern es geht um eine ganze Reihe konkreter Fragen der Gewerkschaftsarbeit in den Branchen, für die die NGG zuständig ist.

So sprachen bayerische Delegierte die Auseinandersetzung in ihrer Brotindustrie an, wo der Vorstand Kampfmaßnahmen unterband mit Versprechungen, die niemals auch nur ansatzweise erfüllt wurden. Vor Jahren hatte man den Bayern die Zuständigkeit aus der Hand genommen, als man dort Streikvorbereitungen traf, jetzt wurde ihnen die Zuständigkeit „zurückgegeben“, ohne daß sich etwas getan hätte.

Aber auch die gesamten Bedingungen der Gewerkschaftsarbeit wurden von den über 200 Delegierten zumindest teilweise angesprochen, die durchaus

nicht allesamt mit Dödings Lobtönen einverstanden waren. Bei rund 265.000 Mitgliedern und einem Organisationsgrad von ganzen 10 Prozent im Gaststättengewerbe (ohne die schwarz arbeitenden versteht sich) gibt es da tatsächlich große Schwierigkeiten. Noch vor Jahren beklagten sich ja die Gastwirte, sie würden keine Arbeitskräfte finden. Was bei der damaligen Lage und den Arbeitsbedingungen, die sie anboten, wahrlich keine Überraschung war. Dödings Modelle beschränken sich denn auch meist auf die verhältnismäßig hoch-

gradig organisierte Tabakindustrie, weit weniger auf die Nahrungsmittelindustrie, wo die größten Betriebe sitzen und eben schon gar nicht auf das Gaststättengewerbe.

Aber diese Diskussionen unter den Funktionären und Delegierten der NGG prägten diesen Gewerkschaftstag weit weniger als Dödings Inszenierung mit der Bonner SPD-Prominenz. Dieser Auftritt war so penetrant, daß selbst in der Zeitung der DKP, der UZ, dieses Mal sanfte Kritik an seinem Kurs der Sozialpartnerschaft geübt wurde...

Nach VW nun auch Ford:

6 Wochen Kurzarbeit

Nach VW hat nun auch Ford mehrere Wochen Kurzarbeit beantragt für den Zeitraum von Oktober bis Dezember. Außerdem läuft im Oktober die Beschäftigungsgarantie der Geschäftsleitung aus. Die Genossen der KPD bei Ford/Köln machen in ihrer Betriebszeitung „Voran“ eine Bestandsaufnahme der Situation und untersuchen das Vorgehen der Geschäftsleitung. Über die allgemeine Lage in der Automobilindustrie hinaus geht es dabei auch um konkrete Maßnahmen bei Ford. In „Voran“ heißt es dazu unter anderem:

Arbeitsplatzkiller Nr. 1: Integration

Im Lexikon heißt es dazu: „Zusammenschluß, Bildung übergeordneter Ganzheiten“. Wie sehen diese Ganzheiten nun aber bei Ford aus? Betrachten wir einige Beispiele: In einem Bereich arbeiten 60 Kollegen als Linierversorger. Jetzt sollen sie die Arbeit von sechs Produktionsarbeitern mit übernehmen. Deren Arbeitsplätze fallen dann einfach weg. Das Ergebnis für Ford: 6 Kollegen im „Überhang“.

Und für uns? Arbeitshetze um 10 Prozent gestiegen!

In der Schmiede arbeiten 50 Kollegen an der Linie, dazu 3 Linieninspektoren und 3 Staplerfahrer. Nach den Umänderungen machen die 50 Kollegen die Arbeit der Inspektoren und Staplerfahrer mit.

Im Motorenwerk sollen ca. 400 Maschinenarbeiter die Arbeit von 19 Kollegen mitübernehmen. Bisher waren noch 7 Öler, sechs Staplerfahrer und sechs Facharbeiter dort eingesetzt.

In der Y Halle am Wassertest sollen die Inspektoren jetzt auch noch die Autos wegfahren. Wieder 2 Arbeitsplätze vernichtet.

So und in ähnlicher Form ließen sich die Beispiele noch über einige Seiten fortführen. In allen Hallen und allen Bereichen gibt es solche Pläne.

Betroffen sind alle Kollegen, ob Bandarbeiter, Staplerfahrer, Inspektor oder Facharbeiter in der Instandhaltung.

Facharbeiter sollen bis einschließlich Lohngruppe 8 in Zeiten hoher Abwesenheit, sprich vor und nach dem Urlaub, bei hohem Krankenstand, bis zu einem Monat an die Bänder, oder in andere Teile der Produktion. Natürlich bleibt ihre Arbeit in der Zeit liegen und muß als Mehrarbeit nachgeholt werden. Oder die Kollegen müssen rausarbeiten. So oder so, die 500 dadurch vernichteten Arbeitsplätze kommen auch durch mehr Arbeitshetze zustande.

Arbeitsplatzkiller Nr. 3: Das Produktionskonzept von Ford

Ab September wird in Genk der Nachfolger des Taunus, Sierra,

gebaut. Schon lange ist klar, daß dadurch die Aufträge für den Granada, aber auch für den Capri, in den Keller rutschen werden. Ford rechnet damit schon lange, sagte aber wohlweislich auf Betriebsversammlungen nichts. Für die geringeren Stückzahlen in Niehl wird kein Ausgleich geschaffen.

Während Henry Ford sich also mit Sierra und Escort eine goldene Nase verdienen will, während die Kollegen in Genk und Saarlouis zu Sonderschichten gezwungen werden, sollen wir durch Kurzarbeit weniger verdienen und der Arbeitslosenversicherung auf der Tasche liegen und immer die Gefahr vor Augen, daß auch durch das Produktionskonzept von Ford Kollegen auf die Abschußliste kommen!

Ford versucht geschickt die Belegschaft zu spalten

Natürlich ist Ford darauf vorbereitet, daß sich in der Belegschaft Widerstand gegen die Rationalisierungspläne regt. Und deshalb wird bei Ford geschickt nach dem Motto vorgegangen: „Teile und herrsche“.

Und das geht so: Den von der Intergration heruntergestuften Kollegen wird einzeln zugesichert, daß sie ihre Lohngruppe samt Zulagen behalten. Wohlweislich geht Ford darüber keine Betriebsvereinbarung ein. Es liegt diese Dienstleistung ganz im Ermessen der Geschäftsleitung und kann somit jederzeit wieder gestoppt werden. Auch die Zahlung der „Integrationszulage“ von 0,40 Mark pro Stunde geht nicht auf eine Betriebsvereinbarung zurück, sondern auf eine Personalanweisung der Geschäftsleitung. Personalanweisungen sind aber nicht einklagbar, wenn die Geschäftsleitung sie plötzlich stoppt. Solange soll aber die Verdienstsicherung die Kollegen vom Kampf gegen Abstufungen abhalten.

Es geht aber nicht nur um Abstufungen einzelner Kollegen, sondern um massive Arbeitsplatzvernichtung und davon sind nun mal alle Kollegen betroffen. Die, die rausfliegen genauso wie die, die dableiben und unter mehr Arbeitshetze leiden müssen.



Die Jugend der NGG: Nicht auf Dödings Kurs, dessen politische Hauptattacke auf dem Kongreß den Grünen galt.

Neue Betriebszeitung bei Gillette / Westberlin

Arbeitszeitverkürzung bei Gillette?

Im August erschien die erste Nummer der Betriebszeitung der KPD für die Kollegen von Gillette in Westberlin. Dabei wird unter anderem das Thema der vom Betriebsrat angesprochenen Arbeitszeitverkürzung behandelt. Für die Kollegen aus der Türkei wurde auch eine übersetzte Fassung des Vorschlags des Betriebsrats in der Zeitung veröffentlicht.



Kolleginnen und Kollegen!

Vor einiger Zeit wurde vom Betriebsrat ein Vorschlag zur Arbeitszeitverkürzung gemacht, der sehr begrüßenswert ist. Dies ist wohl auch auf die positiv veränderte Zusammensetzung des Betriebsrates zurückzuführen. Leider ist die Diskussion um diesen Vorschlag ein wenig eingeschlafen. Zum einen hört man vom Betriebsrat kaum etwas über die Verhandlung mit der Geschäftsleitung. Zum anderen sollten wir mehr unter uns Kollegen darüber diskutieren, wie dieser Vorschlag vor allem für die Nachschichtler noch zu verbessern wäre.

Außerdem ist bisher dieser Vorschlag nicht für die türkischen Kolleginnen und Kollegen übersetzt worden.

Kolleginnen und Kollegen, diese Arbeitszeitverkürzung ist eine wichtige Sache für uns, vor allem für die Schichtarbeiter! Im Hinblick auf die 35-Stunden Woche und die hohe Arbeitslosigkeit ist jede Viertel Stunde, die wir der Geschäftsleitung abtrotzen, ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Der Betriebsrat wird diesen Vorschlag gegenüber der Geschäftsleitung nur sehr schwer durchsetzen können, denn der Arbeitgeberverband versucht natürlich seine Mitglieder, zu denen auch unsere Firma zählt, im Hinblick auf die Gewährung einer Arbeitszeitverkürzung an einer kurzen Leine halten.

Wir sollten uns daher überlegen, wie wir den Betriebsrat unterstützen können, um einen Erfolg in dieser Sache zu erringen. Außerdem sollte sich der Vertrauensleutkörper mal einige Aktionen überlegen.

Kampf um Arbeitsplätze in Frankfurt „Wir handeln in Notwehr“

Provokation als Methode der Klimsch-Geschäftsleitung. Bei der Repro-Kamera Firma Klimsch in Frankfurt wurde in der ersten Septemberwoche 4 Tage gestreikt — es ging um 22 Kündigungen. Das auffallendste Merkmal dieses Kampfes war es, daß nahezu die gesamte Belegschaft — etwa 650 Kollegen — wegen geplanter 22 Entlassungen in den Streik trat, die Tore besetzte und auch heftigsten Drohungen nicht nachgab.

Dabei wandte die Geschäftsleitung wirklich alle Methoden der Einschüchterung und Provokation an: ein gefälschtes Flugblatt, angeblich von „Mitarbeitern“ verfaßt, rief zur sofortigen Beendigung des „wildes Streiks“ auf. Autor war in Wirklichkeit die Geschäftsleitung. Über Megaphon wurde jedem, der weiter streikt, die Entlassung angedroht — es nutzte nichts. Man erstattete Anzeige gegen den Betriebsratsvorsitzenden — auch das steigerte eher noch die Bereitschaft zur Verteidigung der Arbeitsplätze.

Dabei ging es den Kollegen sowohl um die bereits ausgesprochenen 22 Entlassungen, als auch um weitere 30, die beantragt werden sollten. Der Streik hat erst einmal einen Erfolg gebracht: Einer Klage der IG Metall vor dem Arbeitsgericht auf Unterlassung der Kündigungen wurde stattgegeben. Natürlich will die Geschäftsleitung in Berufung gehen, aber bisher lautet das Urteil auf 5000 Mark Geldstrafe für jede vorgenommene Entlassung.

Auch nach Wiederaufnahme der Arbeit zeigte die Geschäftsleitung, daß sie ihren Kurs weitersteuern will — sie

verhinderte zunächst einmal eine ordentlich angesetzte Betriebsversammlung.

Die Klimsch-Arbeiter hatten ihren Standpunkt in einem Informationsblatt für die Öffentlichkeit dargestellt, wo sie schrieben: „Mehr als 26.000 Arbeitnehmer ohne Arbeit in Frankfurt — von sechs Arbeitslosen hat maximal einer die Chance, einen Arbeitsplatz zu finden“. Und weiter: „Deshalb handeln wir Klimsch-Arbeiter in Notwehr! Wir müssen uns wehren, alle unsere Arbeitsplätze sind akut gefährdet!“ Die einzige Lösung, so wurde unterstrichen, besteht in Maßnahmen zum Erhalt aller Arbeitsplätze. Die Aktion der Klimsch-Belegschaft stieß nicht nur auf großes Interesse in der Öffentlichkeit, sondern auch auf starke Solidarität anderer Kollegen.

Von vielen wurde dabei unterstrichen, daß es wichtig ist, nicht dem Märchen der Unternehmer zu glauben, durch Entlassungen würden die restlichen Arbeitsplätze sicherer. Die Klimsch-Kollegen haben dies nicht geglaubt und daraus die Konsequenz gezogen, sich zur Wehr zu setzen, schon jetzt, am Anfang.

Unter den Teppich gekehrt Rothemunds Rückzieher

Der bayerische SPD-Vorsitzende Helmut Rothmund hat seine Behauptung über einen ihm bekannten Spitzel im bayerischen DGB-Vorstand widerrufen, der DGB gab sich befriedigt darüber und erklärte: „Der Krieg ist vorbei“. Soll damit ein brisantes Thema unter den Teppich gekehrt werden, oder handelte es sich dabei tatsächlich nur um „Entgleisungen“?

Nun, einmal davon abgesehen, was Rothmund aus welchen Quellen wußte und weshalb er so an die Öffentlichkeit ging, bleibt folgendes festzustellen: Die ganze Debatte, die ja davon ausging, daß Bayerns CSU-Innenminister Tandler erklärte, die Anwerbung von Betriebsräten als Agenten des Verfassungsschutzes sei normal und legitim und würde in Bayern und anderen Bundesländern gemacht, wurde nirgends schlagkräftig widerlegt. Zwar kamen schnell Dementis, aber die seit Jahren kursierenden Nachrichten über zahlreiche gespeicherte Daten von Betriebsräten, die von „Kollegen“ denunziert worden waren, wurden sorgsam außen vor gehalten. Ebenso die konkreten Einzelfälle in denen es — beispielsweise bei Opel/Bochum — um die Anwerbung von Spitzeln ging und die aufgedeckt wurden.

Was nun die Frage von Mitarbeitern des Geheimdienstes in

leitenden Organen des DGB und der Einzelgewerkschaften betrifft — und dies ist ja die folgende Stufe der Unterwanderung, die jetzt als Diskussions-thema abgehakt sein soll — so ist durchaus nicht „alles in Butter“, wie die Beteiligten am bayerischen Streit weismachen wollen.

Die lautstarken Bekundungen von Verfassungstreue, die Propagierung der Bundeswehr und anderes mehr von Seiten einer Reihe rechter Gewerkschaftsführer sind ebenso bekannt, wie die Tatsache, daß politische Polizei und Geheimdienst ja schließlich auch in DGB-Gewerkschaften organisiert sind.

Der politische und soziale Boden für eine solche „Zusammenarbeit“ ist also rundweg da. Und es gibt mehr als einen konkreten Fall, in dem eine solche Zusammenarbeit auch deutlich wurde. Die Leiche, die hier unter den Teppich gekehrt wurde stinkt nach wie vor.

11. Frauenkonferenz der IG Metall in Frankfurt

Am Rande des Ekklats

Eugen Loderer und Hans Mayr — der IG-Metall-Vorstand hatte es bei der 11. Frauenkonferenz ihrer Organisation, vom 8. bis 10. September in Frankfurt nicht leicht. Beide warfen den Delegierten vor, sie würden Beschlüsse des Gewerkschaftstages brechen. Dabei ging es beide Male um den Kampf für den Frieden, vor allem um einen Antrag, den Krefelder und den Bielefelder Appell zu unterstützen und — um das Ostermarschlied. Sineinetwegen verließ Hans Mayr das Rednerpult mit hochrotem Kopf, nachdem er vorher ganz sachlich gesprochen hatte.

Eugen Loderers absurder Vorwurf, die Kolleginnen Delegierte vertraten offensichtlich nur die Handvoll Kommunisten in der Bundesrepublik muß man schon als Meisterleistung in Sa-

chen Unverfrorenheit betrachten. Selten hat es ein leitender Gewerkschaftsfunktionär so behende geschafft die große Mehrheit versammelter Delegierter gegen sich aufzubringen.

Denn wie breit die Stimmung für die Sicherung des Friedens ist, und zwar über jene nichtssagenden Bekundungen des DGB hinaus, das zeigte kurz darauf die von der Frauenkonferenz gemeinsam mit dem DGB/Frankfurt organisierte Demonstration „Arbeit und Frieden für alle“, die zu einer echten Großdemonstration wurde.

Aber auch ansonsten war nicht viel Lob für den Vorstand zu hören: Neben Forderungen gegen die besondere Benachteiligung von Frauen auf der Arbeitssuche und nach der 35-Stunden-Woche war nämlich die Diskussion um die „Leichtlohngruppen“ ein zentrales Thema der Konferenz.

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg im Jahre 1978 —, damals war es zu einer so breiten Beteiligung von Arbeiterinnen gekommen wie noch nie, denn es wurde die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 2 gestellt. Seitdem aber hat man sich nicht mehr darum bemüht, sondern rechnet ständig den betroffenen Frauen vor, die Schere zu den oberen Lohngruppen würde sich allmählich schließen.

Für diese Untätigkeit wurde am Vorstand herbe Kritik geübt,

dies wurde, neben der Friedensfrage zum zentralen Schwerpunkt, so muß man es fast schon sagen, zwischen Vorstand und Frauendelegierten, soweit sie aus den Betrieben kamen vor allem.

Die Frauen beklagten — und unterstrichen dabei, daß es nicht an ihnen liege, wenn es immer wieder dieselben Klagen seien — geringere Bezahlung, schlechtere Ausbildung und große Gefährdung bei den Entlassungen. Dies wurde mit zahlreichen Tatsachen und Erfahrungen untermauert. Vor allem mit der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche und der nach-

drücklich erneuerten Forderung, die Ungleichheit der Bezahlung zu beseitigen, kann diese Frauenkonferenz der IG Metall für die künftige Gewerkschaftsarbeit eine wichtige Grundlage sein.

Das einzige prominente Vorstandsmitglied der IG Metall, das als Gastreferent auftrat und ungeschoren davonkam, war Karl Heinz Janssen, der seine Kritik an der Regierung und seine Forderung nach Aktionen erneuerte.

In der Diskussion wurde er zwar auch kritisiert, weil er wieder mal der FDP alle Schuld für die Regierungspolitik in die Schuhe schieben wollte, aber mit ihm kam es wenigstens zu einer sachlichen Diskussion, was man von Eugen Loderers Mischung aus Phrasendrescherei und Drohungen nicht sagen konnte.

Massenentlassungen nun auch bei Siemens

Auf Profitjagd: Massenvernichtung von Arbeitsplätzen

Die Ankündigung von 1150 Entlassungen in den beiden Siemens-Werken in Gladbeck und Witten hat es zum ersten Mal in aller Deutlichkeit einer breiten Öffentlichkeit gezeigt: Auch im Siemens-Konzern wird durchrationalisiert, werden langfristige Pläne zum Abbau von Arbeitsplätzen befolgt.

In beiden Werken war seit längerer Zeit Kurzarbeit durchgeführt worden — die einmal mehr als Vorstufe und Generalprobe von Entlassungen wirkte. Weltweit hat Siemens in diesem Jahr bereits 13 500 Arbeitsplätze vernichtet, mindestens 3 500 weitere sollen noch folgen. Für das nächste Geschäftsjahr sind bereits für Westberlin 600 Entlassungen angekündigt. Damit gibt es zum ersten Mal Massenentlassungen in einem Konzern, der noch nicht einmal mit gefährlichen Bilanzen Verluste als Begründung vorzeigen kann.

Denn bei Siemens zeigt alles nach oben — außer der Beschäftigtenzahl. Der veröffentlichte Bilanzgewinn stieg im letzten Geschäftsjahr um fast ein Drittel auf 464 Millionen Mark (nach Steuern versteht sich). Und wie dabei geschoben wird, zeigt die schlichte Tatsache, daß man in den letzten Jah-

ren rund 10 Milliarden Mark angehäuht hat.

Wenn Siemens dafür sorgen will, daß der einstige Konkurrent AEG weitgehend vom Markt gedrängt wird, so heißt das für die Siemens-Belegschaft noch lange nicht, daß deshalb ihre Arbeitsplätze sicherer seien.

Die jetzt in Witten und Gladbeck angekündigten Entlassungen betreffen vor allem Frauen, die ohnehin schon 46 Prozent aller Arbeitslosen stellen, obwohl sie lediglich etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten ausmachen.

In Gladbeck war die Reaktion in der letzten Woche eindeutig: Die Belegschaft ging auf die Straße und forderte den Erhalt der Arbeitsplätze. In Witten steht in dieser Woche am Dienstag die Belegschaftsversammlung an (siehe auch nebenstehendes Extrablatt des „Roten Lautsprechers“).

Demonstrationen in Bonn



Erneut demonstrierten in Bonn Zehntausende, dieses Mal Beamte auf einen Aufruf des Deutschen Beamtenbundes. Vorher hatte bereits die ÖTV aufgerufen gehabt. Auf beiden Demonstrationen zusammen waren weit über 50 000 Teilnehmer — ein deutliches Zeichen dafür, wie der Wille zum Widerstand im öffentlichen Dienst wächst. Auch wenn in beiden Fällen von den Rednern lediglich die sogenannte „soziale Ausgewogenheit“ bei der Politik des Sozialabbaus gefordert wurde, so waren dies doch eindeutige Willensbekundungen. Die ständige Hetze der Reaktion, der öffentliche Dienst sei „überversorgt“ und zeige lediglich „Besitzstanddenken“, wollen sich die Arbeiter, Angestellten und auch die kleinen Beamten, die mit den Spitzen-Bürokraten in einen Topf geworfen werden, nicht mehr gefallen lassen.



„Roter Lautsprecher“ — Betriebszeitung der KPD bei Siemens/Witten

Das trifft auch Dich!

In einem Extrablatt des „Roten Lautsprechers“ gehen die Genossen der KPD bei Siemens in Witten auf die neueste Entwicklung mit den massiven Abbauplänen ein und rufen dazu auf, die Belegschaftsversammlung zu einer Kundgebung der Empörung und des Widerstandes zu machen. Wir drucken das Extrablatt im folgenden ab.

350 sollen entlassen werden. Das stand am Donnerstag plötzlich am Schwarzen Brett. Wie ein Schlag von hinten traf uns

diese Mitteilung der Geschäftsleitung, die uns bisher nur Beruhigungsspillen verabreicht hat.

Wer hat gelogen...

als vor einem halben Jahr ein anderer Zettel am Schwarzen Brett hing? Auf dem stand: Kurzarbeit ist nötig, um Entlassungen zu vermeiden! Viele haben gesagt: Ja, dann eben Kurzarbeit, wenn dafür keiner entlassen wird...

Wir aber wußten von Anfang an, daß das mit der Kurzarbeit ein Trick war, daß sie die Vorbereitung der Entlassungen

war. Deshalb waren wir von Anfang an dagegen. Siemens hat doch mit der Kurzarbeit geprobt, was an vier Tagen geschafft werden kann. Es wurde den Leuten Angst eingejagt, der Krankenstand ging enorm runter, aus jedem wurde mehr rausgeholt als vorher. Die Probe hat geklappt, der fünfte Tag ist über — jetzt soll fast jeder fünfte auf die Straße fliegen!

Gelogen...

Die ganzen letzten Wochen hat der Betriebsrat von der Geschäftsleitung Informationen verlangt, wie es weitergehen soll nach der Kurzarbeit. Es hieß: Man wisse noch nichts, es wäre kaum möglich auch nur einen Monat vor auszuplanen usw. Also bis Mittwoch wußte die Geschäftsleitung rein gar nichts!

Am Donnerstag früh wußte

sie plötzlich alles. Die Aufträge für das ganze nächste Jahr, die 350 „Köpfe“, die rollen sollen... Zur gleichen Zeit wurde in Gladbeck der Betriebsrat über 800 Entlassungen informiert. Alles lief generalstabsmäßig geplant von München aus. Die Geschäftsleitung holt den schon vor der Kurzarbeit feststehenden Plan aus der Schublade...

...und lügt weiter

Tut erstmal so, als ob man die 350 irgendwie ganz human aus dem Betrieb rauskriegen kann. Redet von Abfindungen, Sozialplan, vielleicht noch ein paar, die Teilzeit machen, bleiben noch 150, die natürlich sogenannte Doppelverdiener

sind — alles nicht so schlimm. Es soll die Stimmung entstehen, mich trifft's wahrscheinlich doch nicht...

Aber all das ist Augenwischerei. Nicht nur die 350 sollen auf die Straße. Voraussichtlich stehen

...1 000 auf der Abschußliste

Und auch dafür liegen jetzt schon die Pläne in der Schublade, die man uns vielleicht in ein oder zwei Jahren ans Schwarze Brett knallt. Nicht nur, daß weiter die Arbeit intensiviert und automatisiert wird — es kommt auf uns auch noch die

Einführung der Digitaltechnik zu, die in vielen Bereichen ein Drittel der Arbeitsplätze kostet.

Wenn man heute munkeln hört, daß schließlich 1 000 Leute rausgeschmissen werden sollen, so ist das sicher nicht aus der Luft gegriffen!

Wenn wir uns heute nicht wehren...

ist morgen jeder zweite dran oder alle. Je mehr wir stillhalten, desto leichter entlassen sie, erst 350, dann nochmals 350, dann... Der Geschäftsleitung kommt es doch nur darauf an, daß alles ruhig und wie am Schnürchen über die Bühne läuft.

Aber so wird das und darf das nicht laufen. Es sind unsere Arbeitsplätze, die wir mit allen Mitteln verteidigen müssen. Die Gladbecker haben sofort gestreikt und sind mit 1 700 in die Stadt marschiert. Empörung, Protest! Siemens entläßt kalt-schnäuzig und gibt gleichzeitig in Anzeigen zum Besten, daß der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 14 Prozent auf 27,3 Milliarden Mark gestiegen ist, daß 13 Prozent mehr Profit aus uns rausgeholt wurden!

Wir wissen auch wie! In

Witten z.B. durch wahnwitzige Akkorderhöhungen, durch die Kurzarbeit, durch Antreiberei der Stundenlöhne. „Zum Dank“ will man 350 rauswerfen und die übrigen noch mehr antreiben. Nein, keiner darf entlassen werden! Dafür soll die Geschäftsleitung bestimmte Wahnsinnsakkorde (wie bei der BGR-Montage) zurücknehmen, Erholpausen für die Akkordarbeiter geben, neue Antreibersysteme, wie in der BU fallengelassen. Jeder Arbeitsplatz muß kompromißlos verteidigt werden. So schwer das ist, es ist nicht unmöglich. Im April dieses Jahres hat die Belegschaft des Frankfurter Rockwell-Werkes mit Streik und Betriebsbesetzung erreicht, daß die Entlassungspläne vollständig zurückgenommen wurden. Auch wir können nur durch Kampf etwas erreichen!

Macht die Belegschaftsversammlung zu einer Kundgebung eurer Empörung und eures Widerstands!

Betriebsbesetzung in Osnabrück

Am Donnerstag letzter Woche besetzten die 236 Beschäftigten zweier zum Hücke-Konzern gehöriger Bekleidungswerke für über fünf Stunden die beiden Fabriken.

„Aus Not den Betrieb besetzt“ und „Heute wir — morgen Ihr — gemeinsam gegen Unternehmerwillkür“ hieß es auf Transparenten an den benachbarten Fabrikgebäuden. Sie forderten volle Aufklärung über die Pläne der Konzernleitung. Die bisherige Kenntnis sieht so aus, daß fast eine Totalstilllegung beider Werke herauskommt.

Von den an der Aktion beteiligten Belegschaftsmitgliedern waren ungefähr 190 Frauen, die die große Mehrheit der Beschäftigten in der gesamten Textilindustrie stellen, einer Branche, in der in den letzten Jahren ebenfalls Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren gingen. Eine solche Kampfaktion wie diese vorübergehende Betriebsbesetzung hatte es bisher im Textilbereich noch nicht gegeben.

Vorstandssitzung des Verbandes: Kampfansage

Gesamtmetall droht mit Entlassungen

Auf seiner jüngsten Vorstandstagung am vergangenen Wochenende hat Gesamtmetall, der Verband der Metallindustriellen der Gewerkschaftsbewegung eine eindeutige Kampfansage entgegengestellt. Nicht nur, daß ein weiteres Mal die Forderung nach sozialem Kahlschlag für die Werktätigen und „besseren Bedingungen“ für die Kapitalisten bekräftigt wurden: man setzte auch eindeutige Pflöcke in der Frage der Arbeitsbedingungen.

Insbesondere zur 35-Stunden-Woche und zu den süd-württembergischen Forderungen nach einem neuen Lohnrahmentarif wurden ausführliche Begründungen für die totale Ablehnung, ja sogar Tabuisierung dieses Themas, vorgetragen.

Es sei völlig falsch, so der Sprecher von Gesamtmetall, Thiele, daß mit Arbeitszeitverkürzungen neue Arbeitsplätze geschaffen oder auch nur alte erhalten werden könnten. Denn damit würden die Personalzusatzkosten, die ohnehin ein wichtiger Faktor für die „besorgniserregende Lage der Metallindustrie“ seien, nur noch weiter steigen, und diese erneute Belastung könnte nur zu neuen Pleiten, also zu weiteren Arbeitsplatzverlusten führen. Dasselbe Argument gebrauchte er, noch mit politische Phrasen

vom „Gewerkschaftsstaat“ verbrämt, für die neuen Lohnrahmen-Tarifforderungen. Diese Argumente sind so weit bekannt — und sie spekulieren damit, daß die breite Öffentlichkeit, auch die übergroße Mehrheit der Arbeiter nichts genaueres darüber weiß, wie die finanzielle Lage der Kapitalisten wirklich ist.

Zum Tabu erklärt und mit echten Drohungen verbunden wurden diese Themen aber im Abschluß des öffentlichen Vortrages der Ergebnisse der Vorstandssitzung: allein schon, wenn man ständig über so etwas rede, greife die Unsicherheit unter den Unternehmern um sich, das könnte auch Arbeitsplätze kosten. Daß man nicht bereit sei, darüber zu verhandeln war dann nur der logische Schlußpunkt dieser provokatorischen Veröffentlichung.

Referat der Landesbezirksleitung Schleswig-Holstein

Über unser Eingreifen in die Wahlen

Im folgenden drucken wir ein Referat der Landesbezirksleitung Schleswig-Holstein ab, das sich mit den dort im kommenden März anstehenden Landtagswahlen beschäftigt. Es enthält eine Reihe von allgemeinen Überlegungen zur Frage der Wahlbeteiligung und ist deshalb auch über den konkreten Anlaß hinaus von Interesse. Im ersten Teil des Referats, der hier nicht abgedruckt ist, wird vor allem die wirtschaftliche Lage in Schleswig-Holstein untersucht.

So hat die Losung unserer Partei nach kompromißloser Verteidigung der Arbeitsplätze mehr und mehr an Aktualität gewonnen. Die Gegensätzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftlichkeitsrechnung und unserer Existenzinteressen ist immer neu unter Beweis gestellt worden. Alle vorliegenden „Strukturmodelle“ der bürgerlichen Parteien wollen natürlich an dem Recht der Kapitalisten auf Maximalprofit nichts ändern, im Gegenteil soll sozusagen verkauft werden, dies könne gleichzeitig unsere Interessen nach Existenz befriedigen. Wir aber sagen, es geht um das Recht der Arbeiter, dort ihren Arbeitsplatz zu verteidigen, wo er bedroht ist — daß endlich Schluß gemacht wird damit, daß diese Arbeitsplatzkiller auch noch aus unseren Steuergeldern bezahlt werden! Wir machen ihre „Strukturveränderungen“ nicht widerstandslos mit!

Und so hat auch die andere wichtige Forderung nach der 35-Stunden-Woche an Aktualität gewonnen — damit wird klar, wen wir für die Arbeitsplatzvernichtung zur Kasse bitten wollen — die Kapitalisten und sonst keinen. Es geht darum, ob wir es zulassen, daß sie ihren Maximalprofit auf dem Rücken der Arbeitslosen scheffeln können, oder ob sie zur Kasse gebeten werden — damit wir eben nicht mit unserem Arbeitsplatz bezahlen. Ich will die Reihe der anderen Forderungen, die unsere Partei in diesem Zusammenhang entwickelt hat und entwickeln muß, jetzt nicht aufzählen. Es handelt sich jedenfalls um Forderungen, die wir an die Kapitalisten selber zu stellen haben und Forderungen an den Staat als Sachwalter der Interessen dieser Klasse. Klar ist aber für uns, daß Arbeitsplatzvernichtung keine aus einer Notlage der armen Unternehmer entstandene Sache ist — vielmehr ist sie ihrem Streben nach Maximalprofit entsprungen und die Frage, ob wir hier Erfolg erzielen, gibt darüber Aufschluß, wie hoch ihr Profit am Ende ist.

Diese Frontstellung wird niemand ernsthaft in die Landtagswahlen hineinragen, die CDU nicht aus sehr verständlichen Gründen, das kann man dem ehemaligen Krupp-Direktor Stoltenberg nun wahrlich nicht verdenken — und auch nicht die in Schleswig-Holstein so linke SPD. Wo hat sie denn bis heute den Millionenskandal der Landesbürgerschaften aufgedeckt und angeprangert? Sie selbst trägt doch das Werftprogramm mit, sie selbst singt das Klagelied der unrentablen Arbeitsplätze mit. Und was ihre Forderungen nach der 35-Stunden-Woche angeht, sagen wir gut, nur wie ehrlich meint ihr das, wenn euer Spitzenkandidat höhere Einkommen dabei zur Kasse bitten will. Diejenigen,

die von dieser 35-Stunden-Woche betroffen sein werden, werden vor allem die sein, die Tarifverträgen unterliegen und da gibt es in unseren Augen keine höheren Einkommen. Das ist ein Kuckucksei, mit dem hintenrum geschickt die Frage unserer Beteiligung ins Spiel gebracht werden soll. So richtig die Kapitalisten zur Kasse bitten, das ist in den Augen der SPD eben keine soziale Gerechtigkeit.

Na und die Grünen — geht es denen um die Frontstellung zum Kapital — sicher nicht. Für sie existiert das brennende Problem der Existenzbedrohung durch Arbeitsplatzvernichtung schon deshalb nicht, weil dies in erster Linie eine Existenzbedrohung für die Arbeiterklasse ist.

So liegt es doch wohl an unserer Partei, diese Frontstellung in den Wahlkampf hineinzufragen und es nicht den verschiedenen bürgerlichen Kräften zu überlassen, die brennenden Probleme der Arbeiterklasse in ihrem Sinne allein aufzugreifen. Einen ernsthaften Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit gibt es nur, wenn wir hier den Kapitalisten und ihrem Staat etwas abtrotzen. Und dies gilt ebenso für den Sozialabbau, wo es eben eine grundsätzlich andere Frage ist, ob wir alle unseren Teil beitragen müssen, wie es vor allem von den Sozialdemokraten unter sozialer Gerechtigkeit verstanden wird — oder ob wir sagen: Die Reichen sollen die Krise zahlen. Die eine und die andere Position trennen Welten. Wir meinen, daß wir uns dieser Auseinandersetzung in den Wahlen nicht verschließen dürfen, sondern daß wir gegen diese Gleichheitsfanatiker unsere Anschauung verankern müssen, daß wer reich ist, auch zahlen soll.

Wahlen sind Bestandteil des Klassenkampfes

Es ist eben unserer Meinung nach für unser konkretes Eingreifen in den Klassenkampf keineswegs gleichgültig, ob wir in den Wahlkampf eingreifen oder nicht. Hier prallen die verschiedenen Anschauungen besonders geballt aufeinander — hier ist ein erheblich höheres Interesse in breiten Teilen der Bevölkerung über die Frage, wie die Probleme gelöst werden sollen, die jeder verspürt. Und wir haben ein Programm und eine Einschätzung mit der wir uns getrost dieser Auseinandersetzung stellen können. Und wir meinen, wir müssen uns dieser Auseinandersetzung stellen, wo wir es irgend können. Dies war in der Vergangenheit auch bei uns in der Leitung nicht immer klar, lange haben wir uns um diese Frage herumgedrückt,

haben es mit dem Gegensatz zu den anderen Aufgaben begründet, wenn das eigene Eingreifen bei Wahlen nicht ernsthaft erwogen wurde. Nur

- kann jeder feststellen, daß unsere Kollegen in der Wahlzeit eine erheblich höhere Aufgeschlossenheit haben;

- prüfen die Kollegen sehr wohl, was in der Wahl politisch abläuft;

- beeinflusst die Wahl erheblich die anderen Bereiche der politischen Arbeit;

- ist jeder, der nicht kandidiert, erst einmal abseits.

Wenn wir das näher ergrün-

dazu verleiten lassen, die Wahlbeteiligung unter ferner liefen zu behandeln? Und das besonders heute, wo doch wohl ohne Zweifel eine immer größere Zahl von Menschen gerade auch aus der Arbeiterklasse in grundsätzliche Zweifel über die Perspektive unserer Ordnung verfällt. Heute, wo immer mehr Beweise sich auftürmen für die richtige Analyse des kapitalistischen Systems durch die Kommunisten, ja wo, ich behaupte das einfach, eine immer größere Zahl von Menschen grundsätzlich die Frage nach dem System stellt. Und das tun sie besonders in der Zeit der Wahl! Ist das nicht eher eine Herausforderung für unsere Partei, denn ein Muß? Ich weiß, daß viele das erst einmal nicht so empfinden können, weil sie schon die 0, dingsbums am Wahltag sehen, sich verkriechen möchten vor der Unbedeutendheit unserer Partei.

Nur, das abseits Stehen und Warten macht uns nun wahrhaftig nicht bedeutender — und keiner soll ernstlich mit dem Argument kommen, die 0,0

Holstein können wir an dem klaren Widerstand gegen die Stoltenberg-Regierung dazu beitragen, aufkeimende Sympathien in Teilen der Arbeiterklasse für die CDU wegen ihrer Enttäuschung über die SPD praktisch durch die Entlarvung dieser besonders arbeiterfeindlichen Politik zu begegnen. Wir haben diese Landesregierung in der Vergangenheit viel zu wenig angegriffen. Und wir haben hier die SPD-Opposition, die sich doch mancher Scheinlinke auch in Bonn wünscht, an der wir zeigen können, daß sie auch in der Opposition nicht antikapitalistischer, höchstens wortradikaler wird.

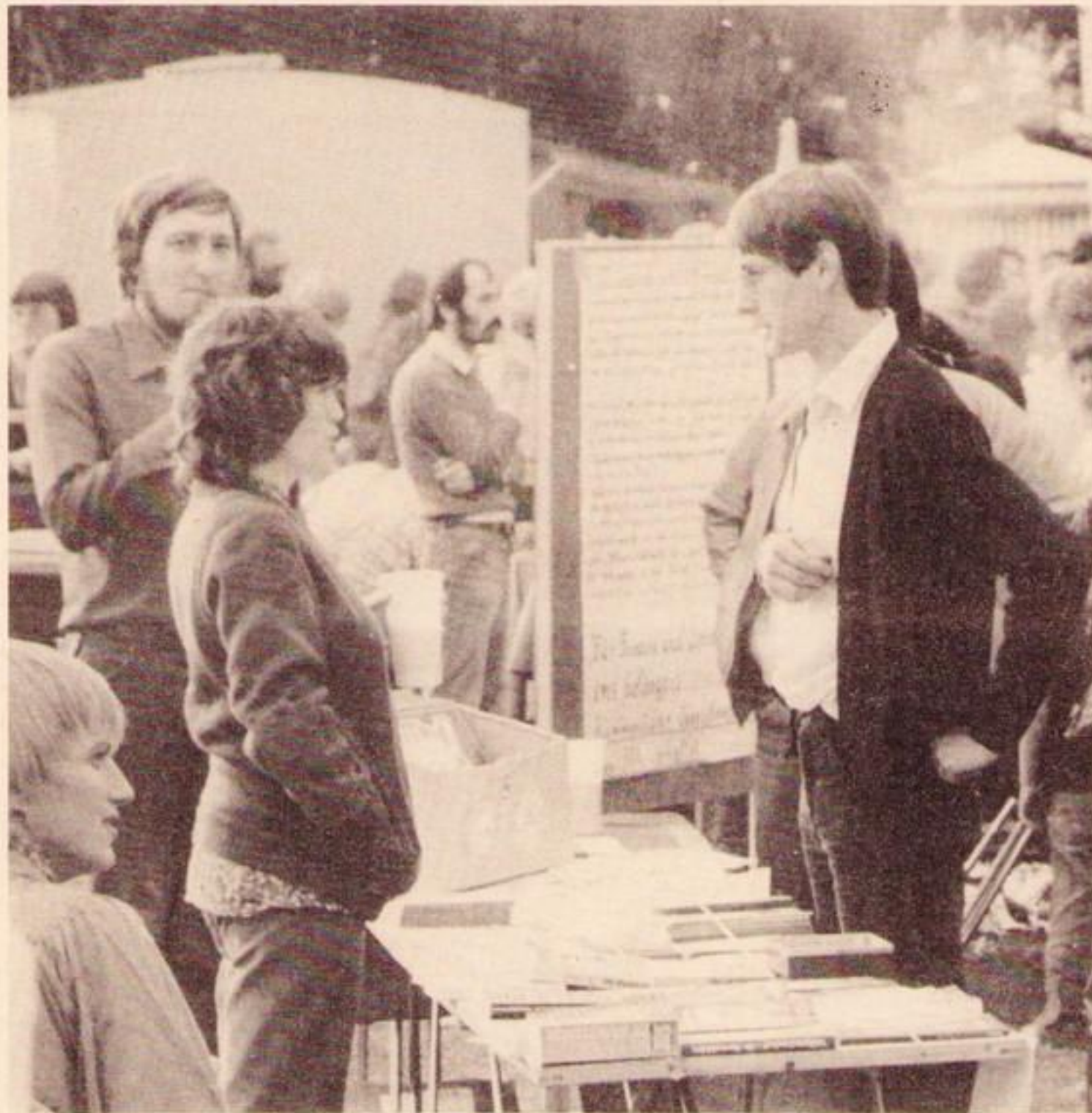
Den Gegensatz einer solchen Wahlbeteiligung zu anderen Aufgaben habe ich zu entkräften versucht — ein anderes Argument ist, wir seien überhaupt zu schwach einen Wahlkampf zu führen.

Das ist ein ernstzunehmendes Argument — nur meinen wir, daß das ernstlich nicht zu trifft. Mit einer großen Ortsgruppe in Kiel hat unserer Ansicht nach unsere Partei sogar

es neben der Partei noch andere Kräfte gibt, die an einer solchen Zielsetzung Interesse hätten. Wenn das so wäre — und mit solchen Kräften ein breites Bündnis möglich wäre —, dann sind wir davon überzeugt, daß der Wert eines solchen Bündnisses höher einzuschätzen ist, als der Nachteil für die Partei, wenn sie dadurch ihre eigene Bekanntheit zurückstellen müßte.

Ein solches Bündnis — darunter verstehen wir nun sicher nicht eine Übereinstimmung mit dem BWK — ein solches Bündnis muß in unseren Augen verschiedene Kräfte aus der Arbeiterbewegung und der oppositionellen kleinbürgerlichen Bewegung einschließen. Wen meinen wir damit: z.B. die Demokratischen Sozialisten, die Initiative Soziale Sicherheit, verschiedene örtliche Initiativen aus dem Bereich des Kampfes gegen Sozialabbau, gewerkschaftsoppositionelle Kräfte usw. Ist mit diesen ein Bündnis mit der oben genannten Stoßrichtung möglich? Das ist die erste Frage, die zweite ist sicherlich in unserem Bezirk, daß es sich dabei zu meist um örtliche und einzelne Kräfte handelt. Dabei liegen uns aus den Vorbereitungen der Kommunalwahlen bestimmte Erfahrungen vor und wir sagen: Wir gehen davon aus, daß es neben der Partei in unserem Bezirk eine Reihe weiterer relevanter Kräfte gibt, mit denen gemeinsam tatsächlich eine breitere klassenkämpferische Front im Landtagswahlkampf erreichbar wäre, die auch sehr wohl mit uns in vielen Fragen der Einschätzung von Schwerpunkten und Stoßrichtung übereinstimmen — die Hauptfrage dabei ist jedoch: Wollen diese Kräfte mit der KPD gemeinsame Sache machen oder ist ihre Berührungsangst vor uns größer als das Streben nach Gemeinsamkeit. Dies scheint hier der kritische Punkt zu sein.

Das Plenum der Landesbezirksleitung hat deshalb einen Aufruf beschlossen, in dem wir diese Kräfte auffordern, mit der Partei die Möglichkeit eines solchen Bündnisses zu beraten. Wir sagen diesen Kräften: Wir sind überzeugt, daß ihr ebenso entschieden wie wir die Entwicklung in diesem Lande ablehnt, wo die Arbeiter und Angestellten bluten sollen dafür, daß einige wenige sich mehr und mehr bereichern. Ihr lehnt wie wir die bedrohliche Kriegspolitik in diesem Lande ab, ihr seid wie wir gegen das immer offener auftretende von alten und neuen Nazis, die jetzt mit dem Mittel der Ausländerfeindlichkeit wieder den Boden für ihre rassistischen und menschenverachtenden Ideologien bereiten wollen. Diese Gemeinsamkeiten erfordern, daß wir ernsthaft ein gemeinsames politisches Eingreifen in die Landtagswahlen 1983 beraten. Auch wenn ein solches Bündnis sicherlich die grünen Kräfte in unserem Bezirk nicht einbeziehen kann. Sie haben durch ihren kürzlich gefaßten Entschluß zur gemeinsamen Kandidatur deutlich gemacht, daß sie sich für eine Vereinigung unter grünem Dach entschieden haben. Damit ist praktisch der Boden entzogen, zumindest mit Teilen zu einer gemeinsamen klassenkämpferischen Grundlage zu kommen. Wir sollten aber bedenken, daß es praktisch an allen Orten bei der Auseinandersetzung um die Kommunalwahlen Kräfte gab, die zwar den grünen Bündnissen ihre Unterstützung gegeben haben, wo das aber wohl mehr auf den Mangel einer Alternative zurückzuführen war. Diese Kräfte könnten durch den grünen Zusammenschluß für eine klassenkämpferische Alternative offen geworden sein.



den wollen, woran das liegt, so hängt das sicherlich mit der Bedeutung des Parlamentarismus zusammen in den Köpfen unserer Kollegen. Auch wenn viele das anders sagen, so messen sie den doch ihrer Stimmabgabe relativ hohe Bedeutung zu — sehen sie in den Wahlen ein Stück direkter Beteiligung an der Politik. Wie sonst wäre die hohe Wahlbeteiligung zu begreifen, vor allem immer dann, wenn es scheinbar um sehr entscheidende Wahlen geht, wie z.B. Bundestagswahlen gegen Strauß.

Wahlen sind mehr Bestandteil des Klassenkampfes als wir es manchmal wahrhaben wollen — weil Wahlen für eine politische Partei wie unsere auch verdammt harte Arbeit bedeutet, und weil wir heute nicht im Traum daran denken können, mit den Wahlen auf das politische Gefüge in unserem Land ernsthaft Einfluß nehmen zu können. Wir sind für die Kollegen nicht die alternative politische Kraft, ja wir sind heute und in absehbarer Zeit auch nicht die Protestwahl, die Sensationsergebnisse ermöglichen würde.

Dies hat mit vielen Faktoren zu tun, der 5-Prozent-Klausel, dem Ansehen des Kommunismus nach den Erfahrungen mit der DDR usw. Nur darf das uns

würde dem Ansehen der Partei schaden. Nein — die Kollegen sehen uns mit und ohne Wahl schon ganz realistisch als eine kleine Partei und ich glaube, daß mancher unbefangener und realistischer den Wert der Ergebnisse einzuschätzen weiß, als manch himmelstürmende Genossen unter uns.

Das soll nicht böse gemeint sein — das ist ja verständlich — nur müssen wir von der Wirklichkeit ausgehen, und die ermöglicht der Partei heute vorzügliche Bedingungen, im Wahlkampf ihre Auffassung zur Frontstellung zum Kapital reinzutragen, die Idee des Sozialismus zu verbreiten, ohne daß deshalb daraus die große spontane Protestbewegung zur Zeit werden kann. Dazu ist unsere Arbeit zu mühsam. Deshalb werden wir neben dem Gradmesser der Stimmen, den Erfolg der Wahlen vor allem daran messen müssen, ob wir uns neue Verbindungen geschaffen, z.B. dem Kampf gegen die Massenentlassungen bei HDW eine bessere Grundlage gegeben haben und nicht zuletzt, ob wir einer größeren Zahl von Menschen unsere Partei bekannter gemacht haben.

Für solch ein Ziel ist allerdings die Bedingung sehr günstig — denn hier in Schleswig-

sehr günstige Bedingungen, in die Landtagswahlen einzugreifen. Wie — das müssen unsere Kräfte entscheiden — aber einen Wahlkampf, der an den ohnehin vorhandenen Schwerpunkten der Partei ansetzt, ist in unseren Augen zu leisten ohne erhebliche Einschränkungen. Was bedeutet das praktisch: 1800 Unterschriften für eine Landesliste mit ca. neun Kandidaten und noch ein paar für die Formulare, das wäre sozusagen behördliche Pflicht — alles andere wie Schilder usw. liegt daran, wir wir einen Wahlkampf führen wollen. Das meinen wir — ist zu schaffen.

Eigenkandidatur oder Wahlbündnis?

Kommen wir nun zum letzten Punkt — zu der Frage, ob wir das Ziel, das ich eingangs für die Wahlen aufgezeigt habe, nicht anders besser verwirklichen kann als durch die eigenständige Kandidatur. Es ging darum in den wichtigen Fragen für die Arbeiterklasse die Frontstellung zum Kapital deutlich zu machen und die grundsätzliche Abgrenzung dieser Haltung gegen die verschiedenen bürgerlichen Anschauungen zu stellen. Dazu müssen wir die Frage klären, ob

Prozeß gegen zwei Hamburger Gewerkschafter hat begonnen

Solidarität mit den Brokdorf-Angeklagten!

Nach den im Mai gefällten Terrorurteilen gegen Michael Duffke (fünfeinhalb Jahre Gefängnis) und Markus Mohr (drei Jahre Gefängnis) gehen die Prozesse gegen Teilnehmer an der Brokdorf-Demonstration vom 28. 2. 81 in die nächste Runde. Seit Dienstag dieser Woche wird vor dem Amtsgericht Itzehoe gegen die beiden Hamburger Arbeiter Uwe Zabel (IGM) und Kay Seligmann (IG Druck) verhandelt.

Die beiden Kollegen gehören dem Arbeitskreis Leben (AKL) — Gewerkschafter gegen Atom — an, der bei der Vorbereitung der Brokdorf-Demonstration und allgemein beim Widerstand gegen den Bau des AKWs Brokdorf eine wichtige Rolle gespielt hat. Nicht zuletzt auf die Arbeit des AKL ist es zurückzuführen, daß sich in den letzten Jahren auch innerhalb der Hamburger Gewerkschaften der Protest gegen das Brokdorf-Projekt formierte. Ein sichtbarer Ausdruck davon war beispielsweise eine ganzseitige

Der Vorfall, aus dem die Anklage gegen Uwe Zabel und Kay Seligmann konstruiert wurde, ereignete sich gegen Ende der Demonstration, an der sich trotz des Verbots 100 000 AKW-Gegner beteiligten. Die Kundgebung in unmittelbarer Nähe des Bauplatzes war beendet; die Demonstranten waren auf dem Rückmarsch zu ihren Fahrzeugen. In dem Zug durch die Wilster Marsch befand sich auch der Lautsprecherwagen des AKL. Er bewegte sich nur langsam, um auf die letzten Gruppen der zurückströmenden

sich die beiden AKL-Kollegen schuldig gemacht haben sollten: Landfriedensbruch, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Transport von Waffen und waffenähnlichen Gegenständen usw.

Der gleiche Wieduwert war auch schon gegen die Brokdorf-Demonstranten Markus Mohr und Michael Duffke aktiv geworden — mit ähnlichen Methoden. Hier hatte er sogar einen „Mordversuch“ erfunden. Dieser absurde Vorwurf mußte dann zwar fallengelassen werden. Aber er hatte doch seine Schuldigkeit getan, nämlich eine Stimmung gegen Markus und Michael geschaffen, die notwendig war, um das Abschreckungsurteil gegen sie zu vollstrecken.

Auch im Fall der beiden AKL-Kollegen waren die ursprünglichen Vorwürfe durch keinerlei Beweise abgedeckt. So wurde von Wieduwert behauptet, der Lautsprecherwagen sei von der Einsatzleitung der Polizei erst durch eine Hubschrauber-Videoübertragung im „Kampfgebiet“ vor dem Bauplatz entdeckt worden. Tatsache ist aber, daß der Wagen schon vor dem Angriff bei Ende der Demonstration zweimal von der Polizei durchsucht worden war.

Die Geschichte, die Wieduwert sich ausgedacht hatte, lief darauf hinaus, die AKL-Kollegen als besonders brutale Gewalttäter erscheinen zu lassen. Ihr Wagen sollte vor dem Bauplatz die besagten Waffen geladen haben, mit denen dann — auch das wußte der Staatsanwalt ganz genau — eine große

Kiel“. Also nicht die Polizeistrategen vor Ort hatten den Überfall angeordnet, sondern ganz offensichtlich Innenminister Barschel höchstpersönlich.

Der Itzehoeer Amtsrichter Voß hat die meisten der von Wieduwert aufgestellten Vorwürfe nicht zur Anklage zugelassen. Zu der Hauptverhandlung vor einem erweiterten Schöffengericht, die diese Woche begonnen hat, wird nun „nur“ Anklage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt erhoben. Zugelassen sind auch die von der Anklage benannten 22 Polizeizeugen, von denen man nach einschlägigen Erfahrungen befürchten muß, daß sie bestens präpariert in die Verhandlung gehen.

Durch die Reduzierung der Anklage gegen Kay und Uwe sollte man jedoch nicht denken, der Prozeß sei nun zu einer harmlosen Angelegenheit geworden. Bei Markus Mohr und Michael Duffke lief die Prozeßstrategie nach dem gleichen Muster und obwohl sich schließlich der ursprüngliche Mordvorwurf vollständig in Luft aufgelöst hatte, wurden sie zu insgesamt achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Was die Reaktion in diesem Lande braucht, sind eben solche Terrorurteile, mit denen nachträglich der Angriff auf das Demonstrationsrecht durch das totale Versammlungsverbot in der Wilstermarsch ebenso gerechtfertigt werden kann, wie das gewaltige Aufgebot von Polizei- und Grenzschutzeinheiten aus dem ganzen Bundesgebiet. Was die Reaktion braucht, sind solche Terrorurteile, die einer-



Polizei-Rollkommando gegen Hausbesetzer

Terror nach Dienstschluß

In der Nacht zum vorletzten Montag wurde ein besetztes Haus in Dortmund von einem Rollkommando überfallen. Sieben Männer prügelten brutal auf die Besetzer ein und zerstörten einen Teil der Einrichtung. Was auf den ersten Blick wie eine Aktion von Nazi-Schlägern aussah, entpuppte sich als „privater“ Feldzug von Polizeibeamten.

In der Nacht zuvor war das seit vier Jahren leerstehende Haus im Alten Mühlenweg 6 von 15 Leuten besetzt worden. Der Besitzer hatte sich sofort danach um eine einstweilige Verfügung zur Räumung des Hauses bemüht — allerdings vergeblich. Dennoch bekamen die Besetzer schon im Verlauf des Sonntags Ärger. Gegen Mittag tauchten zwei Typen auf, die sich als Zivilpolizisten ausgaben. Einer von ihnen ging brutal auf eine der Besetzerinnen los und würgte sie zweimal. Kurze Zeit später tauchten dann verdächtig oft Polizeiwagen auf, ohne jedoch anzuhalten. Was dann in der Nacht geschah, schilderten die Besetzer später so:

„23.30 Uhr: Ein Passant, Herr Vollmer, 73, beobachtet folgendes: Mehrere Personen in Räuberzivil schlichen an der Wand entlang und stürmten geballt zum Haus, indem sie die vier vor dem Haus sitzenden Leute anrempelten und anpöbelten. Aus dem Haus hörte er Hilferufe. Im Haus spielte sich dann folgendes ab: Der Schlägertrupp durchkämmte im Haus systematisch alle Etagen und prügelte die Besetzer auf die Straße. Weist bedrohte vor dem Haus Besetzer mit einem nicht ausgeklappten Stilet und auch auf der Treppe im Haus versuchte einer der Schläger, Besetzer mit einem ausgeklappten Stilet zu vertreiben.“

Bilanz: Mehrere Besetzer erlitten Prellungen durch Tritte und Schläge in den Bauch, am Kopf, Rücken, Nieren, Unterleib und Beinen. Mehrere Besetzer wurden kopfüber die Treppe hinuntergestoßen. Die schwersten Verletzungen waren Gehirnerschütterung und Platzwunden. Ein Gast von uns, ein Kinderarzt, wurde am übelsten zugerichtet. Er saß oben in der Küche beim gemeinsamen Tee, als er die Schreie von unten hörte. Er betrat als erster das Treppenhaus und wurde gleich hart gepackt. Was nun mit ihm passierte, nennen die Bullen Ping-Pong. Sie schubsten sich gegenseitig den Mann zu, wobei sie ihn jedesmal mit Schlägen und Tritten maltratierten. Als Abschluß dieser Behandlung wurde auch er die Treppe kopfüber hinunter gestoßen. Dabei verlor er sein Bewußtsein. In der Zwischenzeit trafen Funkstreifenwagen ein, die von einer Taxifahrerin alarmiert worden waren. Sie sahen tatenlos dem Geschehen zu und ließen sich erst nach mehrmaligen Aufforderungen dazu herab, einen

Krankenwagen für den Schwerverletzten zu bestellen. Erst im Krankenhaus erlangte der verletzte Kinderarzt sein Bewußtsein zurück.“

Daß die von der Taxifahrerin gerufenen Polizisten vollständig untätig blieben hat seinen Grund: Entweder haben sie es schon vorher gewußt oder sie merkten am Ort des Geschehens, daß hier nicht irgendein Rollkommando Menschen brutal zusammenprügelte, sondern daß es ein Kommando ihrer eigenen Kollegen war. Sowohl der Rentner Vollmer wie auch einige Besetzer erkannten in zwei Schlägern diejenigen Typen wieder, die sich am Mittag zuvor als Zivilpolizisten ausgegeben hatten. Und die Besetzer kannten die Herren auch noch von anderen Gelegenheiten — vom Einsatz bei Demonstrationen. Es handelte sich um zwei hohe Polizeibeamte: Dietmar Weist, Leiter des Schutzbereichs Dortmund-Mitte und Karl-Heinz Murawski, Vizeleiter des örtlichen Sondereinsatzkommandos (SEK).

Nach dem Überfall weigerte sich die zuständige Polizeiwaiche, eine Anzeige der Besetzer entgegenzunehmen. Die Herren auf dem Revier waren übrigens die gleichen, die am Ort des Überfalls der Terroraktion ihrer Kollegen tatenlos zugeschaut hatten. Erst zwei mit den Hausbesetzern sympathisierenden Hochschullehrern gelang es dann nach einiger Zeit, bei der Kripo eine Anzeige anzubringen.

Vor 1933 gab es in diesem Land Polizisten, die nach Feierabend ihre Dienstuniform mit der SA-Uniform vertauschten und auf „Kommunistenjagd“ gingen. In Lateinamerika rotten sich Polizisten nach Dienstschluß zu den berüchtigten Todesschwadronen zusammen und liquidieren Oppositionelle. An solche Erscheinungen fühlt man sich durch den Dortmund Vorfall erinnert — auch wenn Weist, Murawski und Co. bei ihrem privaten Feldzug gegen die Hausbesetzer ihre Opfer „nur“ zusammenschlugen. Aber ganz offensichtlich gibt es auch hier in den bewaffneten Staatsorganen Leute, denen dienstliche Terroreinsätze nach Art von Brokdorf oder Startbahn West nicht reichen, die auch nach Feierabend noch Blut sehen wollen.

Und solche Typen werden dann vom Apparat gedeckt: Sowohl Weist wie auch Murawski tun in Dortmund unbehelligt weiter Dienst.



Brokdorf-Demonstration am 28. 2. 81.

Anzeige, die unmittelbar vor der Demonstration vom 28. Februar in der „Hamburger Morgenpost“ erschien und mit der 1 600 Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder zur Teilnahme an dieser Aktion aufriefen.

Dieser breite Widerstand gegen das geplante AKW an der Unterelbe wirkte sich schließlich auch im Hamburger DGB-Kreisvorstand aus, der bislang das Brokdorf-Projekt nahezu einhellig unterstützt hatte. Bei der Vorstandssitzung im Februar 1981 sprachen sich die Vertreter von HBV, IG Druck, GEW, GGLF (Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten), der DGB-Jugend, sowie ein Vertreter der ÖTV für den Ausstieg aus Brokdorf aus.

Gerade vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen in Hamburg um das Brokdorf-Projekt (bei denen eine Allianz aus Atomindustrie, reaktionären DGB-Bonzen und dem rechten Flügel, der SPD Bürgermeister Klose zum Rückzug zwang) ist es ersichtlich, daß der AKL als treibende Kraft des gewerkschaftlichen Widerstands gerade diesen Kräften ein Dorn im Auge war. Zusätzlich unbeliebt gemacht hatte sich der AKL dadurch, daß er gegen das von Landrat Brümmer verfügte Verbot der großen Brokdorf-Demonstration klagte und zunächst eine Aufhebung des Verbots erreichte (was dann wenig später von einem anderen Gericht wieder rückgängig gemacht wurde). Der Kieler Innenminister Barschel jedenfalls, der Verantwortliche für den Aufmarsch der Polizeitruppen in der Wilster Marsch, bekannte später, die Klage des AKL habe seine polizeilichen Vorbereitungen auf die Massendemonstration „empfindlich gestört“.

AKW-Gegner zu warten. Zu dieser Zeit waren die Polizei und BGS-Einheiten zum gezielten Angriff auf die sich auflösende Demonstration übergegangen.



Polizeiüberfall auf den Lautsprecherwagen des AKL.

Mit Hubschraubern wurden „Zielanflüge“ gestartet, um — wie es Innenminister Barschel später formulierte — „qualifizierte Festnahmen zu tätigen.“ Man wollte sich also Leute herausgreifen, denen man später den Prozeß machen könnte.

Opfer eines gezielten Polizei-Angriffs wurde dann auch der Lautsprecherwagen des AKL. Er wurde regelrecht aus dem Gewerkschaftsblock der Demonstration herausgeprügelt und dann beschlagnahmt. Gegen Uwe und Kay, die den Wagen gefahren haben sollen, stellte Staatsanwalt Wieduwilt dann später eine Anklage zusammen, die einen ganzen Katalog von „Verbrechen“ enthielt, deren

Randale in der Stadt Wilster geplant war. Und das wäre dann auch der Grund für die Beschlagnahme des Wagens durch die Polizei gewesen. Die Wahrheit sieht allerdings erheblich anders aus: An „Waffen“ wurden auf dem Lautsprecherwagen Transparentstangen und Werkzeug beschlagnahmt. Und auch der Polizeiüberfall auf den Wagen und den Gewerkschaftsblock hatte ganz andere Gründe als von Wieduwert dargestellt. Sowohl der verantwortliche Leiter bei diesem Polizeieinsatz wie auch einzelne daran beteiligte Beamte hatten nämlich am Ort des Geschehens übereinstimmend erklärt, der Einsatzbefehl käme von „oberster Stelle aus

seits die Kriminalisierung von AKW-Gegnern vorantreiben kann und andererseits abschreckend auf alle diejenigen wirken sollen, die in irgendeiner Form Widerstand leisten.

Deshalb brauchen also die beiden AKL-Kollegen, die stellvertretend für 100 000 vor Gericht stehen, die aktive Solidarität aller demokratischen Kräfte.

Die nächsten Prozeßtermine: 21. und 28. September, jeweils 8.30 Uhr, Amtsgericht Itzehoe, Bergstraße 7.

Solidaritätsadressen an: Richter Voß, Amtsgericht Itzehoe, AZ 3Js4964/81-9Ls (111/81). Kopie bitte an Aktionskreis Leben, Gustav-Falke-Straße 2, 2000 Hamburg 13.

**Presse-
Fest**

Das Programm auf einen Blick

(Änderungen vorbehalten)

Samstag, 25.9.82

Freilichtbühne I

11.00 Uhr, Hobelbühne, Kabarett aus Frankfurt
12.00 Uhr, Kölner Straßenmusiker
13.00 Uhr, Blinkfuer, Kabarett aus Hamburg
16.00 Uhr, Zeitzünder, Kabarett aus dem Rheinland

Freilichtbühne II

16.00 Uhr, Teakwon-Do mit dem ASG Ückendorf

Großzelt

14.00 Uhr, „Sozialismus hat Zukunft“, Veranstaltung der KPD, es spricht Ernst Aust
18.00 Uhr, „Laßt euch nicht BRDigen“, Musikveranstaltung der KJD mit: Eck, Rocktheater Nachtschicht, Kotten Blues Band und Elbe 1
Eintritt 6 Mark (oder Doppelkarte 10 Mark, incl. Konzert „Lieder zur Lage“)



Diskussionszelt I

11.00 Uhr, Der Kampf um die Gleichberechtigung und Befreiung der Frau
16.00 Uhr, Wie weiter im Kampf gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit?

Diskussionszelt II

11.00 Uhr, Stahlwerk jetzt — Film und anschließend Diskussion mit Betriebsräten von Hoesch
16.00 Uhr, Ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln?

Kinozelt

11.00 Uhr, Schade, daß Beton nicht brennt
12.30 Uhr, Hessischer Herbst
13.00 Uhr, Eines Tages werden wir zurückkehren — ein Dokumentarfilm über das Leben und den Kampf der Palästinenser in den Flüchtlingslagern im Libanon.
16.00 Uhr, Belfast — anschließend Diskussion mit einem irischen Genossen des Frankfurter Anti-H-Block-Komitees

Stände der KPD

Von Flensburg bis zum Bodensee sind die Landesbezirke der KPD vertreten, informieren über ihre Arbeit, bieten kulinarische Spezialitäten an und sorgen für Unterhaltung.

Markt der Möglichkeiten

Stände und Informationen von politischen Organisationen, Gruppen und Komitees. Alles ist eingeladen außer rechten Organisationen und den etablierten Parteien.

Kinderprogramm

— Kinderspielplatz — Wett- und Aktionsspiele von 10.00 bis 18.00 Uhr
14.00 Uhr, Wittener Kinder- und Jugendtheater mit dem Stück Kikerikiste von Paul Maar, für Menschen ab 5 Jahre.

„Redi Dron“, Musikgruppe von Loson aus Surinam begrüßen wir am Sonntag auf dem Pressefest. Sie singen und spielen auf der Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit und treten auf der Freilichtbühne auf.

Musik aus Surinam



Der Magenfahrplan

Der „Rote Morgen“ bietet auf seinem Pressefest nicht nur Diskussionen, Informationen, Veranstaltungen und Kultur, sondern auch viele interessante kulinarische Spezialitäten. Stullenpakete sind auf dem Fest überflüssig, hier braucht keiner zu verhungern.

Die Pressefest-Speisekarte der Bezirke der KPD:

Schleswig-Holstein:
Fischbrötchen (mit Matjes, Bismarck-Heringen und Schillerlocke), Tee mit geeltem Kööm.

Bremen: Knipp mit Schwarzbrot und Gurke, Friesengeist, Korn, Tee und Kuchen.

Hamburg: Aalsuppe und Labskaus.

Westberlin: Frikadelle mit Gurke, Berliner Weiße mit Schuß, Faßbrause, Schmalzstullen.

Westfalen-Lippe:
Westfälischer Schinken mit Korn, Münsteraner Altbierbowle.

Ruhr: Pfefferpothast mit Graubrot und Gurke, Dortmunder Bier.

Rheinland: Bergische Kaffeetafel.

Rheinland-Pfalz: drei verschiedene Pfälzer Weine, Leberwurst- und Blutwurstbrötchen.

Baden-Württemberg: Maultaschen.

Bayern: Nürnberger Bratwürste, Weißwurst, Baumkuchen, Kaiserschmarrn.

KJD/KS: Kaffee, Tee und Kuchen.

Außerdem Grillstände mit Bratwurst und Kotelett, sowie türkische Spezialitäten.

Ein buntes Bild...

CHARAKTERMASKEN



ZUM SELBERMACHEN

Charaktermasken von Reagan, Breschnew, Schmidt, Strauß und anderen gibt es auf dem Markt der Möglichkeiten am Stand des Verlag GNN. Hier können Interessierte auch lernen, wie man Charaktermasken selbst herstellt.



Grafiken und Plakate verkauft die Grafik Werkstatt Bielefeld auf dem Markt der Möglichkeiten.

Sport - Spiel - Spannung

...für die Kleinen, auf dem Pressefest, auf einer Wiese, direkt neben dem Marienbornplatz. Und was da alles geboten wird:

Ein Spielplatz zum Aus-
toben. Mit einer großen auf-

blasbaren Burg, zum Klettern — die Attraktion auf jedem Volksfest. Mit einer Malwand, der Bastelecke, in der aus großen Kartons die tollsten Sachen entstehen werden. Mit einem Sandkasten,

einer Schaukel und wenn es klappt Geräten zum hangeln und klettern.

Wett- und Aktionsspiele: Negerkußschleuder, Nagelbalken, Angelspiel, elektrisches Geschicklichkeits-

spiel, Eierlaufen, Wurfpeile, Bonbonschleuder, Stopf-Strauß-das-Maul (Wurfspiel).

Die Kinderbühne, auf der jedes Kind zum „Künstler“ wird, mit Liedern, Witzen, Geschichten und was den Kindern noch so einfällt. Die Verwandlungsmaschine — rein-
gehen und geschminkt wieder rauskommen. Luftballonaktion, Kasperltheater, und Kinder — aufgepaßt: ein großer Kinderflohmarkt. Kinder bringen eure Sachen mit, alte Spiele, Puppen, Tiere, Autos und was ihr alles tauschen, verschenken oder auch verkaufen wollt. Die Kinder machen ihren eigenen Flohmarkt, am Sonntag auf dem Pressefest.

Kinderfilme: „The Kid — Charlie Chaplin der Vagabund und das Kind“, „Pippi Langstrumpf“ und „Tim und Struppi am Haifischmeer“ (Zeichentrickfilm).

Und dabei ist auch das Wittener Kinder- und Jugendtheater mit dem Stück: Kikerikiste von Paul Maar. Ein Stück für Menschen ab fünf Jahren, am Samstag, um 14.00 Uhr auf dem Kinderspielplatz.

Es spielt das Wittener
Kinder- und Jugendtheater.



Das Programm auf einen Blick

**PRESSE-
FEST**

(Änderungen vorbehalten)

Sonntag, 26.9.82

Freilichtbühne I

13.00 Uhr, Pegasos — Griechische Folklore und politische Lieder
14.00 Uhr, Redi Dron, Musikgruppe von Loson aus Surinam

Freilichtbühne II

14.00 Uhr, Tänze aus der Türkei

Großzelt

10.00 Uhr, Manifestation gegen Ausländerfeindlichkeit
12.00 Uhr, Es singt Melike Demirag

15.00 Uhr, „Lieder zur Lage“ mit Werner Worschech, Hans Dinan und den Schmetterlingen aus Wien

Eintritt 6 Mark (oder Doppelkarte 10 Mark, incl. Konzert „Laßt euch nicht BRDigen“.)



Diskussionszelt I

12.00 Uhr, Brokdorf-Prozesse — Beispiel für politische Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte. Gezeigt wird ein Film über den Prozeß gegen M. Duffke und M. Mohr. Diskussion mit Angeklagten des Arbeitskreises Leben, Hamburg

Platz neben Großzelt

13.00 Uhr, Manfred Spieß fertigt Denkanalysen zur Ausländerfeindlichkeit an

Kinozelt

10.00 - 12.15 Uhr Kinderfilme
12.20 Uhr, Schichtarbeit... raus kommst du nur, wenn du kaputtgeschrieben bist. Ein Dokumentarfilm über Arbeitsbedingungen und Kämpfe der Frauen beim Paketamt der Post Düsseldorf.
13.00 Uhr, Alamanya Germania
13.30 Uhr, Unruhe von Yilmaz Güney
15.00 - 16.30 Uhr, Kinderfilme

Kinderprogramm

— Kinderspielplatz — Wett- und Aktionsspiele von 10.00 - 17.00 Uhr
10.00 Uhr, Film: Tim und Struppi am Haifischmeer, Zeichentrickfilm
11.20 Uhr, Film: The Kid — Charlie Chaplin der Vagabund und das Kind.
13.00 Uhr, Großer Kinder-Flohmarkt
15.00 Uhr, Film: Pippi Langstrumpf

...

Das endgültige und auch verbindliche Programm findet ihr im Programmheft für das Rote-Morgen-Pressefest, mit genauen Orts- und Zeitangaben, damit jeder weiß, wo er hingehen soll. Das Programmheft gibt es auf dem Pressefest, direkt am Eingang. Zusammen mit dem Button für das Pressefest kostet es 2 Mark.

Sonderangebot

Wird der „Markt der Möglichkeiten“ auf dem Pressefest bieten. Das zeigen die ersten Anmeldungen, die inzwischen bei uns eingetrudelt sind. Da gibt es Internationales — z.B. einen Stand des Palästinensischen Arbeitervereins und einen Stand des irischen Anti-Block-Komitees. Dafür, daß das Kulturelle auf dem „Markt der Möglichkeiten“ nicht zu kurz kommt, sorgen die Graphikwerkstatt aus Bielefeld, Künstler des BWK, die unter anderem Masken ausstellen und verkaufen, die Zeitschrift „Linkskurve“. Weitere Zeitschriften, die sich bisher angemeldet haben sind: „Klüngeler“, Zeitung aus Dortmund, „Lawine“, Frauenblatt im Ruhrgebiet, „Alarm“-Redaktion aus Düsseldorf.

Die Brokdorf-Prozesse sind das Hauptthema von Ständen des Arbeitskreises Leben Hamburg und der RHD. Um den antifaschistischen Kampf geht es am Stand der Antifaschistischen Gruppe Dortmund und der Volksfront.

Informationen über Albanien, Bücher und Kunstgewerbe bietet die DAFG.

Um die Gleichberechtigung der Frau geht es an Ständen von Frauengruppen aus Kiel und Dortmund. Außerdem auf dem „Markt der Möglichkeiten“: Die Gesellschaft für bedrohte Völker, verschiedene Stände, die über die Situation und die Probleme türkischer Arbeiter informieren und, und, und...

(Übrigens: Eingeladen wurden auch Parteien und Organisationen wie Jusos, Jungdemokraten, Die Grünen, DKP, DAJ, MLPD, KB, KBW, Arbeiterbund usw. Leider bisher ohne Reaktion.)

Während überall die Preise steigen, demonstriert der Verlag Roter Morgen auf dem Pressefest, daß es auch anders gehen kann. Ein einmaliges Sonderangebot, das

jeden Vergleich mit dem Sommerschlußverkauf um Längen gewinnt.

Alle Bücher, die im Verlag Roter Morgen erschienen sind, sowie alle Publikatio-

nen aus Albanien gibt es auf dem Pressefest zum halben Preis!!! Im Klartext: Ihr spart an jedem Buch 50 Prozent!!!

Einige Beispiele:

Stalin
ausgewählte
Werke Band I
und II, bisher
25 DM, auf dem
Fest nur
12,50 DM.

**Geschichte
der PAA,**
2 Bände, bisher
15,20 DM, auf
dem Fest
7,60 DM.

Enver Hoxha,
Ausgewählte
Werke I und II
bisher 47,80 DM
auf dem
Pressefest nur
24 DM.

Bildband
10 Jahre
KPD/ML,
bisher
25 DM, auf dem
Fest 12,50 DM

Ausgenommen von den Sonderangeboten sind lediglich: Stalin, gesammelte Werke, Band 1 bis 16, sowie alle Bücher, die nicht im Ver-

lag Roter Morgen oder in Tirana erschienen sind.

Neben diesem umfangreichen Angebot präsentiert

der Verlag Roter Morgen noch ein Buch-Antiquariat, das ebenfalls sehr preisgünstige Bücher enthält.

15 Jahre ROTER MORGEN

Ein „gewöhnlicher“ Sonntag an der Startbahn West

Sonntag, der ...1982: Wir treffen uns wie jeden Sonntag auf dem Groß-Gerauer Marktplatz um mit den Autos, auf denen man schon von weitem die Plaketten „Keine Startbahn West“ erkennen kann und mit kämpferischer Stimmung, gemeinsam in Richtung Walldorf loszufahren.

Während der kurzen Fahrt sieht jeder noch einmal nach, ob er auch alle wichtigen Dinge dabei hat, ohne die man sich nicht mehr in den „Wald“ wagen kann.

Da wäre z.B. das Halstuch (in der Polizeisprache = Maske), das man sich vor den Mund und die Nase binden sollte, wenn man nicht unbedingt das giftige Gas, das jeden Sonntag von seiten der Schlägertrupps der Bourgeoisie in die Men-

schenmenge geschossen wird, einatmen möchte, und wenn man nicht genug Geld besitzt um sich eine Gasmaske leisten zu können (dafür sorgt schon der Arbeitgeber). Nicht zu vergessen wäre noch eine geeignete Schutzbrille, die man für die Augen benötigt, denn auf die Dauer hält man das ätzende brennende Gefühl in den Augen nicht durch, vor allen Dingen, wenn man noch etwas sehen möchte.

In Walldorf angelangt stellen wir dann unsere Wagen möglichst in der Nähe eines bewohnten Hauses (das soll es noch geben) ab, da man immer noch Gefahr läuft, daß die Autorei-Gefahr läuft, wenn man zurückkommt von Bullen in Zivil (die Bezeichnung Polizei wird schon lange nicht mehr verwendet) plattge-

stoßen wurden. Danach gehen wir noch ca. eine halbe Stunde durch den „Wald“ bis wir die Betonmauer, die die im Bau befindliche Startbahn schützen soll, erreicht haben. Von weitem kann man schon — kein Baum behindert einem die Sicht — die gut ausgerüsteten Bullen stehen sehen. (Natürlich hinter der schützenden Mauer.) Von den vielen Wasserwerfern, an Maschinen angebrachten Kameras, die alles überwachen, Bullen in Zivil, die ständig fotografieren, den Tränengasgewehren ganz abgesehen. Auch an diesem Sonntag sind wieder ca. 1000 Menschen (Polizeisprache = Gesetzesbrecher) an diesem Schutzwall des Kapitals angetreten. Die Zeit vergeht und bis jetzt ist noch friedliche Ruhe zu spüren. Doch wir wissen, daß es

nicht mehr lange dauern kann und sich diese Ruhe in einen gewaltigen Sturm verwandeln wird. Denn die „Gesetzesbrecher“ werden einen Grund suchen, der zum Beispiel darin zu finden ist, daß Demonstranten die Mauer mit Parolen bemalen usw., um dann hinter ihrer schützenden Mauer hervorzupreschen und auf die Demonstranten brutal einzuschlagen und so viele wie möglich zu verhaften. Auch dieses Mal haben wir uns leider nicht getäuscht. Ein paar Meter von mir entfernt wird schon ein Wasserwerfer eingesetzt. Einen Grund können wir wie immer nicht feststellen. Da plötzlich höre ich in der Ferne mehrere Schüsse und schon fliegen an unseren Köpfen gezielt geschossene Gasgranaten vorbei, die, wenn sie keinen Demonstranten getroffen haben, zu Boden fallen und die Gegend, die zuvor noch friedlich aussah, in ein stinkendes Schlachtfeld verwandeln.

Jetzt heißt es seine Gesundheit und Leben vor diesem Marionetten in braunen Uniformen (oder sind es grüne?) zu schützen. Wir, die so gut es geht, ausgerüstet sind, zögern keine Sekunde, die qualmenden Tränengasgranaten — inzwischen lauten viele Menschen mit brennenden Augen und Gesicht durch die qualmende Gegend — auf die andere Seite der Mauer zurückzuwerfen. Jeder gelungene Wurf wird von der Menschenmenge begeistert gefeiert. Doch diesen Teilerfolg der Startbahngegner, der die Bullen zwingt, sich ein paar Schritte hinter der Mauer zurückzuziehen, können sich die Schuhputzer der FAGs, Siemens usw. nicht bieten lassen und darum dauert es auch nicht lange bis uns die ersten Steine am Körper treffen, und wir gezwungen sind, Schutz zu suchen. Doch auch diesem Terror setzen wir uns nicht lange wehrlos aus und schlagen mit den gleichen Mitteln zurück. So zieht sich diese Schlacht Stunde um Stunde hinaus und ca. um 18.30 Uhr hören wir plötzlich den uns so bekannten Ruf: „Sie kommen...“ und wie an jedem Sonntag geht auch an diesem eines der zahlreichen Ausfalltore in der Mauer auf um einen Trupp Schläger hinauszulassen.

der wie eine Meute Wölfe herausgesprengt kommt und wild um sich zu schlagen, auch nicht haltmachend vor alten Menschen und kleinen Kindern. Dies ist das Zeichen dafür, daß ich mich und noch mehrere Startbahngegner zurückziehe, um zu bahngegner zurückziehen, um der aufgeregten Menschenmenge, die sich schon etwas früher zurückzog, zu gelangen. Denn wir wissen zu gut, daß die Bullen die Leute brutal zusammen schlagen und festnehmen, die versprengt in der Gegend herumlaufen. An diesem Tag jedoch geht meine Rechnung nicht auf, denn schon sind mehrere blutrünstige Wölfe heran um mich brutal festzunehmen. Weder meine Gegenwehr noch das Eingreifen einzelner Startbahngegner, noch die aufgeregten Rufe, sie sollten mich sofort wieder freilassen, können meine Verhaftung verhindern. Die einzige Antwort lautet: „Schlagstock!“ Eine Möglichkeit, die mir jetzt noch bleibt ist die, daß ich meinen Namen und meine Adresse anderen Startbahngegnern zurufe und dann bin ich auch schon hinter dem eisernen Tor verschwunden. Ich weiß, was jetzt auf mich zukommt, daß ich mich geschickt verhalten muß, denn sonst werden sie mich brutal und ohne Skrupel zusammenschlagen, wie das schon oft mit Startbahngegnern geschehen ist. Ich habe immer noch die Rufe der Bullen im Kopf: „Schlagt ihm doch die Fresse ein!“ oder „Sei froh, daß du noch lebst!“ usw. Auch innere ich mich an die ewig dauernde Zeit im Gefängniswachen, dessen Wände mit vielen Parolen beschrieben waren, die einem den Aufenthalt erleichtern. Ebenso an die sogenannte Sammelstelle für „Gewalttäter“, eine Art Container mit kleinen Fenstern — natürlich mit Gittern davor, wie sich das für Terroristen (Wortschatz der Polizei) gehört. Von der menschenunwürdigen Vernehmung, dem langen Fußmarsch, den ich und ein weiterer „Terrorist“ zurücklegen mußten, weil uns diese Schweine nachts irgendwo ausgesetzt haben, ganz zu schweigen.

Während ich mich ent-

Mit sozialistischem Gruß
euer Genosse Michael

KURT A. BECHER

Am Abend zuvor hatte ich mir den Betrieb in der Getreidestraße schonmal angesehen. Es war ein schmales hohes Gebäude, ganz oben stand in großer Leuchtschrift: Kurt A. Becher.

In den unteren Stockwerken war Licht. Es war ein Rauschen zu hören, ähnlich wie es die Elevatoren machen, die in der nahen Getreideanlage das Korn aus den Silos saugen. Ich bog in den Hof, auf dem mehrere Autos standen. Menschen gingen aus und ein, es sah wie Schichtwechsel aus. Ich ging bis an das Hausfenster und dann links an einer unbeleuchteten Rampe vorbei. Als ich wieder auf die Straße trat, fuhr ein Streifenwagen quietschend durch die Kurve.

Am günstigsten schien mir die Mauer, die den Hof gegen die Getreidestraße abgrenzt. Sie war so hoch, daß ich mit der Hand ihre Krone nicht mehr erreichen konnte. Wer in dem Bereich zu tun hatte, jeder, der über die Getreidestraße ins Hausfenster kam, in dessen Blickfeld lag diese schmutzig-rote Klinkermauer.

Es war nichts Neues, was wir schreiben wollten. Die Vergangenheit des Getreidekaufmanns Becher wurde seit Tagen in den Zeitungen Banken der Bundesrepublik, denen die größte Reederei der Bundesrepublik gehört, rei der Bundesrepublik dieser ihn in den Aufsichtsrat dieser Reederei berufen hatten. Von Gewerkschaftern kam scharfer Protest. Es wußte also fast jeder, und viele Hafenarbeiter hatten es ohnedies nicht vergessen. Aber wir wollten es an seinen Betrieb schreiben, dort hin, wo sein Name in riesiger Leuchtschrift über Hafen und Stadt hinwegstrahlte.

Deshalb war ich vorhin in den Keller gegangen, um nach Farbe zu suchen. Ich fand drei Sprühdosen, die Lack für ein längst verschrottetes Auto enthielten. Hellgelb. Außerdem einen Rest weißen Außenbinder und einen Heizkörperpinsel. Ich probierte die Sprühdosen aus, nur eine schien ganz voll zu sein. Achim nahm erst die angebrochenen dann die volle Dose. Im Gebäude rauschte es wie gestern. Nur ein Auto stand auf dem Hof. Die Straße entlang

fuhren auch nur ganz wenige. Günter und ich versuchten, sobald wie möglich auszumachen, ob sie Blaulichter führten oder nicht.

Kurt A. Becher und ein Gleichheitszeichen wie bei einer Rechenaufgabe hatte Achim gesprüht. Er schüttelte die Dose sprüht. Es klapperte laut in der warmen Nacht, dann sprühte er wieder und versuchte auch aus den beiden anderen Dosen noch was rauszukriegen.

Wir mußten also nochmal zurück über das Rangiergleis und die vierspurige Hafenrandstraße, und ich holte den Pinsel und Achim malte nochmal in weiß über. Es sah wirklich gut aus, leuchtend und sauber gemalt, nur nach hinten wurden die Buchstaben immer größer. Das „SS“ war ein richtiger Blickfang, aber um das „h“ von „Verbrecher“ auszumalen mußte Achim sich auf die Zehenspitzen stellen.

Nachher tranken wir bei mir noch ein paar Biere. Wir fanden wohl alle, daß man sich zu selten sieht. Günter wollte seiner Frau einen Roman schenken, weil sie gerne sowas liest. Er interessiert sich nicht für Romane, aber das Geschenk sollte ja auch ihren Interessen entsprechen und Interesse seinen, sagte er. Das fand nicht seinen, sagte er. Günter den wir in Ordnung. Günter wußte aber nicht, was für Romane sie mochte, weil er mit ihre nicht darüber spricht. Er sieht sie halt nur manchmal welche lesen.

Achim fragte, ob sie schon mal was von Zola gelesen hätte. Ja, „Nana“ stehe bei ihnen im Regal, das habe sie aber nur angefangen. Wenn viele Personen liere sie manchmal die Übersichte und die Lust. Sie könne sich die Namen nicht besonders gut merken.

Achim sagte, er habe Gorki sehr gerne, aber mit den Namen, das sei bei Gorki oft sehr schwierig.

Später sprachen wir von verschiedenen Badeseen der Umgebung. „Man müßte mal hinfahren, abends ein Feuer machen und Fleisch grillen“. Wir dachten darüber nach, wann wir frei, wann Schicht hätten und wechselten das Thema, weil die Aussichten schlecht waren, daß wir zusammen Fleisch grillen würden, solange das Wetter noch so gut war.

Über Becher sprachen wir nicht mehr. Günter hatte vorher schon erzählt, daß er einen Fernsehbericht über Becher gesehen hatte. Der Reporter hatte vor Bechers Villa gewartet. Bevor Becher aus seinem Auto und der Reporter fragte ihn, was er zu den neuen Vorwürfen sage, nach denen er an Judenschergen in der UdSSR teilgenommen haben solle. Becher guckte freundlich in die Kamera. Er ist jetzt über 70 und sieht aus, wie wir mit 50 aussehen werden, meinte Günter. Er sagte: „Kein Kommentar“, grüßte nett und verschwand im Garten seiner Villa.

Es fast fast 3.00 Uhr, als die beiden gingen. Günter tat uns leid, weil schon um 6.00 Uhr seine Schicht begann. Ich schlief bis um 10.00 Uhr, und es war kurz vor 11.00 Uhr, als ich in die Getreidestraße kam. Ich sah zwei Männer, von denen einer ein militärisch aussehendes Hemd und eine Anzugshose trug. Er ging gerade weg und stieg in ein Auto.

Der andere konnte auch bald gehen. Er schrubte an der Wand herum mit einer Bürste, die er manchmal in einen Eimer tauchte. An der Wand war nur noch eine weißlich-gelbe Wolke zu sehen.

Ich konnte mir ja denken: Es hat sie also getroffen. Oder: Wenn er sie jetzt abgewaschen hat, war sie bis etwa 10.00 Uhr zu sehen. Hunderte von Leuten mußten sie gelesen haben.

Aber das besserte meine Laune nicht, ich fand es drückend heiß dort in der Sonne. Mir fiel ein, daß ich heute Abend mit der Nachtschicht anfang.

Als wir danach ins Freie traten, war so ein Morgenhimmel, so ein kühles, starkes Licht, das einen zu Hause keinen Schlaf finden lassen würde, das jetzt in den schmutzigen Fenstern der Waschkaue lag und bis in die Duschräume rieselte, wo wir den Staub und Schweiß der Schicht von uns wuschen.

Wenn wir aus dem Tor sind und ein Stück die Straße runter, halten viele an, um noch was für's Frühstück zu kaufen. Ich kaufte Brötchen und diesmal auch eine Zeitung. Die Schlagzeile hieß: „Nach Protesten: Becher gibt auf!“ Darunter stand, die Reederei müsse sich einen neuen Mann für den Aufsichtsrat suchen, Becher trete sein Amt nicht an.

Handeln

Wir blinzelten in die glitzernden Wellen.

Über uns trippelten, schlurften und polterten Schritte von Menschen über die Dampferbrücke. Sie wollten an den Strand fahren oder kamen von der Arbeit auf der Werft.

Dampfer legten ab, und die Wellen glätteten sich. Herrliche Fische und Krebse standen hier im Dunkel unter dem Anleger. Immer wieder senkte sich der Haken unserer Brettangel und immer wieder fand sich ein Hering oder auch ein Knurrhahn, eine Aalquappe oder gar ein Aal, der anbiß. Die Tasche füllte sich allmählich. Das würdete uns bei Muttern ein Stein im Brett bringen und bei den Nachbarn, an die wir den Überschub verkauften, manche Mark. Die Krebse waren noch leichter zu haben: Ein Stück Muschel vor der Nase, zugepackt, hochgezogen und in den Eimer. Toll wie sie sich später wie von Zauberhand im Topf rot färbten.

Wieder Schritte über uns. Sie halten an. Dann ein Kopf. „Na Jungs, habt ihr denn auch 'n Angelschein?“ „Na klar, Herr Wachtmeister!“ Das war Werner. Uns saß das Herz vor Schreck in der Hose.

„Na, dann zeigt mal her!“ „Augenblick, die beißen grad so gut“, wieder Werner. Mühsam klettert der Polizist

zu uns herunter, versucht sich anzubiedern. Anglerlatein, Jugendsprüche und so. Will aber unbedingt den Schein sehen. Er ist bei Werner auf dem Balken. „Na zeig mal!“

Wir machen uns vor Angst fast in die Hosen. Taschengeld, Fischgeld alles Pustekuchen. Ärger in der Schule und zu Hause. Einem Mitschüler haben sie schon mal 20 Mark dafür abgenommen.

„Haut ab! Haut doch ab!“ Das ist wieder Werner. Der Polizist klatscht ins Wasser. Wir laufen los. Werner hat sogar noch den Nerv die Fische und Angeln zusammenzurufen.

Auf dem Kohlenhof treffen wir uns keuchend alle wieder. Bewundernd umringen wir Werner. Der verteilt ruhig die Fische und Krebse.

„Mensch, das hast du klasse gemacht“, ist unsre einhellige Meinung. „Woher nimmst du bloß den Mut?“

„Mut? Wolltet ihr vielleicht löhnen? Wenn da so'n Bulle kommt, kann man doch nicht lange schnacken, da muß du handeln, oder er tut's.“ Um eine Großstadtlektion schlauer, trotzdem vorsichtig und immer noch ein bißchen bedeppt, schleichen wir nach Hause.

„Glaubt doch nicht, daß der uns nach ist. Der muß sich höchstens den Spott seiner Kollegen anhören, wenn ihm nicht 'ne gute Ausrede einfällt“, das war wieder Werner. Wir alle lachten.



Streikposten in England — ihnen gilt nicht zuletzt die „neue“ Gesetzgebung Thatchers.

Solidaritätsstreik für den 22. September beschlossen

Der britische TUC setzt sich gegen Thatcher zur Wehr

Militante Töne wurden zur Eröffnung des 114. Kongresses des britischen Gewerkschaftsbundes TUC im südenglischen Brighton angeschlagen. Für den Gewerkschaftsbund geht es darum, die breite Offensive der Regierung Thatcher gegen die Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung abzuwehren. Diese geht Hand in Hand mit einer in der jüngeren europäischen Geschichte beispiellosen Verarmungspolitik gegenüber den arbeitenden Menschen.

Die Thatcher-Politik führt zu einem täglichen Anwachsen des Heeres von über vier Millionen arbeitslosen Menschen. Arbeitslosigkeit und Inflation bestimmen heute das alltägliche Leben breiter Teile der britischen Arbeiterschaft.

Notwendigerweise muß die konservative Regierung — als deren deutscher Vorreiter sich Franz Josef Strauß so gerne bezeichnet — ihre Wirtschaftspolitik dadurch absichern, daß sie den Arbeitern die Organisationskraft nimmt bzw. sie schwächt.

Seit ihrem Regierungsantritt ist deshalb die „Entmachtung der Gewerkschaften“ eines der wichtigsten Ziele von Frau Thatcher und der konservativen Partei. Abermals liegen jetzt neue Gesetze zur Verabschiedung in den Ausschüssen des Parlaments, die die Möglichkeit von Solidaritätsstreiks und schnell organisierten Streiks weiter eindämmen sollen, den Unternehmern Recht auf Schadensersatz geben sollen und anderes mehr.

Nach der Niederlage im Sommer, als der TUC der ASLEF-Gewerkschaft der Eisenbahner die Unterstützung verweigerte, ist die britische Gewerkschaftsbewegung in eine schwierige Situation geraten. Denn nun wurde es überdeutlich, daß auch innerhalb des TUC Kräfte am Wirken sind, die Thatchers übles Spiel mitmachen.

Umso wichtiger für die künftige Entwicklung in Britannien ist der nun auf dem Kongreß beschlossene allgemeine Solidaritätsstreik am 22. September. Solidarität mit den Angestellten im Krankenhaus soll da demonstriert werden, denen die Regierung ihre Lohnsenkungspolitik aufzwingen will. Statt des geforderten Inflationsausgleichs von rund 12 Prozent Lohnerhöhung will man den Pflegern ganze 6 Prozent und den Krankenschwestern 7,5 Prozent „mehr“ Lohn bezahlen. Weitere Verhandlungen wurden ebenso verweigert wie die Anrufung eines Schlichtungsausschusses.

Dieser Kampf ist nun bereits im dritten Monat. Er ist — außer einer wichtigen Geldfrage für die Betroffenen — auch eine weitere grundsätzliche Frage für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Nämlich: Findet man sich mit offenen, einseitigen und extrem niedrigen Lohndiktaten der Regierung ab, kann sie hier einen Modellfall schaffen, oder eben nicht. Von der Bedeutung des Kampfes des Krankenhauspersonals her und auch von der bisherigen Entwicklung der Lage der Gewerkschaften seit dem Amtsantritt der neuen Regierung im Herbst 1979 bekommt also dieser Solidaritätsstreik eine besonders wichtige Bedeutung für die weitere Entwicklung.

Dementsprechend war auch die Stimmung auf dem Kongreß

in Brighton. Und man kann — zunächst einmal — von den britischen Gewerkschaften halten, was man will: Tatsache bleibt, daß man solche Töne auf einem Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes wahrlich noch nie zu hören bekommen hat. Arthur Scargill, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, und Moss Evans, Chef der Transportarbeitergewerkschaft, gingen dabei am weitesten, indem sie klar unterstrichen, dieser Solidaritätsstreik richte sich gegen das entsprechende Gesetz der Regierung, das solche Aktionen verbietet.

Gerade im Zusammenhang mit der jetzt stattfindenden Diskussion im DGB über den Widerstand gegen Sozialabbau kann man die Haltung eines Ernst Breit — der damit ja für viele bundesdeutsche Gewerkschaftsführer sprach — mit diesen Aussagen vergleichen: Bei uns wurde eifrig betont, man dürfe als Gewerkschaft nicht gegen das Parlament streiken. Beim TUC ist dies zumindest anders, da wird jetzt zum Kampf aufgerufen. Und wie man auch die Ehrlichkeit oder Entschlossenheit dieses Aufrufs beurteilen mag: Für alle klassenbewußten britischen Arbeiter und kleinen Angestellten wird es darauf ankommen, mit aller Kraft zu unterstreichen, daß man bereit ist, sich gegen die katastrophale Politik der Tories zur Wehr zu setzen, auch mit einem richtigen Generalstreik.

Griechische PASOK unter Druck

„Warum fürchtet die Parteiführung einen Parteitag?“

Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Monaten ist ein Staatssekretär aus der griechischen Regierung zurückgetreten und damit an die Öffentlichkeit gegangen. Nachdem der Fall von Georg Petsos, Parteirechter und Günstling des Vorsitzenden Papandreu heruntergespielt worden war, schlug diesmal, gegen den Linken Stathis Panagoulis, die Parteiführung voll zurück und schloß ihn aus der Partei aus.

Dabei hatte Panagoulis in seinem Rücktrittsbrief nur solche Tatsachen angesprochen, die auch in der Anhängerschaft der Partei zunehmend diskutiert werden.

„Mit jedem Tag entfernt sich die Partei weiter von ihren Wahlversprechen“ — damit spricht Panagoulis einen wunden Punkt an. Es ist schließlich bekannt, daß die PASOK ihren großen Wahlsieg vor allem ihren Anti-NATO-Parolen zu verdanken hat. Der Haß gegen die NATO, so muß man es nennen, ist im griechischen Volk deswegen so groß, weil man ganz genau weiß, daß man dieser Organisation und vor allem der Führungsmacht USA die sieben Jahre Militärdiktatur zu „verdanken“ hat.

Seitdem aber steuert Papandreu einen Kurs, der abwechselnd neue Ausfälle — in

Worten — mit einer ständigen schleichenden Gewöhnung an die NATO-Mitgliedschaft miteinander kombiniert. Ein praktischer Schritt hin zur Aufkündigung der Mitgliedschaft — und ausdrücklich das war im Wahlkampf versprochen worden — ist jedenfalls weit und breit nicht zu sehen, auch nicht andeutungsweise.

Nicht nur, aber vor allem deshalb kritisierte Panagoulis auch den innerparteilichen Zustand der PASOK. Er forderte Aufklärung darüber, warum — im Gegensatz zum Parteistatut — in den gesamten acht Jahren seit dem Sturz der Obristen kein einziger Parteitag stattgefunden hat. Er reiht dies ein in eine ganze Serie ähnlicher Anfragen. Warum beispielsweise die Parlamentsfraktion sich in den zehn Monaten nach der Wahl erst ein einziges Mal getroffen habe,

warum Regierungsbeschlüsse nicht im Kabinett gefaßt werden, sondern in unklar organisierten Parteizirkeln und ähnliches mehr.

Die Reaktion Papandreu und seiner Leute ist eindeutig: Mit keinem Wort wird auf die inhaltlichen Vorwürfe eingegangen, stattdessen ein sofortiger Ausschluß wegen Verleumdung. Offensichtlich fürchtet die Parteiführung eben doch, daß einiges zur Sprache kommen könnte, was die Erfüllung ihrer Wahlversprechen betrifft. Offensichtlich befürchtet aber auch Papandreu selbst, daß seine uneingeschränkte Führungsmacht durch Parteitage beschlüsse beispielsweise eingeengt werden könnte.

Jedenfalls wird auch in Griechenland, wie schon zuvor in Frankreich klar, daß die großen Hoffnungen, die die arbeitende Bevölkerung — die ja auch in Athen mit roten Fahnen Freudenparaden durchführte — in die jeweilige Sozialistische Partei gesetzt hat, allmählich einer Ernüchterung weichen. Weil die Erfahrung ist, daß sich gar nicht so viel ändert, durch solch eine neue Regierung.

Nach der Ermordung General dalla Chiasas

Dunkle Verbindungen zwischen Mafia, Kapital und Regierung

Die Ermordung des Carabinieri-Generals dalla Chiesa in Palermo, zu dessen Präfekten er erst vor wenigen Monaten ernannt worden war, läßt die politischen Wogen wieder hochschlagen. Seine Beerdigung wurde zu einer Massenkundgebung des Mißtrauens gegen die etablierten Politiker des Landes, von denen offensichtlich nur noch der Staatspräsident Pertini im Volk Ansehen genießt.

Dalla Chiesa war zusammen mit seiner Frau auf offener Straße erschossen, regelrecht durchsiebt worden. Er war zum Präfekten ernannt worden, um Italiens Süden „zu sichern“ — Maßnahmen gegen den Mafia-Terror sind populär, vor allem aufgrund der dunklen Verbindungen zwischen Mafia und — in erster Linie — der Christdemokratischen Partei.

In den letzten drei Jahren hatten bereits zwei andere Prominente ihren Einsatz gegen die Mafia mit dem Leben bezahlt: der damalige Präsident der Regionalregierung Siziliens, Matarrella, Anfang 1979, und der KPI-Vorsitzende von Sizilien, La Torre, im April dieses Jahres.

Dalla Chiesa wollte die Sache nun anders anpacken. Wohl wissend, daß Mafia und Kapital engstens zusammengehören, widmete er seine erste Aufmerksamkeit der Steuerfahndung. Dabei beschäftigte er sich vor allem mit der süditalienischen Bauwirtschaft, die eine Domäne der Mafia ist, wo die Zusammenarbeit auch mit anscheinend honorarigen Kapitalisten am wei-

testen verbreitet ist. Offensichtlich war diese Art der Untersuchung den Mafia-Bossen zuviel und sie beschlossen deshalb, ihn zu beseitigen.

Für seine Kampagne, für seine Untersuchungen, so hatte er sich kurz vor seinem Tode beklagt, bekomme er „erstaunlich — oder auch selbstverständlich“ nicht viel Unterstützung von der neuen Regionalregierung der DC.



Süditalienische Bauernfamilie — von Großgrundbesitzern und Mafiosi gemeinsam ausgebeutet.

ZK der KPdSU faßte Beschluß zum Gesundheitswesen

Lügen haben kurze Beine

Die angeblich so gute Versorgung der Werktätigen im Gesundheitsbereich gehört zu den am meisten gebrauchten Tricks der Propaganda in den scheinsozialistischen Staaten Europas, mit dem die Regierungspolitik als sozialistisch, im Dienste der arbeitenden Menschen dargestellt werden soll. Ein kürzlich gefaßter Beschluß über das Gesundheitswesen in der UdSSR beweist aber, daß es damit nicht mehr weit her ist.

Es gab Zeiten, Ende der 40er Jahre zum Beispiel, als ein sowjetisches Regierungsmitglied bei einem Empfang für westliche Journalisten die Verblüffung über das Nichtvorhandensein von Propaganda unter den Völkern der Nachbarstaaten in Nahost so erklären konnte: „Wir brauchen wir Propaganda, wir lassen die Leute einfach zu uns kommen, ihre Verwandten besuchen, und alles sehen, das ist Propaganda genug.“ Und in der Tat waren damals die asiatischen Sowjetrepubliken auf einem Stand, der alle benachbarten Staaten bei weitem übertraf. In Erziehungs- und Gesundheitsfragen sogar vor allen Dingen. Und die offene Grenze damals tat wirklich ihre Wirkung.

Aber, das muß man hinzufügen, damals war die UdSSR auch Exporteur von Getreide, damals war sie der erste Staat Europas, der damit begann, die Großstädte mit Fernwärme zu beheizen.

Das sogenannte „Reformjahrzehnt“ das eigentlich von Mitte der 50er bis Ende der 60er Jahre dauerte und nach vielen Versuchen eine völlig umgekrempelte Wirtschaftsordnung hervorbrachte, hat die Situation grundlegend verändert. Aber eben nicht zum Besseren, wie Chruschtschow und Breschnew es so laut versprochen hatten. Daß man vor einiger Zeit sogar ein sogenanntes „Lebensmittel-

Nach den dunklen Geschäften, die den Vatikan mit Mafia und Betrügnen verbanden und der Entdeckung der Verschwörung „Propaganda Due“, der fast die gesamte wirtschaftliche und politische Prominenz Italiens angehörte, ist die Ermordung des Polizeigenerals auf dem Wege, der dritte große Politikskandal in Italien innerhalb von drei Jahren zu werden.

Die Szenen beim Begräbnis Dalla Chiasas jedenfalls waren ein Eklat: Menschenmassen, die die Politiker mit Kleingeld bewarfen (als Zeichen für deren Käuflichkeit) und Verwandte, die das Wegschaffen des Kranzes der Regionalregierung forderten, waren Erscheinungen, die selbst im skandalgewohnten Italien nicht alltäglich sind.

heißsystem. Alle diese Tatsachen werden wohlgerne von dem Zentralkomitee der KPdSU in seinem Beschluß als Begründung selbst angeführt.

Bezeichnend an solchen Beschlüssen ist aber nicht nur, daß sie überhaupt gefaßt werden, und daß dabei die vorhandenen Mängel verhältnismäßig umfassend benannt werden.

Bezeichnend ist auch, daß diese Beschlüsse, sowohl der über die Lebensmittelversorgung als auch der über die Gesundheitsfürsorge im Anschluß an einen Parteitag und einen Gewerkschaftskongreß gefaßt werden, die beide von einem einzigen Gedanken geprägt wurden: Verhindern, daß in der UdSSR die Unzufriedenheit beginnen könnte, ähnliche Formen anzunehmen wie im benachbarten Polen; dort war die mächtige Gewerkschaftsbewegung ja auch aufgrund miserabler alltäglicher Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse entstanden...

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Den folgenden Artikel entnehmen wir der zweiten Ausgabe des „Eller-Blättchens“ der Stadtteilzeitung der KPD für Düsseldorf-Eller. Der Spaziergang, den die Genossen durch ihr Viertel gemacht haben, ist wahrhaft lehrreich und sehr interessant aufgemacht, zahlreiche Häuser sind in Bildern festgehalten.

Bei einem Spaziergang durch Eller

fiel uns so einiges auf. Da gibt es Häuser, wo niemand mehr drin wohnt und auch keiner wohnen kann. Sie sind zugemauert oder verwüstet.

So zum Beispiel Mühlenkamp 23/25 oder Gertrudisplatz

zweiten wunden Punkt. Wir haben uns mal umgesehen, wo neue Häuser gebaut werden.

Eigentumswohnungen an der Ludwigstraße, Eigentumswohnungen an der Gumbertstraße und demnächst Komfort-

hende Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen verwandelt werden sollen wie in der Siedlung der Neuen Heimat an der Vom-Krüger-Straße.

Arbeiterfamilien, Rentner, kinderreiche Familien oder Ausländer können sich keine Eigentumswohnung leisten, ohne sich ein Leben lang in Schulden zu stürzen. Sie sind auf Sozialwohnungen und preiswerte Altbauwohnungen angewiesen. Deshalb müssen unbedingt neue Sozialwohnungen gebaut werden.

Was die Altbauwohnungen betrifft: Noch schwingt in Eller nicht der Abbruchhammer, noch entstehen Neubauten auf bisher unbauten Grundstücken. Aber wir müssen aufpassen, daß es uns in Eller nicht so geht wie den Bilkern oder den Benrather, wo jeder Wohnraum zerstört wird, um profitablere Neubauten zu errichten.

Unsere Sorgen schrieben wir auch an die SPD/Eller und fragten: Was wird die SPD unternehmen um den Bestand an Mietwohnungen in Eller zu sichern und den sozialen Wohnungsbau zu fördern?

Auf die Antwort sind wir gespannt und werden ihnen im nächsten „Eller-Blättchen“ darüber berichten.

Das 4-Milliarden-Mark-Geschäft

Kommt die Rede auf die wirtschaftliche Lage, so weiß ein echter Unternehmer stets guten Rat: Man soll nur ihn machen lassen, seine Arbeitsbedingungen verbessern, dann gibt es wieder Arbeit und irgendwann auch wieder mehr Lohn — vielleicht — aber auf jeden Fall wird alles gut. Sie haben es gesagt und die Regierung, eifrig bemüht, hat es getan. Damit ist dieses Mal nicht die Steuer gemeint, die für die Reichen mehr Schlupflöcher hat, als Schweizer Käse. Sondern das großkotzig verkündete Investitionsprogramm über vier Milliarden Mark.

Jeder, der dieses Geld an sich ziehen will, muß nur eine neue Investition machen, dann bekommt er ein Zehntel des Gesamtbetrages aus Steuergeldern geschenkt.

Vier Milliarden sind im Haushalt eingerechnet, so sollen auf sozialdemokratische Art Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei so einer Summe unternimmt so mancher Unternehmer etwas, man ranzukommen.

So zum Beispiel: Du hattest schon lange eine Investition geplant, sogar schon Verträge usw. unterzeichnet, kannst also nicht mehr in den Genuß der Zulage kommen, weil die für zusätzliche Investitionen gedacht ist. Blas den Plan ab, gründe stattdessen eine neue Firma — die ja noch keine alten Investitionspläne hat — und laß dir den Zuschuß auszahlen.

Der Renner sind dabei Leasing(also Vermiet-)firmen. Die schaffen sich dann die neuen Maschinen beispielsweise an und — vermieten sie eben weiter. Ganz zufällig an einen Betrieb, der kurz zuvor eigene Pläne für neue Maschinen (oder ähnliches) aufgegeben hatte... Seitdem die Zulage bezahlt wurde, sind übrigens bereits über 50 solcher Leasingfirmen gegründet worden, die mindestens schon ein Viertel des Topfes geleert haben. Nicht zu sprechen von neu gegründeten Tochterfirmen, bei denen lediglich niemand offiziell mehr als ein Viertel Anteile haben darf, um ebenfalls in den Genuß der Bonner Geschenke zu kommen.

Es wird also nicht mehr investiert, es wird — wie schon beim

SPD, FDP verlassen. Trotz aller schöner Worte. Die Spitzen dieser Parteien verdienen ja als Aufsichtsräte bei der Stadtparkasse an der Spekulation.

telefonieren

oder schreiben Sie doch einfach mal den Spekulanten.

Passende Töne werden Sie sicherlich mit Leichtigkeit finden.

— Herrn Neven DuMont, Breitestr. 70, 5000 Köln 1, persönlich, Tel.: 205 11

— Stadtverwaltung Amt für Stadtparkasse, z.H. Amtsleiter Pamkoke, Zethaus, Gürzenichstr., 5000 Köln 1, Tel.: 22 11

— SPD-Fraktion, Bezirksverwaltung Mülheim, Wiener Platz 4, 5000 Köln 80, Tel.: 67021

Zulagenprogramm 74/75 — kein einziger Arbeitsplatz mehr geschaffen.

Alles, was geschieht, ist, daß mindestens vier Milliarden Mark den Unternehmern geschenkt werden. Mindestens vier Milliarden, weil das Programm nicht etwa nach oben begrenzt wurde, sondern nur eine wahrscheinliche Höhe kalkuliert. Wenn die Unternehmer dann vielleicht doch die eine oder andere Milliarde mehr haben wollen, es herrscht — nahezu — Selbstbedienung...

Ja, man muß ihnen nur die Arbeitsbedingungen so gut wie möglich gestalten. Und obwohl man sich in Bonn doch wahrlich bemüht, sind die immer noch undankbar. Das sind eben geniale, sensible, hochempfindliche, leistungsstarke, risikofreudige Menschen, diese Unternehmer. Für sie ist das Beste gerade gut genug. Und wenn ihnen der eine Helmut ein warmes Milliardenmäntelchen schenkt, warum soll der andere nicht mit 'nem Nerzmantel 'rausrücken, wenn er dafür mal darf?

Neues? — Aus deutschen Landen

Mag ja sein, daß die Bundesrepublik ein kapitalistischer Staat ist, sagte neulich ein Bekannter zu mir, aber, was solls: Hier kann man immer noch gut leben. Man kann — wenn man die kleinen und weniger kleinen Ereignisse, die sich mehren, nicht zur Kenntnis nimmt oder verdrängt. Man kann — wenn man die kleinen und heute oft nicht mehr so kleinen Probleme des Alltags als persönliches Schicksal abtut und nicht fragt, woher das kommt.

„Vorspiele“

Was damit gemeint ist? Eigentlich ganz Einfaches, Alltägliches auch. Aber nicht nur.

Zum Beispiel: Wildwest in Dortmund. Eine Polizisten-truppe in Zivil, die ein besetztes Haus stürmt und alles zusammenschlägt, was sich bewegt. Natürlich: ohne Auftrag, als Privatleute sozusagen. Die von Nachbarn gerufenen Kollegen der sauberen Herren haben ihre Taschenlampe vergessen, sehen nichts, bis alle weg sind. Die von Nachbarn erkannten Übeltäter machen weiter Dienst... An was erinnert dies? An die Zeit, da Braunhemden auf ihre Weise für ihre Ordnung sorgten oder an die Todesschwadronen der brasilianischen Polizei, oder an die Szenen von Lynchjustiz aus den USA?

Oder: Das baden-württembergische Verwaltungsgericht lehnt den Asylantrag eines Kurden aus der Türkei ab. Folter sei kein Grund für die Gewährung von Asyl, gefoltert würde schließlich viel. Unterzeichnet von drei deutschen Richtern am VGH — das heißt übrigens nicht Volksgerichtshof und Freisler heißt auch keiner von ihnen. Erstaunlich? Einzel-fälle, Ausnahmen? Ganz bestimmt nicht. Wer einmal gehört hat, was Ärzte von der jüngsten Prügelorgie — mit Auftrag — in Görden zu erzählen haben, der wird sich nicht mehr wundern, daß es da genügend Leute in Uniform gibt, denen Prügel zur Gesinnung geworden ist. Wer einmal miterlebt hat, wie ein Junger Schwarzfahrer verknackt wurde und zur selben Zeit Millionenbetrüger freigesprochen, der wird sich über einen Richter, der nichts gegen Folter hat, nicht mehr wundern. Das sind nur zwei Fälle von vielen, aber sie ereigneten sich innerhalb weniger Tage. Sie zeigen, was hierzulande möglich ist, lassen befürchten, daß noch viel mehr möglich sein wird.

Und was hat das mit einem selbst zu tun? Seit die Geburtsstadt Beethovens die neue Musikart, genannt Bonner Streichkonzert, geschaffen hat, wird die Wahrscheinlichkeit immer größer, daß es mit jedem zu tun hat.

Nur zwei Beispiele: Jeder, der schon mal im Krankenhaus war, weiß, wie man sich da fühlen kann. Verlassen. Keine Vorlesung über Medizin, sondern ein Fall. Da wurde in einem norddeutschen Krankenhaus die Stelle eines Mentors geschaffen, der eben das tun sollte: sich um die Menschen kümmern, die da liegen, nicht um „den Bruch“ oder „die Leber“, sondern um Eugen Müller und Eva Maier. Die Erfahrung war gut — was zu erwarten war. Aber die Klänge der Bonner Schicksalsinfonie erreichten auch diesen Landstrich. Einmal darf man raten, welche Stelle zuerst gestrichen wurde...

Oder: Eine Frau mittleren Alters, Arbeiterin, geschieden, magenkrank. Darf laut Befund des Vertrauensarztes nur noch unter bestimmten Bedingungen an bestimmten Arbeitsplätzen arbeiten. Besser gesagt: dürfte nur noch da arbeiten, denn keiner läßt sie natürlich. Einkommen: nicht mal 750 Mark, alles eingerechnet.

Auch nur Beispiele, aber schon weit weniger Ausnahmen, schon viel öfter bitterer Alltag.

Mag ja sein, daß man in dieser kapitalistischen Bundesrepublik noch gut leben kann — auch wenn man kein Unternehmer ist — bloß: wieviele und wie lange noch? Und: Was wird nach diesen Vorspielen gespielt?

hrw

DAS ELLER BLÄTTCHEN

13. Ansonsten sehen diese Häuser doch noch gut aus. Warten hier Spekulanten auf die Abrißgenehmigung? Neue Häuser bringen dann wohl mehr Profite als Altbauwohnungen!

Hier kommen wir zum

Eigentumswohnungen auf'm Großenfeld. Die Liste läßt sich fortsetzen.

Bauvorhaben für Mietwohnungen haben wir keine gefunden. Geradezu ein Skandal ist es aber, wenn sogar beste-

Selbst-Versorger-Kasse

Mit demselben Thema wie die KPD in Düsseldorf-Eller befassen sich auch die Genossen in Köln-Mülheim in der ersten Ausgabe ihrer Stadtteilzeitung „D'r Müllemmer“ (für alle Nichtkölnen: Das heißt nicht Müll-eimer): dem Treiben der Spekulanten in den älteren, ärmeren Stadtvierteln bundesdeutscher Großstädte.

Sanierung (lat. sanare = gesund machen, die, 1) Wiederherstellung der Rentabilität in Not geratener Unternehmungen durch entspr. wirtschaftl. Maßnahmen, z.B. neue Kapitaleinlagen, Kapitalaufnahme, Schuldennachlaß oder Rationalisierung; 2) Schaffung gesunder Lebensverhältnisse, z.B. in einem Stadtteil.

so steht der Begriff im Lexikon erklärt.

Um festzustellen, welcher Teil dieser Begriffserklärung bei der Sanierung in Mülheim zutrifft, braucht man sich nur den neuesten Häuserspekulations-skandal in der Markgrafenstr. 87 und der Berliner Str. 48 - 50 anzusehen.

Die Häuser gehörten mal der Versorgungskasse des Kölner Stadtanzeigers. Acht Jahre lang wurden die Mieten kassiert,

ohne die notwendigen Instandsetzungsreparaturen durchzuführen. Feuchte Wände, kaputte undichte Fenster und viele andere Defekte waren die Folgen. Eine Wohnung wurde sogar vom Gesundheitsamt für unbewohnbar erklärt!

Aber, wie der Name Versorgungskasse schon sagt, man dachte nicht an die Mieter, man wollte kassieren.

Schließlich bot man die Häuser zum Verkauf an, fand nach eineinhalb Jahren auch endlich einen Käufer. Die Spekulationsfirma WOBÄUFA. Schätzungsweise eine Million (1000000,-) kassierte die Versorgungskasse. Das war im April. Im Mai legte die WOBÄUFA den Mietern Verkaufsangebote vor, die zusammengerechnet auf etwa 1,8 Mil-

lionen (1800000,-) Mark kommen. Das ist ein Gewinn! Da lacht des Spekulantenherz!

Rund 800000 Mark in ca. drei Monaten.

Aber, so weh es auch tut, in diesem großen Sahne-, pardon Sanierungskuchen holte sich der dritte im Bunde der Spekulanten, ein sicherlich nicht zu kleines Stück. Die Stadtparkasse Köln. Eigentümer: die Stadt Köln und im Aufsichtsrat tummeln sich Vertreter von CDU, SPD, FDP. In trauter Dreisamkeit sanieren (siehe Erklärung aus dem Lexikon) sich also die Versorgungskasse des Kölner Stadtanzeigers, Besitzer und Herausgeber Alfred Neven DuMont, die halbweibene Spekulationsfirma WOBÄUFA und die ach so seriöse Stadtparkasse.

Auf wessen Kosten?

Und das alles auf Kosten der Mieter, die ihre Wohnungen verlassen müssen, und auf Kosten der Käufer, die überhöhte Preise bezahlen müssen.

Woher sollte das kommen? plötzliche Wertsteigerung kommen? Daher, daß irgendein Spekulant sagt: „Das Haus ist jetzt 800000 Mark mehr wert“. Nein, nur dadurch, daß die Käufer bzw. die Mieter zur Kasse gebeten werden!

So etwas kann man nicht so einfach hinnehmen! Dagegen setzen sich die Betroffenen völlig zu Recht zur Wehr.

Allerdings sollte man sich bei diesen Aktionen nicht auf die Parteivertreter von CDU,



Wo bleibt jetzt die Küche kalt?

Friedrich Jahn, Wienerwald-Gründer, Strauß-Freund, CSU-Spender, galt oft, zusammen mit noch einer Handvoll Namen, als Beispiel dafür, wie es einer hier schaffen kann, nicht nur zu einigem Wohlstand zu kommen, sondern richtig reich und mächtig zu werden. Pustekuchen statt Brathendl.

Wie die anderen großen „Self-made“-Männer auch ist nun Jahn am Ende. Dabei ist nicht nur die Tatsache zu erwähnen, daß er Vergleich anmelden mußte. Das ist allgemein bekannt, und da der Besucherstrom rapide abnahm, wird es diese deutsche Mac-Donalds-Variante wohl bald nicht mehr geben.

Aber wie der feine Herr versucht hat, seinen — und nur sei-

nen eigenen — Kopf aus der Masche zu ziehen, das hat schon „Format“. Dagegen sind die ostfriesischen Olympia-Manager, die die Umsätze ein bißchen übertrieben haben, wenn die Prämie wahre Muster an Bescheidenheit.

2,2 Milliarden Umsatz habe er im letzten Jahr weltweit gemacht, davon allein 1 Milliarde in der Bundesrepublik. So Jahn

im Frühjahr, als es zum ersten Mal haarig wurde. So ein großes Unternehmen sei an sich stets ungefährdet, und er werde bald die neuen Bankkredite abbezahlt haben.

Jetzt, als er zum Vergleichsrichter gehen mußte, stand er so nackt da wie ein gerupftes Hähnchen. Er hatte seine Wirtschaftskraft leicht übertrieben. Statt 2,2 hatte er in Wirklichkeit ganze 1,2 Milliarden Weltumsatz, in der Bundesrepublik keine Milliarde, sondern knapp über 400 Millionen. Um reichlich 50 Prozent hat er sich da — ja, was denn eigentlich? — überschätzt? Verrechnet? Auf jeden

Fall: verkalkuliert. Denn jetzt ist dieser bundesdeutsche Modellunternehmer weg vom Fenster (fürs erste wenigstens, aber vielleicht es ja Freundesdienste aus der bayerischen Staatskanzlei, was nicht selten vorkommen soll). Denn für die Banken war weniger zu holen, als die dachten, und da werden sie stramm sauer. Keine Geschäfte mehr mit Jahn, der wollte uns übers Ohr hauen, so die neue Devise.

Ob er damit als Vorbild des Unternehmertums disqualifiziert ist? Nur weil er „erwischt“ wurde?

Amerikanische Atom-Strategien

Vom Gleichgewicht des Schreckens zum gewinnbaren Atomkrieg

Vor einigen Wochen wurde die Weltöffentlichkeit durch zuerst in der amerikanischen Zeitung „Los Angeles Times“ veröffentlichte Berichte über ein geheimes Strategie-Dokument aufgeschreckt, das — basierend auf einem umfangreichen Papier des Nationalen Sicherheitsrats der USA — gegenwärtig Präsident Reagan zur Billigung vorliegt. Zwar

Zumindest im offiziellen Bonn hat sich die nur zu berechnete Aufregung über das amerikanische Geheimdokument inzwischen wieder gelegt. Es gab einige Aufforderungen von SPD-Politikern des linken Flügels, die Bundesregierung möge sich doch Klarheit über die durch die „Los Angeles Times“ enthüllten Atomkriegspläne verschaffen. Schmidts Pressesprecher Rühl erklärte daraufhin, die Bundesregierung habe in dieser Sache keine authentischen Informationen. Und im übrigen hätten sowohl die Ergebnisse des letzten NATO-Gipfels in Bonn wie auch die jüngsten Reden Ronald Reagans eindeutig gezeigt, daß die Strategie der NATO auf Kriegsverhinderung abziele.

Solche regierungsamtliche Abwiegelei ist aus den Interessen des westdeutschen Imperialismus heraus durchaus verständlich, vor allem, wenn man — wie wir es in diesem Artikel tun wollen — den Zusammenhang zwischen den strategischen Plänen eines gewinnbaren Atomkrieges und der geplanten Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in der BRD betrachtet. Bezeichnend

MAD gefunden. Das bedeutet ins Deutsche übersetzt, „verrückt“, ist hier aber ein Kürzel für „mutual assured destruction“ — gegenseitige gesicherte Zerstörung. Nach den Berechnungen der Pentagon-Strategen war diese MAD gegeben, wenn jede Seite über ein atomares Vernichtungspotential verfügte, das die Zerstörung von 50 Prozent der industriellen Kapazitäten und die Liquidierung von 25 Prozent der Bevölkerung auf dem Territorium des Gegners gewährleisten könnte. (Inzwischen ist dieses Potential ja bekanntlich auf beiden Seiten auf eine mehrfache „Overkill“-Fähigkeit angewachsen.)

Ist der Atomkrieg undenkbar geworden?

Dieses System des Gleichgewichts des Schreckens wurde als Garant einer globalen Friedenssicherung verkauft. Denn — so erklärte man gleichlautend in Washington und Moskau — ein umfassender Krieg zwischen

ist der vollständige Text dieses Dokuments nach wie vor unbekannt; man weiß aber immerhin, welche Ausrichtung der amerikanischen Militärstrategie es enthält: Die konkrete Vorbereitung auf einen länger andauernden und für die USA gewinnbaren Atomkrieg gegen die sowjetische Supermacht.

strophe wurde mehr oder weniger darauf reduziert, daß ein technisches Versagen oder irgendein Verrückter an den Schalthebeln das gesamte Vernichtungspotential in Bewegung setzen könnte. Daß aber ganz bewußt der Einsatz von Atomwaffen zur Durchsetzung von Zielen im Rahmen einer imperialistischen Globalpolitik eingeplant werden könnte, wurde bestenfalls als böswillige Unterstellung oder Spinnerie abgetan. Denn angesichts „der Bombe“ konnte ja niemand ernsthaft einen Krieg wollen. (Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Weigerung der einflussreichsten Organisationen innerhalb der Friedensbewegung, die Bonner Demonstration vom 5. Juni explizit als Demonstration gegen den Kriegstreiber Reagan durchzuführen.)

So blieb denn auch die Friedensbewegung zu großen Teilen in einer Anerkennung der Theorie vom Gleichgewicht des Schreckens befangen und richtete ihre Politik darauf ab, dieses Gleichgewicht zu erhalten. In extremer Form wurde diese Position jüngst in einem ausrichtenden Artikel der DKP-Zeitung UZ zum Ausdruck gebracht, in dem radikale Forderungen der Friedensbewegung — beispielsweise nach Neutralität der BRD — ausdrücklich mit dem Argument zurückgewiesen wurden, sie wären dazu angetan, das „Gleichgewicht“ zu stören. (Was ja nun, nebenbei bemerkt, haargenau der Argumentation von Schmidt oder Strauß entspricht — nur, daß die Bonner Allparteien-Koalition behauptet, das Gleichgewicht wäre erst durch die Verwirklichung der NATO-„Nachrüstung“ wieder hergestellt, während die DKP sagt, ein Gleichgewicht bestehe jetzt schon.)

Hiroshima und „massive Vergeltung“

Was aber die hier gekennzeichnete Position, bewußt oder unbewußt, verleiht, ist die Tatsache, daß ein solches Gleichgewicht des Schreckens, wie es sich in der amerikanischen MAD-Doktrin ausdrückt, durchaus nur eine vorübergehende Erscheinung war, gebunden an einen bestimmten Stand der globalen Konfrontation der Supermächte und einen bestimmten Standard der Waffentechnik. Was die angebliche Unmöglichkeit betrifft, atomare Waffen als Mittel der Politik einzusetzen, sei hier nur an Hiroshima und Nagasaki erinnert. Es ist heute unbestritten, daß dieser erste Einsatz der Atombombe nichts mit irgendwelchen militärischen Notwendigkeiten im Rahmen des antisowjetischen Krieges zu tun hatte, sondern, daß er eine politische Demonstration war, mit der die amerikanischen Imperialisten der Sowjetunion signalisieren wollten, daß sie bereit waren, mit allen Mitteln eine Nachkriegsord-

nung durchzusetzen, die ihrem Streben nach Weltherrschaft entsprach.

Aus dieser Tatsache muß doch zumindest der Schluß gezogen werden, daß eine imperialistische Politik zur Erreichung ihrer Ziele auch vor dem atomaren Massenmord nicht zurückschreckt — jedenfalls dann, wenn ein solches Verbrechen nicht unkalkulierbare Risiken mit sich bringt. Entsprechend wurde in der Nachkriegszeit denn auch die NATO-Strategie ausgerichtet. Die Doktrin der massiven Vergeltung, festgeschrieben 1952 im NATO-Dokument MC 14/1, sah vor, den geringsten „Übergriff“ der Sowjetunion auf amerikanische Interessen mit einem massiven Atomschlag zu beantworten. Wie inzwischen bekannt geworden ist, existierten zu jener Zeit konkrete Pläne für einen atomaren Überfall auf die Sowjetunion. Und bei verschiedenen regionalen Kriegen wurde der Einsatz von Atomwaffen zumindest von den Pentagon-Strategen gefordert — wie etwa von General Mac Arthur im Korea-Krieg.

Daß der US-Imperialismus und mit ihm der NATO-Pakt zu Beginn der 60er Jahre von der „massiven Vergeltung“ zur Doktrin vom Gleichgewicht des Schreckens überging, resultierte nun nicht daraus, daß mit Kennedy die „Vernunft“ ins Weiße Haus eingezogen war, wie es Chruschtschow zu jener Zeit behauptete oder daß die amerikanischen Imperialisten friedlicher geworden wären und — aus welchen Gründen auch immer — dem Spiel mit dem Atomkrieg ein für alle Mal abgeschworen hätten. Neben der politisch neuen Lage, die durch die Zerstörung des Sozialismus in der Sowjetunion entstanden war, wurde die Änderung in der NATO-Strategie vor allem durch den Umstand bewirkt, daß Chruschtschows Linie von der „Dominanz der Atomstreitkräfte“ zum Entstehen eines dem amerikanischen fast ebenbürtigen sowjetischen Atomwaffenpotentials geführt hatte. Von besonderer Bedeutung war dabei, daß die Sowjetunion nun auch über die Trägersysteme verfügte, mit denen sich ein massiver Atomschlag gegen die USA führen ließ.

Auf diese Weise war wirklich so etwas wie ein atomares Patt entstanden. Aber das bedeutete nun eben nicht, daß damit der globale Krieg für alle Zeiten undenkbar geworden wäre. Tatsächlich war nur auf einer bestimmten Stufe des Rüstungswettlaufs ein Zustand eingetreten, der eine nukleare Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu einem Unternehmen machte, das mit zu großen Risiken für die amerikanische Supermacht verbunden war. Und alle Anstrengungen der Pentagon-Strategen in den letzten beiden Jahrzehnten waren denn auch darauf ausgerichtet, dieses Patt zu überwinden und dem amerikanischen Imperialismus die Option des Atomkriegs für die Durchset-



Anti-Reagan-Demo

zung seiner Ziele zurückzugewinnen.

Diese Anstrengungen schlugen sich schon Ende der 60er Jahre in einer erneuten Änderung der NATO-Strategie nieder. Mit dem NATO-Dokument MC 14/3 wurde im Januar 1968 die „flexible response“ (abgestufte Erwidern) zur offiziellen Doktrin des westlichen Kriegspaktes erhoben, die nun schon einen sozusagen fließenden Übergang vom konventionellen zum Nuklearkrieg vorsah. Während in der NATO-Propaganda noch immer das Bild vom Gleichgewicht des Schreckens und damit von der „Undenkbarkeit“ eines Atomkriegs vorherrschte, ging man in der Praxis längst daran, Strategien für eine begrenzbare oder kontrollierbare nukleare Auseinandersetzung mit der östlichen Supermacht zu entwickeln.

„Entspannung“ und Konfrontation

Daß dieser Widerspruch nicht oder nur wenig wahrgenommen wurde, lag nicht zuletzt daran, daß der in Gang gekommene sogenannte Entspannungsprozeß in erheblichem Maße Illusionen über die friedliche Regelung der imperialistischen Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und ihren Lagern erzeugte. Hier soll auf die realen Ergebnisse des „Jahrzehnts der Entspannung“ nicht weiter eingegangen werden — der RM hat oft genug dazu Stellung genommen. (Etwa zu der Tatsache, daß die 1969 begonnenen SALT-Verhandlungen mit einer erheblichen Verstärkung des beiderseitigen strategischen Atomwaffenpotentials endeten; oder zu der Tatsache, daß die „Entspannung“ dem westlichen — insbesondere westdeutschen — Imperialismus die Möglichkeit zur Verstärkung seiner wirtschaftlichen und auch politischen Positionen im sowjetischen Machtbereich bot.)

Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß dieses „Jahrzehnt der Entspannung“ keineswegs eine Periode des Friedens, sondern im Gegenteil eine Periode vermehrter kriegerischer Auseinandersetzungen war. Auf sowjetischer Seite beginnt die Dekade mit dem Einmarsch in Prag, durch den die uneingeschränkte sowjetische Hegemonie über den RGW mit militärischer Gewalt wiederhergestellt wird, setzt sich fort mit den kriegerischen Interventionen in Afrika (Angola, Äthiopien) und gipfelt schließlich im Überfall auf Afghanistan. Die amerikanische Supermacht bringt in dieser Zeit mit brutalem Terror ihren lateinamerikanischen Hinterhof in Ordnung (Putsch in Chile usw.), setzt die Macht des Dollars ein, um Moskau weitgehend aus dem Nahen Osten herauszudrängen (Ägypten, Somalia, Irak), baut die nach der Niederlage in Indochina verbliebenen südost-asiatischen Stellungen aus und schmiedet ein strategisches Bündnis mit den Peking-Revisionisten.

Beide Supermächte haben also das „Jahrzehnt der Entspannung“ in äußerst aggressiver Weise dazu benutzt, ihre traditionellen Machtbereiche zu festigen, aber auch neue Interessensphären abzustecken. Je weiter dieser Prozeß voranschritt, desto deutlicher war er von einer zunehmenden Konfrontation zwischen Moskau und Washington gekennzeichnet. Während beispielsweise noch der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei und die amerikanische Aggression gegen Vietnam unter weitgehendem Stillhalten der jeweils anderen Seite abliefen, hat Moskaus Intervention in Afghanistan (das doch auch zuvor schon zum sowjetischen Einflußbereich gehörte) die bekannten harten Reaktionen der Carter-Regierung ausgelöst.

Schon damals haben die amerikanischen Imperialisten ihren sowjetischen Konkurrenten beim Kampf um die Weltherrschaft deutlich signalisiert, daß es mit der Zeit eines stillschweigenden Übereinkommens der Aufteilung der Interessensphären endgültig vorbei ist, daß die amerikanische Supermacht nun wieder Kurs auf Eindämmung, ja Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses überall auf der Welt nimmt. Bezeichnend für diese Kursänderung war nicht nur die Tatsache, daß Carter nun ganze Regionen wie den Nahen Osten mit seinen bedeutenden Rohstoffen unverhohlen zum Interessengebiet der USA erklärte. Bezeichnend sind auch die jetzt offen ausgesprochenen Drohungen an die Adresse Moskaus, eine militärische Konfrontation in einem Interessengebiet der USA (und dazu wird zunehmend die ganze Welt) würde nicht auf das betreffende Gebiet begrenzt bleiben.

So erklärte beispielsweise im Februar 1981 General David Jones, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs: „Die Sowjets müssen ständig mit der sicheren Aussicht konfrontiert werden, daß ein militärischer Schachzug gegen amerikanische oder alliierte Interessen einen Konflikt heraufbeschwört, dessen geographische Ausdehnung, dessen Ausmaß und Grad der Gewaltanwendung über das hinausgeht, was sie (die Sowjets) zu riskieren bereit sind.“

Nur notdürftig verklausuliert wird hier also der Sowjetunion, sollte sie irgendwo die amerikanischen Raubinteressen gefährden, der „große Krieg“ angedroht. Wer aber derart im Konkurrenzkampf um Einflußsphären, Märkte und Rohstoffe auftrumpfen kann, der muß davon ausgehen, daß ein solcher Krieg für die eigene Seite zu gewinnen ist.

Im nächsten RM: Carters „Direktive 59“. Warum die neuen Mittelstreckenraketen nicht auf See stationiert werden. „Sieg ist möglich“. Der strategische Fünfjahresplan des Pentagon: Die „Enthauptung“ der Sowjetunion.



Chruschtschow, Kennedy: Beginn der Entspannung?

ist in diesem Zusammenhang aber auch, daß die angeblich unabhängigen bürgerlichen Medien in der Bundesrepublik weitgehend über die inzwischen deutlich ausformulierten Atomkriegspläne der amerikanischen Supermacht hinweggegangen sind; daß beispielsweise eine zweite Enthüllung der US-Presse, der schon im Mai in der „New York Times“ veröffentlichte ausführliche Bericht über den „strategischen Fünfjahresplan“ des US-Kriegsministeriums, hierzulande höchstens in kleinen Meldungen gewürdigt wurde. Und dabei geht es hier ja nicht um irgendwelche zweit-rangigen militärpolitischen Expertenfragen, sondern um das Überleben unseres Landes und seiner Bevölkerung.

Die neue amerikanische Strategie, die auf die Führung eines gewinnbaren Atomkrieges abzielt, wirft — wie im RM schon angemerkt — die Theorie vom angeblich friedenssichernden Gleichgewicht des Schreckens vollständig über den Haufen. Zur Erinnerung: In der Ära Kennedy / Chruschtschow war diese Theorie von beiden Supermächten zu einer offiziellen Militärdoktrin erhoben worden. Die Amerikaner hatten dafür die Buchstabenkombination

den Blöcken sei nun unmöglich geworden, weil sich die angreifende Seite einem atomaren Vergeltungsschlag aussetzen würde, der unweigerlich mit ihrer eigenen Vernichtung enden müßte. Diese, nur auf den ersten Blick logisch erscheinende Theorie, wurde von den Ideologen in beiden Blöcken breitgetreten. Gewiß, es versäumte kaum jemand, sein „tiefes Unbehagen“ angesichts der Friedenssicherung durch atomare Vernichtungswaffen auszudrücken. Aber, und das war entscheidend, zum ersten Mal in der Geschichte der Klassengesellschaft sollte der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein. Denn kein Krieagsziel könnte ja die in einem Atomkrieg unvermeidliche Zerstörung des eigenen Landes aufwiegen. Somit war der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln für undenkbar erklärt; das Setzen auf die „militärische Option“ bei den Konfrontationen zwischen den Supermächten wurde schlicht zum Selbstmord erklärt.

Dieses Denken war in den 60er Jahren (und ist es heute noch) bestimmend auch für weite Teile der Friedensbewegung in der Bundesrepublik. Die Gefahr einer atomaren Kata-

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 37, 17 Eylül 1982

Yıl: 16

1 DM

Ekonomi Bakanı Lambsdorff yeni öneri paketini açıkladı

Sosyal haklar daha da kısıtlanmak isteniyor!

Geçen hafta sonunda FDP'li Federal Ekonomi Bakanı Otto Graf Lambsdorff yeni tasarruf paketini açıkladı. Bu önlemler paketinde şimdiye değin işçilerin sosyal haklarına düzenlenen saldırıların en katısı yer alıyor. Lambsdorff'un önlemler paketi CDU/CSU'nun taleplerinin de ötesinde olup, son iki yıl içerisinde işveren birliklerinin ileri sürdükleri taleplerin hepsini kapsamaktadır. Bu önlemler paketinde şimdiye değin kazanılan sosyal haklar bir hamlede ortadan kaldırılmak isteniyor. Gerçekten bir derebeyi olan Lambsdorff'un ismine layık olarak yaptığı bu öneriler Federal Almanya'da çalışan insanlara sosyal politik bir savaşın ilanıdır!

FDP'li bakanın önlemler paketinde şunlar öngörülmüş: İşsizlik parasının ilk üç ay içinde yüzde 50'ye düşürülmesi; hastalık halinde ilk üç gün hiç bir ödeme yapılmaması; sigortalara ödenen emeklilik kesintilerinin yükseltilmesi; annelik izin parasının tamamen kaldırılması; sakatlar kanununun yeniden hazırlanması; bursun kaldırılması, tüm kiralar için yeni bina kiralarının ölçek olarak alınması, kira yardımlarının azaltılması vs; saymakla bitmeyecek kısıtlama önerileri. Bu saldırılar kapitalist sınıfa dahil olmayan yaşlı, genç, hasta, sakat, yerli ve yabancı işçi ve işsizlerin tümünü hedefliyor.

Buna karşılık önlemler paketinde kapitalistler içinde yeni hediye var: vergilerin düşürülmesi, devlet yatırım yardımları, çıkışlar, kısacası, onların

gerekli gördükleri her şeyi yapmaları.

Lambsdorff'un bu planı şüphesiz ki şu an büyük sanayi paronlarının ve büyük bankacıların, vergi kaçakçılarının lehine bir program olup, işçi sınıfının pervasız bir şekilde sömürülmesini amaçlayan azami bir programdır.

Yeni önlemler paketini ileri süren Lambsdorff bununla işverenler kampının en büyük kışkırtıcılarının, Strauss ve etrafındaki aşırı gericilerin, tüm sosyal hakları kökünden kazımak isteyenlerin ve silah sanayii patronlarının sadık ve gönüllü bir ortağı olduğunu göstermek istiyor.

Bugün emperyalist burjuvazinin azami taleplerini dile getiren Lambsdorff-önlemler paketinin (ki bu bir bakıma '50'li yıllara geriye dönme olarak

adlandırılabilir) hemen bir hamleden gerçekleşmesi söz konusu olmasa dahi, bu sermayenin izleyeceği çizgi hakkında çok açık bir uyarı anlamını taşımaktadır.

FDP'li derebeyi Lambsdorff açıkça programının gerçekleşmesi uğruna DGB sendikası ile çatışmalara gireceğini de hesaba kattığını açıklıyor. Kuşku yok ki, o aynı şekilde DGB sendika patronlarının bir çoğunun "Bonn'a tamamen sadık kalacakları" tutumunu da gözönünde tutmaktadır. Sermayenin çıkarlarının temsilcisi Lambsdorff'un gerçekleşmesi için ileri sürdüğü "Yoksullar bunalımını faturasını ödemedi" mücadele programının engellenmesi gerekiyorsa—ki gerekli olan zaten budur—o zaman Federal Alman sendika hareketinin direniş örgütlemesi gerekmektedir. Elbette ki bu direniş çeşitli mücadele biçimlerinden tut ta ki bir genel grevi, bu hükümetin yıkılmasını kapsamasıdır. İşte tam da bu noktada da Lambsdorff bugün "parlamentoya karşı" eylemler örgütlemeyi reddeden DGB Başkanı Breit'in tutumunu hesaba katmaktadır.

Sermayenin bu programı bugünkü koşullarda sosyal hakların kısıtlanmasının son bulduğu anlamını hiç bir şekilde taşıyamıyor. Bunun için de sendika hareketinin sosyal alandaki kısıtlamalara karşı talebi "sosyal dengenin sağlanması" olamaz. Aksine, sermayenin ve onların Bonn'daki sözcülerinin sosyal hakları kökünden kazıma politikasına karşı mücadele şiarımız "zenginler bunalımını faturasını ödemedi" olmalı!

Yıllar boyunca yerli ve yabancı işçileri azgınca sömürerek, onların sırtından kârlarını artıran ve rahat bir yaşam sürdüren kapitalistler ve zenginler bunalımını faturasını tek başına ödemediler! Yoksa bir kaç Mark'lı olan işçi, ya da aç kalmamak için bir kaç Pfennig alan genç işsizler ya da emekliler değil!

(„Lambsdorff: sozialpolitische Kriegserklärung“)

Faşist darbenin 2. yıldönümünde

25 bin kişi faşist cuntayı lanetledi

Faşist darbenin ikinci yıldönümü dolayısıyla 11 Eylül Cumartesi günü Frankfurt'ta faşist cuntaya karşı bir yürüyüş düzenlendi. Türkiyeli örgütlerin çağrısı yaptığı bu yürüyüşe 25 bin Türkiyeli, Alman, İranlı ve Filistinli faşist cunta aleyhtarı katıldı. Yürüyüşün ana taleplerini faşist cuntaya karşı sloganların oluşturmasının yanında, faşist cuntanın ABD'den sonra önemli destekçilerinden biri olan Federal Hükümeti hedefleyen sloganlar da yer alıyordu.

12 Eylül 1980'de faşist generaller çetesi yönetime el koyarak her türlü gösteriyi, dernekleri, sendikaları, ilericileri ve devrimci basını yasakladı. İşçi sınıfının kanı ve canı pahasına nice çetin mücadeleler vererek kazandığı grev, toplu sözleşme, sendika kurma hakkını rafa kaldırdı. Her türlü siyasi hakkı gasp etti.

Komprador burjuvazi ve toprak ağaları için dikensiz bir gül bahçesi yaratmak amacıyla

köylüsü en adi işkencelerden geçirildi.

Kısacası cuntanın yönetiminde olduğu iki yıl boyunca işsizlik çığ gibi büyüdü, açlık ve sefalet artık çekilmez hale geldi. Fiyatlar sonu gelmez bir şekilde arttı ve artıyor. İşçiler ve köylüler azgınca sömürüye tabi tutuldu.

İşte faşist cuntanın katmerli baskı, sömür, zulmünü ve katliamlarını protesto etmek amacıyla çeşitli Türkiyeli örgütler 11 Eylül'de Frankfurt'ta merkezi

konuşmalarla faşist cuntanın iki yıllık bilançosu ortaya kondu, işkenceleri, idamları ve katliamları lanetlendi, Federal Hükümeti'nin faşist generaller çetesiyle yardımlarının durdurulması talep edildi ve özellikle de artan yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin önemi vurgulandı.

Gerek yürüyüşte taşınan pankartlarla, atılan sloganlarla gerekse de miting alanında yapılan konuşmalarla Federal Hükümet'in hala faşist cuntayı



faşist generaller iktidara el koymalarından bu yana geçen iki yıl içerisinde her türlü engeli kaldı ve kaldırmaya devam ediyorlar. Ülkede faşist terörü kat kat artıran faşist cunta on binlerce anti-faşisti, ilericiyi, devrimciyi, komünisti kısacası kendisine karşı olan herkesi zindanlara doldurdu, bir çoğunu işkenceden geçirdi, katletti. Faşist cuntanın akord çalışan mahkemelerinde yargıçları siyasi tutuklulara uzun hapis cezaları yağdırdı, yağdırıyor. Ağustos ayında Cumhuriyet gazetesi Adalet Bakanlığı'nın bir açıklamasına dayanarak haziran ayı sonunda cezaevlerinde 77295 kişinin tutuklu bulunduğu haberini verdi. Şu an faşist cuntanın zindanlarında ve hapisanelerinde yatan siyasi tutukluların sayıları 150 bini aşmasına karşın, faşist cuntanın resmi makamlarının itirafı bile hapisanelerin özgürlük mahkumları ile dolu olduğunu gösteriyor.

Faşist cuntanın yönetime el koyduğu bu iki yıl içerisinde Kürt ulusu ve diğer azınlık milliyetler üzerindeki soykırım politikası sertleştirildi, Kürt köyleri yakıp yağmalandı, Kürt

bir yürüyüş koydular. Böylece Frankfurt şehir merkezi geçen hafta cumartesi günü faşist cuntaya karşı konulan yürüyüşlerden birine gene sahne oldu. Sabahın erken saatlerinde Federal Almanya'nın çeşitli şehirlerinden gelen Türkiyeli ve Almanlar yürüyüşün başlayacağı alan olan Mainufer'de buluşmaya başladılar.

Saat 12'ye doğru hareket eden ve şehir merkezinden geçen yürüyüş kolu mitingin yapılabileceği alan olan Hessen Radyo Yayınları'nın önünde bulunan Bertramswiese'ye doğru ilerledi. "Kahrolsun askeri faşist diktatörlük", "Faşist Anayasa oylaması boykot edilmeli", "Türkiye yardımına son", "Kahrolsun yabancı düşmanlığı" vb. Almanca ve Türkçe pankartlar yürüyüş kolunda taşınıyordu. Yürüyüş boyunca faşist cuntanın işkencelerini, idamlarını ve katliamlarını yeren sloganlar gür bir şekilde haykırıldı. 25 bin faşist cunta aleyhtarının katıldığı bu görkemli yürüyüşün başı sonu görünmüyordu. Yürüyüş kolunun başı miting alanına varırken, sonu gelinceye dek tam üç saat sürdü. Miting alanında yapılan

desteklemesi protesto edildi. Bilindiği gibi Bonn Hükümeti sadece geçen yıl içinde cuntaya 600 milyon Mark yardımda bulunmuştu ve bu yardımlar bugün gene yapılmaktadır.

Faşist darbenin 2. yıldönümü dolayısıyla düzenlenen bu eyleme partimiz KPD'nin yanı sıra çeşitli Alman, İranlı, Filistinli örgütler de katılarak desteklediler.

Öte yandan bu yürüyüşte konuşması öngörülen film rejisörü ve sanatçı Yılmaz Güney'e Federal İçişleri Bakanlığı Federal Almanya'ya gelerek serbest hareket etme garantisini vermedi. Bunun içindir ki Güney yürüyüşe katılamadı.

Askeri faşist diktatörlüğün 2. yılına girmesiyle düzenlenen bu yürüyüş anti-faşistlerin bir başarısı sayılırken, faşist cuntaya vurulan bir darbe oldu. Nitekim bu gerçeği, faşist cuntanın borazanı burjuva gazetelerinin bazıları yürüyüş üzerine sünger çekerek ortaya koyarken, Hürriyet gazetesi ise duyduğu kinini yürüyüşlere karşı kusarak ve devrimcilere kara çalmaya çalışarak dile getirdi.

Bochum'da
büyük
toplantı

200 bin kişi atom silahlarına karşı

BOCHUM. — "Barıştan Yana Sanatçılar"ın 11 Eylül Cumartesi günü düzenledikleri bir büyük toplantıya 200 bin insan katıldı. Bochum Ruhr Stad-yumu'nda ve çevresinde düzenlenen bu toplantıya Federal Almanya'nın çeşitli şehirlerinden sanatçılar ve binlerce barışsever insan gelmişti.

Toplantıya katılan kitlenin sayısının bu denli kabarık olmasının nedenlerini bir taraftan çeşitli sanatçıların katılması oluştururken, diğer yandan ise ABD'nin açıkladığı "yeni" nükleer savaş planları oluşturmaktadır.

100'e yakın sanatçının katıldığı bu toplantıda özellikle dünyaca tanınmış Amerikalı siyah derili şarkıcı Harry Belafon-

te söylediği parçaları ile büyük ilgi gördü. Onun dışında çıkan Yahudi şarkıcı Berano'nun Filistinli sanatçılarla birlikte şarkılar söylemesi büyük alkışlar topladı.

Barış için düzenlenen her eylemde olduğu gibi bu toplantıda Federal Almanya'ya "yeni ABD füzelerinin yerleştiril-

mesine hayır" sloganları atıldı. Bu eylemde de yaşandığı gibi Federal Hükümet'in sosyal hakları kısıtlayarak çılgınca silahlanma rotası izlemesi bir çok insanı direnişe teşebbüs ettirmektedir.

Kitlelerin barışın Cenevre'de iki emperyalist süper devlet arasında yapılan görüşmelerle ya da Bonn Hükümeti'nin barış vaizleri ile sağlanamayacağı tecrübesini edinmeleri ve bunun için de kendilerinin direniş geçmeleri barış konusunda kapsamlı talepleri anlayışla karşılamalarının zeminini hazırlamaktadır.

"Kızıl Şafak" Basın Şenliğine katılalım!

Gazetemiz "Kızıl Şafak"ın 15. yayın yılını doldurmasından dolayı 25-26 Eylül'de bir basın şenliği düzenleyeceğiz. Şenlikte siyasi konular ve yabancı düşmanlığı üzerine açık podyum tartışmaları sürdürülecek. Ayrıca 25 ve 26 Eylül'de olmak üzere iki büyük gece yapılacak. Bu gecelerde Schmetterlinge vb. müzik grupları şarkılar söyleyecekler. Bunun yanı sıra pazar günü yabancı düşmanlığına karşı düzenlenen programda da çeşitli ulusların sanatçıları ve folklor ekipleri çıkacak.



Programda: Melike Demirağ

Yunan "Pegasos" ve Türkiyeli folklor ekibi, Yılmaz Güney'in "umut" filmi, Almanya adlı bir film, vb. var.

Tarih: 25-26 Eylül 1982

Yer: Marienbornplatz,
Dortmund-Lütgendortmund

Türkiye'deki

Faşist cunta Türkiyeli işçilere sahip çıkamaz!

Faşist cuntanın elebaşısının, Anayasa Taslağı'nda olduğu gibi, şimdi birden bire gene yurt dışında, Federal Almanya'da yaşayan Türkiyelilerin sorunlarına "sahip çıkmak" aklına geliverdi. 30 Ağustos'ta Afyon'da yaptığı konuşmada generaller çetesi'nin elebaşısı Kenan Evren bir yandan yurt dışındaki Türkiyeli devrimcilere olan kinini kusarken, öte yandan ise sözüm ona Türkiyeli işçi ve emekçilerin sorunlarına sahip çıkmaya çalışıyor.

30 Ağustos'ta Afyon'da yaptığı bir konuşmada onlarca yurt-severin, devrimcinin, komünist canına kıyan faşist cuntanın elebaşısı Evren sahte bir biçimde yurt dışındaki, özellikle de Federal Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan Türkiyeli işçilerin sorunlarına sahip çıkar görünerek, yurt dışındaki devrimcilerin Türkiyeli işçilere sahip çıkmadıklarını ileri sürmekte ve onları karalamaya çalışmaktadır.

Afyon'da yaptığı konuşmasında gencecik insanların canına kıyan, kana susamış bu azınlık faşist şöyle diyor: " (...) Türkiye'de işkence yapılıyor, insan hakları çiğneniyor iddialarına yer verdiler. Şimdi bu iddiaları ileri sürenlere seslenmek istiyorum. Son zamanlarda yurt dışındaki Türk işçilerine karşı işlenen insanlık dışı muameleleri görmüyorlar mı? Evleri yakılan, kafası yere vurula vurula öldürülen işçilere yapılanlar insan haklarına uygun mudur? (...) " (30 Ağustos tarihli Milliyet gazetesi)

Bu aşağılık insan bir yandan Türkiye halkının siyasi haklarını gasp eder, insan haklarının en azılı düşmanı olurken, öte yandan ise yaptığı konuşmalarla yurt dışındaki, özellikle Batı Almanya'daki Türkiyelilerin sorunlarına sahip çıkar görünümünü vermeye çalışıyor. Şimdi bu insan kanına susamış azınlık faşiste sormak lazım: Dün ve bugün onlarca insanı, gencecik fidanları sokak

ortalarında, işkencehanelerde katleden, zindanları özgürlük mahkumları ile dolduran, kısacası Türkiye'yi bir hapisaneyeye çeviren siz değil misiniz? Tam da insan haklarının azılı ve veminli düşmanı Evren, Türkiyeli devrimcilerin artan yabancı düşmanlığına karşı sessiz kaldıkları görünümünü yaratmaya çalışıyor. Ancak nafil. Faşist generaller çetesi bu tür demeçler vermekle kimseyi kandıramaz. Nitekim Türkiye işçi sınıfı ve emekçi halkı cuntanın iki yıllık pratiğinde onun gerçek çehresini tanıma imkânını yeterince elde ettiler.

Faşist cuntanın elebaşısı şimdi bu tür demeçlerle bir taraftan yurt dışındaki, özellikle de F. Almanya'daki devrimcileri kara çalmayı amaçlarken, öte yandan ise burada yaşayan Türkiyeli işçilerin dövizlerini gelecekte de garantilemeyi hedeflemektedir.

O halde Evren ve çetesi'nin yurt dışındaki Türkiyeli işçilere sahip çıkar görünmeleri bir tuzaktan başka bir şey değildir ve olamazda. Çünkü dün başta Batı Alman Hükümeti olmak üzere tüm Batı Avrupa emperyalist hükümetleri, Türkiye'ye karşı vize uygularken, efendilerine, "siz bildiğinizi yapın, ekonominizin çıkarı neyi gerektiriyorsa onu yapın" diyen alçaklar bunlar değil miydi? Ya da bugün özellikle F. Hükümet Türkiyeli işçilerin özellikle de şu an işsiz olan kesimini, yıllar boyunca burada

kazandıkları sosyal hakların büyük bir kısmını ödemedi geri göndermeye kalkışırken sesini çıkarmayan bunlar değil midir? İşçilerin sorunlarına "sahip çıkınlar" neden geriye dönen veya dönmek isteyen Türkiyeli işçilerin emeklilik primlerinin (işveren ve işçi payı dahil) bir bütün olarak garanti alınması için hiç bir anlaşma yapmadılar? Veyahut bugün F. Hükümet Türkiyeli işçilerin 6 yaşından büyük çocuklarını yanlarına almalarını yasaklarken, susan bu aşağılık insanlar değil mi?

Kısacası, Türkiye'deki komprador burjuvazi ve toprak ağalarını dün olduğu gibi bugünde ilgilendiren tek sorun, yurt dışındaki Türkiyeli işçilerin dışından tırnağına sıkarak ağır ve zor şartlar altında kazandıkları dövizlerin üzerine konmaktadır. Bugün egemen sınıfların çıkarlarının temsilcisi olan faşist cuntanın yaptığı açıklamalarda buna yöneliktir.

Yıllardır yurt dışında özellikle F. Almanya'da çalışan Türkiyeli işçilerin biriken sorunlarının çözümü için ilgilenmeyen generaller çetesi'nin aklına şimdi mi Türkiyeli işçilere sahip çıkmak geliyor? Daha Türkiye'deki egemen sınıflar işçileri Batı Avrupa emperyalist devletlerine ucuz iş gücü olarak satarken, "eti size kemiği bize" mantığından hareket etmişler, bugünde aynı mantık sürdürülüyor.

Öte yandan cuntanın uzatılmış kolları olan konsoloslukların da burada ne derece Türkiyeli işçilere yönelik saldırılara karşı çıktıklarını, işçiler her geçen pratikte yaşamaktalar. Bunlar özellikle de cunta başa geldiğinden beri işçileri sömürmek için bir taraftan en küçük işler için harç alırken, diğer yandan ise işçileri zorla "Türk Hava Kuvvetleri"ne yardım yapmaya zorlamaktalar.

İşte cuntanın Türkiyeli işçilere sahip çıkma modeli...

Bu gerçekler ışığında faşist cuntanın Türkiyeli işçilere sahip çıktığı söylenebilir mi? Elbette değil. Bugün yabancı düşmanlığına karşı çeşitli biçimlerde mücadele etmeye çalışan Türkiyeli devrimcilerin burada çalışan işçilere sahip çıkmadıkları söylenebilir mi? Hayır. Bu anlamda faşist cuntanın başı Evren yaptığı açıklamaları ile düzenbazlığa başvurmakta ve işçilerin gelecekte de döviz göndermelerini ve dövizleri artırmalarını istiyor.

O gerçekten Türkiyeli işçilerin sorunlarına sahip çıkacak olsaydı, bugün her şeyden önce Türkiye'ye dönen işçiler için yeni tuzaklar hazırlamazdı. Örneğin yüksek faizli tarım kredileri, işçi şirketlerine katılma vb. tuzaklarla işçilerin biriktirdikleri son Mark'ı da zimmetlerine geçirmek isteyenler bu faşist sürüsü değil midir?

Evren'in Afyon'da yaptığı bu konuşmayla amaçladığı diğer şey sözüm ona buradaki işçilere sahip çıkmak değil, aksine Türk milliyetçiliğini yayarak, yerli ve yabancı işçiler arasında düşmanlık körüklemek, yerli ve yabancı işçilerin düşmanlarının yerli ve yabancı faşistler ve emperyalist burjuvazi olduğunu karalamaya çalışmakta ve dolayısıyla da Batı Avrupa emperyalist burjuvazisine özellikle de Batı Alman tekelci burjuvazisine hizmetini sunmaktadır. Nitekim bugün faşist cuntaya milyarlarca Mark yardım veren güçlerle, F. Almanya'da Türkiyeli işçileri azgınca sömüren, siyasi haklarını sınırlayan, yabancı düşmanlığını kışkırtan şimdi ise işsiz kalan kesimini kazandığı sosyal haklarının büyük bir kısmının üzerine yatarak sınır dışı etmek isteyen güçler aynıdır.

Bugün Strauss'tan tut Helmut Kohl ve diğer resmi ve sivil faşist çeteler Türkiye'deki cuntanın açıkca desteklenmesine devam edilmesini istiyorlar. Bu anlamda da Kenan Evren'in yurt dışındaki işçilere "sahip çıkmaya" çalışması düzenbazlığın ta kendisidir.

(„Die Militärjunta kann die Rechte der Arbeiter aus der Türkei nicht vertreten“)

Sovyetler Birliği'nde

Sağlık hizmetleri kitlelerin ihtiyaçlarını karşılamıyor

Sözde sosyalist, eylemde ise işçi sınıfı üzerinde bir diktatörlükten başka bir şey olmayan Doğu Avrupa'nın sahte sosyalist ülkelerinin şimdiye değin sık sık sarıldıkları propaganda araçlarından biri de buralarda sağlık hizmetlerinin tamamen çalışan insanların çıkarları doğrultusunda olduğudur. Ancak SBKP MK'nin bu alana ilişkin olarak yakın geçmişte aldığı bir karar gerçeklerin daha da açık bir şekilde kavranmasına hizmet etmektedir.

Örneğin, 1940'ların sonuna doğru bir Sovyet Hükümet üyesi resmi konuşmada batılı gazetecilerin Yakın Doğu'daki komşu ülke halkları arasında propagandanın olmaması şaşkınlığı üzerine şunları söyleyebiliyordu: "Propagandaya ne için ihtiyacımız olacaktı ki, biz onların buraya gelmesini sağlıyoruz, akrabalarını ziyaret etmelerine ve her şeyi görmelerine olanak tanıyoruz, bu yeterli propagandadır". Ve gerçekten de o zaman Sovyetler Cumhuriyetleri tüm komşu ülkelerin seviyesinin çok ilerisindeydiler. Özellikle de eğitim ve sağlık sorunlarında başı çekiyorlardı. Kuşkusuz ki, ülkenin her tarafının ziyaret edilmesi olanağı etkisini de gösteriyordu.

Ayrıca şunu da eklemeliyiz ki, o dönemin Sovyetler Birliği buğday ihracat eden, tüm büyük şehirleri kalorifer tesisleri ile ısıtan Avrupa'nın ilk ülkesiydi.

1950'li yılların ortasında başlayan ve 1960'lı yılların sonuna kadar devam eden "10 yıllık reform dönemi" ve ekonomik düzendeki esaslı dönüşüm önceki durumda tamamen köklü bir değişikliğe yol açtı. Elbetteki bu değişiklik o dönemde Kruşçev ve Brejnev modern revizyonistlerinin vaadettikleri gibi olumlu yönde değildi. Aksine, halkın yaşam seviyesi düştü, temel gıda maddeleri artık bulunamaz hale geldi. Nitekim bunu yakın geçmişte Sovyet revizyonistlerinin kararlaştırdıkları "besin ürünleri programı"da tüm çıplaklığıyla ortaya koymaktadır. Bu programda ayrıca kitlelerin temel ihtiyaçlarının artık karşılanamaması itirafı da oldukça ilgi

çekicidir. Şimdi ise Federal Almanya'daki sağlık hizmetinden hiç bir büyük farkı olmayan ve sözde iyi işleyen sağlık hizmetleri propagandasının da ne kadar şişirme bir propaganda olduğu açığa çıktı. Tıklım tıklım dolu hasta koşulları, düşük ücret alan hemşireler, hasta bakıcıları, köylerde eksik olan koşullar, eczaneler ve saymakla sona ermeyen eksikler. Hastalar için gerekli olan teknik aletlerin büyük çoğunluğu eksik, sıhhat korunmasını sağlayacak gıda yok—İşte tüm bunların hepsi kendisine sosyalist bir sistem adını veren bugünün Sovyetler Birliği'nde söz konusu. Tüm bunların hepsi SBKP Merkez Komitesi kararında da eksikler olarak gösterilmekte. Şimdiye değin örnek olarak gösterilen sağlık hizmetleri sahte propagandasında ne olduğu bu kararlarla açıklık kazandı.

Bu kararlarda dikkati çeken nokta sadece, bunların alınması değil, aynı zamanda mevcut eksikliklerinde kapsamlı olarak dile getirilmesidir.

Öte yandan dikkati çeken diğer bir nokta ise gerek besin ürünlerinin temini üzerine kararın gerekse de sağlık hizmetleri üzerine kararın bir parti ve sendika kongresinin hemen ardından alınmasıdır. Ki bu kongrelere damgasını tek bir nokta vuruyordu: Her ne pahasına olursa, olsun SB'de kitlelerin hoşnutsuzluğunun artmasını ve komşu ülke Polonya'daki gibi aynı boyutlara ulaşmasını önlemek. Nitekim Polonya'da da güçlü sendika hareketi işçi sınıfının yaşam koşullarının daha da kötüleşmesinin bir sonucu olarak doğdu...

ABD "barış palanı":

Reagan'ın yeni Yakın Doğu manevrası

ABD Başbakanı Reagan evvelki hafta içinde Yakın Doğu soruna ilişkin olarak bir barış planı ileri sürdü. Bu barış planı ile güya ABD emperyalistleri "Yakın Doğu sorununun barışçıl çözümünü" amaçlıyorlar. Planın ana noktasını 1967 yılında İsrail tarafından işgal edilen Batı Şeria ve Gazze Bölgesi oluşturmaktadır. Reagan bu iki bölgede Ürdün himayesinde "gerçekten özerk" Filistin yönetiminin kurulmasını öngörüyor. İlk olarak Begin siyonistleri ile farklılıkları olan ABD diplomasisinin bu planı hangi anlamı taşıyor?

Sorunu ayrıntıları ile ele almadan önce şunu bir kez daha vurgulamalıyız ki bugüne değin ABD emperyalist hükümetinin İsrail'e yönelik "eleştirileri" açıkca yapılmadığı gibi, bunlar pratikte de hiç bir sonuca yol açmıyordu. Saldırganların İsrail'i ilerletmesine karşın Begin'in savaş politikasının temelini oluşturan Dolar yardımları sürüyordu. Şimdi ilk kez ABD emperyalistleri İsrail Hükümeti'nin politikasına karşı olan bir plan ileri sürdüler. Bu zıtlık özellikle de Batı Şeria sorununa ilişkinidir.

Bu aşamaya nasıl gelindi? Kuşku yok ki bunda Lübnan savaşındaki olaylar önemli bir rol oynuyordu. Bu olaylar ABD emperyalizminin Yakın Doğu'daki olanaklarının oldukça genişlemesine yol açtı. Artık gizli

değil, açıkca çeşitli Arap devletleri ile olan ilişki, sözüm ona arabulucu olarak izlediği "tarafsız politika", yeni Lübnan Hükümeti (ki bu ABD lehine bir faktör olarak gelişebilir) vb. gelişmeler ABD'nin olanaklarını genişletti.

Ayrıca İsrail'deki iç gelişmelerde ABD'ye yeni bir hareket alanı sağlamaktadır. İşte tüm bu gelişmelerin ürünü olarak Begin'le belirli farklılıkları olan bir plan ileri sürüldü.

Ama bu farklılıklar hangi dereceden farklılıklardır? Hiç kuşkusuz esası öneme sahip olmayan farklılıklardır. ABD'nin yaptığı bu barış planı önerisi tam olarak gerçekleşecek olsa bile hiç bir şekilde kalıcı bir barış sağlayamaz. Çünkü daha önce olduğu gibi şimdi de Yakın

Doğu'da kalıcı barışı mümkün kılacak tek şey olan bir Filistin devletini kurulması gene reddedilmektedir. İkinci olarak ise "Camp-David Anlaşması" çerçevesinde kurulan "özerk" bölgelerin hangi sonuca yol açtığı ortadadır. İsrail işgal kuvvetleri için bunların hiç bir önemi yoktu. Ve yeni verilen "tavizler" de üzerine basılı basıla Camp-David Anlaşması'nın bir devamı olarak nitelendirildi.

Bunun içindir ki bugün Filistinliler için İsrail işgal kuvvetlerinin himayesi altında özerklik ancak ve ancak manevra olarak değerlendirilebilir, ama hiç bir zaman bu Yakın Doğu'da barışın sağlanması yönünde bir adım olarak düşünülemez.

Ayrıca Reagan Planı'nda FKÖ'lüleri katleden Ürdün kuralının taraflardan biri olarak görülmesi hele hele gerçekçi bir amacın olduğunu hiç bir şekilde göstermemektedir.

Şimdi açıkladığı yeni planla ABD Hükümeti Yakın Doğu'daki ön karakolları Mısır, İsrail ve Lübnan'daki yeni yönetimle birlikte diğer gerici Arap Hükümetleri'ni de FKÖ'yü desteklemekten uzak tutmaya çalışıyorlar. ABD Hükümeti "onların (Arap Hükümetleri'nin) gerçek yüzlerini" koruyacağı bu planı tanımlarını sağlamakta

bu amacına ulaşmaya çalışıyor.

Elbette bu da sonuç olarak FKÖ'nün bir Filistin devleti kurmaktan vaz geçmesini sağlamak için ona yoğun baskıların yapılmasına yol açacaktır. Ya da en azından Filistin halkının bölünmesine hizmet edecektir.

Camp-David Anlaşması Yakın Doğu'da barışın sağlanmasına hizmet etmediği gibi bugün ABD emperyalist çetesi'nin elebaşısı Reagan'ın planı da barışın sağlanmasına hizmet etmemekte ve etmeyecektir de.

Bu plan en fazlasında Batı Şeria'da Filistin mevzilerinin daha da güçlenmesine yol açabilir. Ancak şunu belirtmeliyiz ki, bu asla kendi devletini kurmak isteyen bir halkın mücadelesinin yerine bir çözüm olarak görülemez. Ayrıca bununla İsrail'in büyük devlet kurma planları da hiç bir şekilde bozguna uğratılmıyordur. Gerçekten sorunu İsrail'in bu planlarını bozguna uğratmak oluştursaydı ve bu amaçlanmış olsaydı, sadece İsrail'in 1967 yılında işgal ettiği toprakları geri vermesini değil, aynı şekilde 1948'den itibaren Birleşmiş Milletler Planı'nın dışında işgal edilen tüm toprakların da terk edilmesini gerektirirdi.

(„Reagans Nahost-Schachtzug“)

Atom santralleri protesto edildi

Gorleben'de bir çok kişi tutuklandı

4 ve 5 Eylül'de çeşitli bölgelerde atom santrallerinin yapımına karşı protesto gösterileri düzenlendi. Bonn Hükümeti'nin atom programı çerçevesinde hazırlanan projeleri, özellikle de yeni atom santrallerinin yapımını on binlerce kişi protesto etti. Hessen-Frankenberg'te düzenlenen direniş şenliğine 10 bin ile 15 bin arasında bir kitle katıldı. Öte yandan Aşağı Saksonya'daki Gorleben'de kurulmakta olan atom santraline karşı düzenlenen bir mitingte 10 bini aşkın gösterici vardı. Barışçıl bir şekilde atom santralini yapıldığı alanı işgal etmek isteyen göstericilere polis bir-

likleri vahşice saldırdı, tazyikli su ve göz yaşartıcı bomba kullandı. 10'larca kişinin yaralandığı bu saldırıda polis ayrıca bir çok kişiyi göz altına aldı ve 6 kişiye karşı tutuklama kararı çıkarttı. Bu eylemlerin yanı sıra Regensburg'ta da düzenlenen bir yürüyüşle atom santrallerinin yapımı protesto edildi. 7000atom santral karşıtının katıldığı bu yürüyüşe çiftçiler de katılarak protestolarını dile getirdiler. Ayrıca diğer şehirlerde de binlerce kişinin katıldığı yürüyüşler düzenlendi.

(„Demonstrationen gegen Atomprojekte“)



İşyerlerinin yok edilmesi ve yabancı işçilerin durumu

Genel olarak dünya çapında, özel olarak Batı Almanya ve Batı Berlin'de kapitalist kriz giderek derinleşiyor, ard arda işyerleri kapatılıyor, binlerce işçi sokağa atılıyor. Tüm bu gelişmelere paralel olarak kapitalistlerin ve onların Bonn'daki sözcülerinin Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının siyasi, ekonomik ve sosyal haklarına yönelik saldırıları her geçen gün yeni bir hız kazanıyor. Sosyal hakların kısıtlanması talepleri ard arda kapitalist birlikleri tarafından yükseltiliyor. Gerçek ücretlerin düşürülmesi, hatta ücretlerin gelecek yıllarda dondurulması yönünde kapitalistlerin çığlıkları birbirini izliyor. Derinleşen kapitalist krizle birlikte tekeller arası rekabette

kızıyor. Büyük tekeller ve bankalar küçük işletmeleri ve krizden etkilenen rakiplerini iflasın eşğine sürükleyerek tüm piyasaya tek başına hakim olmaya çalışıyorlar. AEG örneğinde görüldüğü gibi bunun sonucunda binlerce işyeri yok ediliyor, işçiler sokağa atılarak kendi ve ailelerinin geçim kaynakları ellerinden alınıyor, açlık ve sefaletle terk ediliyorlar.

Kapitalistler aşırı kârlar elde edebilmek amacıyla işyerlerini rasyonelleştirmekte ve binlerce işçinin çıkışını vermekteler.

İşsizliğin alabildiğince yüksek olduğu bir ortamda işyerini kaybeden işçilerin büyük çoğunluğu yeni bir işyeri bulamamakta, ailesinin ve kendi

yaşamını üç beş kuruşluk işsizlik parasıyla ya da işsizlik yardımıyla sürdürmek zorunda bırakılıyor ki, F. Hükümet şimdi işsizlik parasını da yeniden kısıtlamak istiyor.

İşyerlerinin yok edilmesinde, rasyonelleştirilmesinde cı-kışlara gidilmesinde ilk planda etkilenen yabancı, özellikle de Ortak Pazar dışı ülkelerden gelen işçilerdir. Örneğin sadece ağustos ayı içinde yabancılar arasındaki işsiz sayısı 2200'lük bir artış kaydedilmektedir. Böylece eylül başında yabancı işsiz sayısı resmi olarak 232100 dolayındaydı. Bu rakamlara turist işçilerin ya da işsiz gençlerin sayıları da dahil değildir.

Ortak Pazar dışı ülkelerden gelen ve şu an işsiz olan işçilerin

durumu, Alman ya da Ortak Pazar ülkelerinden gelen işçilerinkinden çok daha kötüdür.

İşsiz kalan ve Ortak Pazar dışı ülkelere, örneğin Türkiye'de gelen bir işçi çoğu hallerde kendisinin ve ailesinin yaşamını garantilemek zorunda. Çünkü genellikle kadınların büyük çoğunluğu çalışmıyor. Bu da o işçinin üç beş kuruşluk işsizlik yardımı ile hem kendi, hem de ailesinin yaşamını sürdürmesi, fahiş kiralar, gaz, elektrik vs ödemesi demektir. Onun sosyal yardım alma hakkı yoktur. En fazlasından kira yardımına başvurabilir ki, bu da son kısıtlamalarla üç beş kuruştur. Ve ayrıca dil zorluğundan ötürü bir çok yabancı işçi ne gibi yardımları alabilme hakkının olduğunu bilmiyor.

Kısacası işyerini kaybeden ve Ortak Pazar dışı ülkelere gelen işçi bir kaç aylığına üç beş kuruşluk işsizlik parası alabilmekte. Ancak ondan sonra yeni bir iş bulamazsa hiç bir geçim kaynağı yoktur. Hiç bir işi olmayan, işsizlik parası alma süresi dolan ve Ortak Pazar dışı ülkeden gelen bir işçi gerici Yabancılar Kanunu'na göre sınır dışı edilmekte. Çünkü Ortak Pazar dışı ülkelere gelen işçilerin sosyal yardım alma hakkı yoktur.

Bu gerçekler ışığında işyerlerinin tavizsizce korunması yabancı, özellikle Ortak Pazar dışı ülkelere, örneğin Türkiye'den gelen işçiler için çok daha büyük öneme sahiptir. Bu anlamda işyerlerinde, işyerlerinin kapatılmasına, rasyonelleştirilmesine ve toptan çıkışlara karşı yerli ve yabancı işçilerin ortak mücadele cephesi gerçekleştirilmelidir. Çünkü aksi yönde kapitalistlerin işine yarar ve işçi sınıfının çıkarlarına zarar verir.

Ayrıca burada ilerde ele alacağımız bir noktaya daha değinmek istiyoruz. Bugün Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının bir bölümünü oluşturan yabancı işçilerin siyasi ve sosyal haklarının sınırlı olması, kapitalistlerin işine yaramaktadır. Çünkü böylece emperyalist burjuvazi buhranın faturasını işçi sınıfına ödetir ve sınıfın mücadele birliğini bölme olanağını elde etmektedir.

(„Arbeitsplatzvernichtungen und die Lage der ausländischen Arbeiter“)

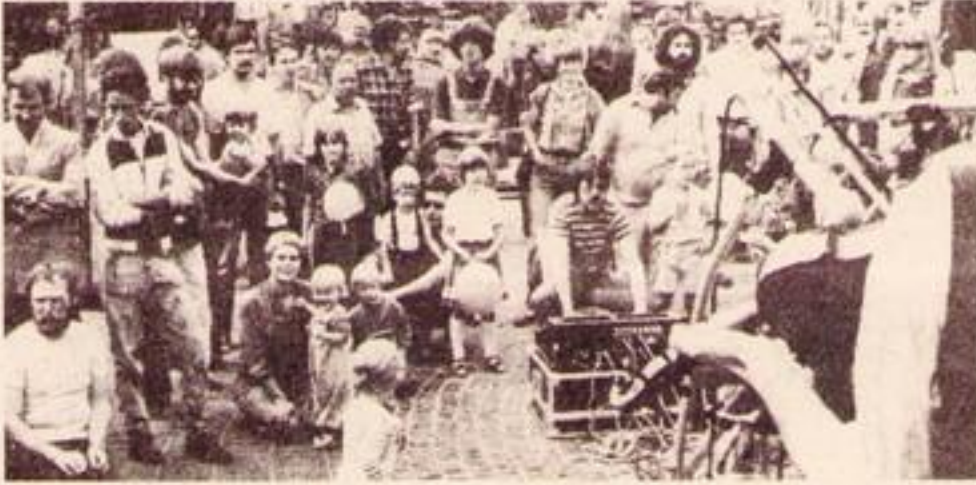
Witten'de Alman-Yabancı Dostluk Şenliği yapıldı

11 Eylül Cumartesi günü Witten'de, 8. Witten Halk Şenliği çerçevesinde giderek artan yabancı düşmanlığına karşı çeşitli milliyetlerin katıldığı bir Alman-Yabancı dostluk şenliği düzenlendi.

Resmi olarak Witten Folkfreunde (Witten Halk Dostları) tarafından düzenlenen bu şenliğe Alman-Yabancı Dostluk

yaya geçitinde düzenlenen bu dostluk şenliğinde Fransız Grubu "Le Clou" çaldığı parçaları ile şenliği izleyen kitleleyi canlandırdı. Sonra çıkan Türküyle ve Yunan folklor ekipleri kendi ülkelerinin geleneksel oyunlarını oynadılar.

Bunların ardından Alman sanatçıları da çeşitli parçalar



Grubu DAFK da aktif şekilde katıldı.

Yabancı düşmanlığına karşı Almanlar ve yabancılar arasında dostluğu pekiştirmek amacıyla düzenlenen bu şenlikte çeşitli milliyetlerin kültürleri sergilendi.

Witten şehir merkezindeki

söylediler. Ardey-Quartett adlı müzik grubu İngilizce şarkıların yanında tanınmış yazar olan Erich Kästner'den de çeşitli parçalar söylediler.

Bunların ardından gösteri yapan Portekiz folklor ekibi milli giysileri ile havayı yeniden canlandırdı. Grupta yer alan 4

ile 5 yaşları arasındaki çocukların söyleyişleri ve oynadıkları şenliği izleyen kitlenin ilgisini çekti ve büyük beğenisi kazandı. Bunun sonucunda başta halk oyunlarını birlikte oynamaya çağrılan seyirciler bunu reddettilerse de, sonra kendilerini tutamayarak onlar da birlikte oynadılar.

Son olarak Bochum Mobile Einsatz Kapelle (MEK) adlı grup çıktı. Grup barış üzerine söylediği şarkılarla, örneğin "ben bir kurbanlık değilim", ya da "Arka avluda bir Pershing 2'm var" kitlenin beğenisini kazandılar.

Yüz sanatçının, folklorcülerin, müzisyenlerin katıldığı bu şenlik alış-veriş yapan kitlenin de çok ilgisini çekiyordu. Ve böylece bir çok kişi durarak dostluk şenliğini izliyordu.

Halktan bir çok kişinin izlediği yabancı düşmanlığına karşı Alman-Yabancı dostluk şenliğinde DAFK, yabancı düşmanlığını protesto eden 300 imza topladı.

(„Deutsch-ausländisches Freundschaftsfest in Witten“)

KISA ... KISA... KISA ... KISA

Wienerwald tasfiyesini istedi

F. J. Strauss'un yandaşı, CSU'ya bağlı veren ve Wienerwald kurucusu olan Friedrich Jahn sadece refahın nasıl sağlanacağı için değil, aynı şekilde birisinin nasıl zengin ve güçlü olabileceği için de bir örnek olarak görülüyordu. Ancak ne varki kendi dalındaki diğer bazı büyük şirketler gibi Wienerwald'da bugün iflasın eşğinde. O sadece tasfiyesini istemekle kalmadı, aynı zamanda müşterilerinde bile büyük gerilemeler kaydetti. Dünya çapında 18 ülkede 1500 lokantası ve 47 oteli bulunan ve 25 bin 400 işçinin çalıştığı Wienerwald'ın bankalara 260 milyon Mark borcu vardır. Borcunu ödemeyecek durumda olan şirketten bankalarda desteğini çektiler ve şirkete içine düştüğü krizi atlatması için de yeni kredi vermek istemiyorlar. Böylece Bavayera Eyalet Yönetimi'ndeki yandaşları yardımına koymazlarsa, Wienerwald şirketi tamamen iflas eder. Tasfiye isteğinin kabulü durumunda aralarında Türküyle işçilerin de bulunduğu

bir çok işçiye çıkış verileceği belirtilmektedir.

Ford'da kısa çalışma

VW'den sonra şimdi büyük otomobil tekellerinden biri olan Ford'da kısa çalışmaya giriyor. İşletme yönetimi Köln Ford otomobil fabrikasında ekim ayından itibaren kısa çalışma uygulanacağını açıkladı. Şimdilik 6 hafta boyunca uygulanması öngörülen kısa çalışmadan 4 bin işçi etkilenmektedir. Kısa çalışmanın özellikle de Türküyle işçilerin yoğun olarak çalıştıkları karoseri ve montaj bölümünde uygulanacağı belirtilmektedir.

Partimiz KPD'nin Köln Ford işçileri için çıkardığı ve belirli aralıklarla da Türkçe de yayınlanan "İleri" adlı işyeri gazetesinde şunlar yazılı: "6 hafta kısa çalışma ... Bu bizim için kısa çalışma haftalarında daha az ücret alma anlamını taşımakta, aynı şekilde noel parasının da az olacağı demektir. (...) Biz az para ile geçinmek zorunda kalıp ve işsizlik kassasına yükümü olalım. Buna karşılık Ford ise kâr sağlamaktadır. Ve kısa çalışma her zaman çıkış-

ların arifesi değil miydi?"

İşyeri gazetesinde devamlı işçi temsilciliği kısa çalışmayı onaylamak yerine, yedek üretimin Köln'e taşınmasını talep etmelidir ve kısa çalışmada ücretlerin tam olarak ödemesini istemini ileri sürmelidir deniyor. "İleri"de ayrıca Köln Ford işletmesinde üretime robotlar konularak işyerlerinin nasıl yok edildiğine işaret edilmektedir.

(„Kurzarbeit bei Ford in Köln“)

Siemens'de çıkış planları

Siemens tröstü bu yıl içinde gene parlak bir iş yılı yaşadı. Bu yılın ilk 9 ayı içerisinde şirketin kâr bilançosu 464 milyon Mark. Dünya çapındaki satış muameleleri yüzde 14 artarak 27,3 milyar Mark'a ulaştı. Bu da yüzde 13 kâr demektir. Yurt dışındaki ticarete ise yüzde 18 artış kaydedildi. Siparişler yüzde 7 arttı ki, bunların yüzde 60'ı yurt dışındadır.

Tröstün kârları yükselirken aynı dönem içinde dünya çapında 13500 işyeri yok edildi. Tekel bu yıl içinde de 17 bin işyerini yok etmek istiyor. Bunun başlangıcı Federal Al-

manya'daki çeşitli Siemens işletmelerinde yapılmaya çalışılıyor.

Siemens'in Witten'deki işletmesinde şimdilik 350, Gladbeck'teki işletmede 800 çıkışın verileceği açıklandı. Buna ilişkin olarak partimiz KPD'nin Siemens Witten işyeri gazetesini "Roter Lautsprecher" in özel sayısında şöyle yazıyor: "350 işçi arkadaşın çıkışı verilmek isteniyor! (...) Kısa çalışma çıkışları önlemek için gereklidir! den-di. Bir çok arkadaş şunu söyledi: Öyleyse kimsenin çıkışı verilmeyecekse kısa çalışmaya gidil-sin..." İşyeri gazetesinde işverenin bu girişiminin yalancılık olduğu vurgulanmakta ve kısa çalışmanın çıkışları hazırlamak için bir oyun olduğunun daha başında bilindiğine işaret edilmekte. Gazetede devamlı "sadece 350 işçi arkadaşın çıkış listesinde bulunmadığı daha ziyade bu sayının 1000 dolayında olduğu" vurgulanarak işverenin çıkış planını bozguna uğratmak için "işyerlerinin kararlı bir şekilde savunulması gerektiği" belirtilmektedir. Bu nedenle "çıkış planının tamamen geri alınması için mücadeleye atılmamız" denmekte.

(„Entlassungspläne bei Siemens“)

Haftanın Yorumu

Bonn'daki hükümet koalisyonu tiyatrosu üzerine kulislere ipi elinde tutanlarda nitekim şimdi açığa çıkarak söz aldılar. Alman Sanayii Merkezi Birliği Başkanlığı (BDI) "Büyüme ve Çalışma İnsiyatifi" adı altında F. Hükümet'in şu an izlediği politikayı da sert eleştiren bir program ileri sürdü.

Elbette ki bu tür eleştiriler yeni değil. Bilindiği gibi kapitalistler ve onların birlikleri daha geçen yıl yürürlüğe konulan sosyal hakların kısıtlanması programını da yeterli görmediklerini dile getirmişler ki, bu kısıtlamalar zenginlerin ve milyarderlerin lehine yapılan birer kısıtlamaydılar.

BDI'nin şimdi ileri sürdüğü eleştiride yeni olan şey, üzerine basa basa Bonn'daki durumun düzelmesinin vurgulanmasıdır. Çünkü Bonn'da işlerin istenildiği şekilde yürümemesinin "yatırımcılarda güvensizliği" pekiştirdiğini belirtiyorlar. Bu eleştiri programında özellikle yeni olan diğer bir nokta ise "mali ve ekonomi politik çizgide hızlı ve kapsamlı dönüşümün" istenmesidir. Şu an ki koşullarda bu da bir hükümet değişikliğini gerektirir.

BONN'DA HÜKÜMET DEĞİŞİKLİĞİ Mİ?

BDI Bonn'daki hükümet değişikliği ile hangi çıkarları ve umutları besliyor? Örneğin bunlardan biri kapitalist birliklerin yeni programları çerçevesinde ileri sürdükleri ve F. Ekonomi Bakanı Lambsdorff'un ise genel hatlarıyla Bakanlar Kurulu'na sunduğu öneri paketindeki taleplerin gerçekleştirilmesidir. Ayrıca şunu da belirtmeliyiz ki, Lambsdorff öneri paketini sadece işveren birlikleri ile aynı anda açıklamakla kalmadı, aynı şekilde onun öneri paketi de işverenlerin programının aynı ismini taşımakta.

Ve sermaye bu programı SPD ile gerçekleştiremez, hele hele sermayenin talep ettiği şekilde "hızlı" gerçekleştirilmesi ise söz konusu değildir. İşte bu programı gerçekleştirmek için her şeyden önce her zaman — örneğin SPD gibi — başlıca emekçilerden oluşan tabandaki üye ve sempatanları hesaba katması gereken bir hükümet söz konusu olamaz. İşveren birliklerinin bu stratejik programları ile işçi sınıfının savaş sonrası dönemde mücadelesi sonucunda kazandığı tüm sosyal haklardan tut, iş veya çıkışları koruma güvenlik anlaşmalarına kadar hepsinin acımasızca tamamen yok edilmesi öngörülmüyor. Şüphesiz ki bu da özellikle sendika hareketiyle kesin çatışmalara girmekle gerçekleştirilebilir.

Şurası açıktır ki SPD DGB ile olan tarihi "ittifakını" tamamen yok etmeyi göze alamadı. İşte tekeli sermayenin istemediği de tam da budur. Ancak bu hiç bir şekilde artık sermayenin Brand, Wehner, Schmidt vb. türünden SPD yöneticilerine ihtiyaçları olmadığı ve onları tamamen uçurumdan aşağı atacakları anlamına gelmez.

Aksine, geçenlerde CDU Başkanı Helmut Kohl bile sorunu kavrayarak "Alman demokrasisi için sağlam bir CDU önemli olduğu kadar sağlam bir SPD de önemlidir" dedi. İşte bu sorunun ana noktasını oluşturmaktadır. Bugün "Alman demokrasisini" tekeli sermayenin stratejik çıkarları ile birleştirmeliyiz. Bunu yaptığımızda SPD bugün Lambsdorff önlemler paketinin gerçekleştirilmesi için kendi içinde sağlam bir güç değil. Ve ayrıca bu durumda sermayenin çıkarı SPD'nin kendisini muhalefette yeniden tazelemesi ve özellikle de sendikalarla "ittifakını" pekiştirmesini gerektiriyor. Çünkü yukarıda sözünü ettiğimiz sendika hareketi ile kesin çatışmayı burjuvazi ancak '80'li yıllarda beklenilecek çatışmalara "ılımlı bir şekilde" etki yapabilen, kısacası işçi hareketi içinde burjuvazinin acentası rolünü oynayabilen tamamen sağlam bir SPD ile göze alabilir.

Bu gerçekler ışığında işçi hareketi için Lambsdorff'un sosyal hakları daha da kısıtlanmasını öngören önlem paketi ile işçi olan sermayenin saldırısını geri püskürtmede zafer ya da yenilgi onun ne derece kendisini sosyal demokrasinin etkisinden kurtaracağına da bağlıdır.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“
.....sayısından itibaren ismarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30 DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih: İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellenhofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.